

中国报导

CHINA-  
REPORT



NUMMER 35-36/1977

# ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR CHINA-FORSCHUNG

1080 Wien, Wickenburggasse 4 / I. Stock, Telefon: 43 97 93

## EHRENPRÄSIDENT

Dr. Alfred MALETA  
Präsident des Nationalrates a.D.  
Präsident der Politischen Akademie

Magister Josef HÖCHTL  
Abgeordneter zum Nationalrat  
Bundesobmann der Jungen ÖVP

## VORSTAND

### VORSITZENDER

DDr. Bruno PITTERMANN  
Vizekanzler a.D.

Ing. Wilhelm HRDLITSCHKA  
Präsident der Kammer für Arbeiter und  
Angestellte für Wien und des Österr.  
Arbeiterkammertages a.D.

### STELLV. VORSITZENDE

Dr. Heinz FISCHER  
Obmann des Parlamentsklubs der SPÖ  
im Österreichischen Nationalrat

Dr. Franz KARASEK  
a.o.Gesandter und bev.Minister  
Abgeordneter zum Nationalrat  
Außenpolitischer Sprecher der ÖVP

Univ.Prof.Dr. Stephan KOREN  
Obmann des Parlamentsklubs der ÖVP  
im Österreichischen Nationalrat

DDr. Fritz KÖNIG  
Abgeordneter zum Nationalrat

Dr. Franz MADL  
Vorsitzender des Instituts für Übersee  
der Österreichischen Jungarbeiterbewegung

Prof.Dr. Eduard MAYER  
Vorstandsvorsitzender der ÖGA  
Vizepräsident der Politischen Akademie

### GENERALSEKRETÄR

Dr. Gerd KAMINSKI

Professor Vivien PICK  
Lektorin für die chinesische Sprache  
an der Universität Wien und der  
Diplomatischen Akademie

Peter SCHIEDER  
Amtsführender Stadtrat, Mitglied der  
Wiener Landesregierung

### VORSTANDSMITGLIEDER

Karl BLECHA  
Zentralsekretär der SPÖ  
Abgeordneter zum Nationalrat

## KURATORIUM

### PRÄSIDENT

Helmuth BRAUN  
Landtagsabgeordneter, Zentralsekretär der  
Gewerkschaft der Privatangestellten

Leopold GRATZ  
Bürgermeister von Wien

Dr. Peter FITZ  
Asienreferent der handelspolitischen Abt.  
der Österr. Bundeswirtschaftskammer

### VIZEPRÄSIDENTEN

DDr. Franz J. HASLINGER  
Generalkonsul a.D.  
Vorsitzender des China-Ausschusses der  
Österr. Industriellenvereinigung

Bundesminister für Justiz  
Dr. Christian BRODA

Dr. Bruno BUCHWIESER  
Präsident der Österr.Jungarbeiterbewegung

Johann HATZL  
Abgeordneter zum Nationalrat

Minister a.D. Dr. Alois MOCK  
Bundesobmann des ÖAAB

Ing. Erich AMERER  
Leiter der Zweigstelle Graz der ÖGCF

Dr. Dietmar BACHMANN  
Landtagsabgeordneter, Tirol

Dr. Franz BAUER  
Abgeordneter zum Nationalrat  
Ombudsmann

Dr. Wolfgang BLENK  
Abgeordneter zum Nationalrat

Dr. Erhard BUSEK  
Abgeordneter zum Nationalrat  
Landesparteiobmann der ÖVP, Wien

Hans CZETTEL  
Landeshauptmann-Stv., Niederösterreich

Univ.Prof.Dr. Felix ERMACORA  
Abgeordneter zum Nationalrat

Walter FLÖTTL  
Generaldirektor der Bank für Arbeit  
und Wirtschaft

Dipl.Ing. Günter HAIDEN  
Bundesminister für Land- und  
Forstwirtschaft

Walter HEINZINGER  
Bundesrat, Generalsekretär des ÖAAB

Franz HENKEL  
Gemeinderat, Salzburg

Dr. Ingeborg HILLINGER

Leopold HOFINGER  
Landtagsabgeordneter, Oberösterreich

Fritz HOCHMAIR  
Landessekretär der Gewerkschaft der  
Metall- und Bergarbeiter, Vorsitzender  
der Zweigstelle O.Ö. der ÖGCF

Dir. Dipl.Ing.Dr. Hans KETTL  
Gemeinderat, Salzburg

Josef KLEMEN  
Stellv. Generalsekretär des ÖAAB

Univ.Prof. Dr. Egon MATZNER

Landesrat Ernst NEUHAUSER  
Mitglied der O.Ö. Landesregierung

Ernst PECHLANER  
Landessekretär der Gewerkschaft Druck  
und Papier, Leiter der Zweigstelle  
der ÖGCF, Innsbruck

Dr.Herb J.PINDUR  
Sektionschef im Bundesministerium für  
Gesundheit und Umweltschutz

Dipl.Ing.Josef RESCHEN  
Gemeinderat, Geschäftsführer der Zweig-  
stelle Salzburg der ÖGCF

Dr.Stephan RADINGER  
Abgeordneter zum Nationalrat

Dr.Herbert SALCHER  
Landeshauptmann-Stv., Tirol

Dr.Herbert SCHOELLER  
Gesellschafter des Bankhauses  
Schoeller & Co.

Dr.Wolfgang SCHÜSSEL  
Geschäftsführender Generalsekretär des  
Österreichischen Wirtschaftsbundes

Red.Harry SICHROVSKY  
ORF

Dr.Kurt STEYRER  
Abgeordneter zum Nationalrat

Dkfm.Alfred STIRNEMANN  
Internationaler Sekretär der ÖVP

Dipl.-Volkswirt Herbert TIEBER  
Kabinett des Bundesministers für Handel,  
Gewerbe und Industrie

Univ.Prof.  
Dr.Dr.h.c.mult.Alfred VERDROSS

o.HS.-Prof.Dr.Karl WAGNER  
Gemeinderat, Vorsitzender der Zweigstelle  
Salzburg der ÖGCF

Dr.Walter WAIZER  
Direktor, Tyrolit-Schleifmittelwerke

Primarius Dr.Günther WIESINGER  
Abgeordneter zum Nationalrat

Dr.Norbert WITTMANN  
Kulurstadtrat, Wiener Neustadt

RECHNUNGSPRÜFER

Alois HIESS, Klaus SAMLICKI

# Die Österreichische Gesellschaft für Chinaforschung betreibt das ÖSTERREICHISCHE CHINA-FORSCHUNGSINSTITUT

*LEITUNG:* Dr. Gerd Kaminski  
Else Unterrieder Dipl.rer.pol.(Berlin)

*BERATUNG:* Prof. Vivien Pick (geb. Hsü Dschi-siu), Universität Wien  
em.Univ.Prof. Wang Chao-jen, Universität Nanking

*REFERENTEN:* Dr. Gerd Kaminski (Chinesische Haltung zum Recht,  
insbesondere zum Völkerrecht, chinesische  
Außenpolitik)

Gustav Meng (Chinesisches Gesundheitswesen)

Helmut Opletal (Chinesische Massenmedien, chinesische  
Innenpolitik)

Dr. Wolfgang Ruppert (Naturwissenschaft und Technik)

Red. Harry Sichrovsky (Chinesische Außenpolitik)

Else Unterrieder Dipl.rer.pol.(Berlin) (Chinesische  
Geschichte und Literatur)

# 中国报导

# CHINA- REPORT

## INHALTSVERZEICHNIS

Seite	7	Franz Seitelberger, Wien DAS HOCHSCHULWESEN IN CHINA
Seite	12	Udo Weiss, Heidelberg "VON DER STÄRKE DES AUSLANDS LERNEN" -Die Prinzipien der gegenwärtigen chinesischen Außenwirtschaftspolitik
Seite	16	Harry Sichrovsky, Wien BEETHOVEN REHABILITIERT Interview mit Pekingener Kulturschaffenden
Seite	18	Gerd Kaminski, Wien DIE GRUNDSÄTZLICHE EINSTELLUNG DER VR CHINA ZUM VÖLKERRECHT (II. Teil)
Seite	50	Wei Wen, Peking FAMILIENPLANUNG IN CHINA
Seite	52	Ai Nung, Peking CHINA FÜHRT EINEN ALLSEITIGEN KAMPF GEGEN DIE DÜRRE
Seite	53	Josef Simecek, Wien ALS ERSTE ÖSTERREICHISCHE SPORTGRUPPE IN CHINA
Seite	55	CHRONIK DER ÖSTERREICHISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN
Seite	64	DOKUMENTE

# Prof. Dr. Franz Seitelberger

Rektor der Universität Wien

## DAS HOCHSCHULWESEN IN CHINA

Eine aus vier Vertretern der Naturwissenschaften bestehende österreichische Delegation - es waren dies die Professoren Franz Seitelberger, Hans Tuppy, Erich Schmid (alle Universität Wien) und Willibald Riedler (TU Graz) - besuchte im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung vom 23. Februar bis 18. März 1977 die Volksrepublik China, um Forschungs- und Hochschuleinrichtungen kennenzulernen und Möglichkeiten wissenschaftlicher Kontakte zu prüfen. In fünf Städten wurden 16 Forschungsinstitute und Hochschulen besucht und Informationsgespräche mit deren Leitern und den Repräsentanten der Academia Sinica, von der die Delegation betreut wurde, geführt. Ein offizieller Empfang durch den für das Forschungs- und Bildungswesen verantwortlichen Vizepremier Wang Tschen mit programmatischen Erklärungen zur neuen Wissenschaftspolitik Chinas verlieh der Delegationsreise politische Bedeutung. Nachstehend sollen hochschulpolitische Aspekte von Erfahrungen und Ergebnissen der Reise aufgezeigt werden.

Die Aufgabe des gesamten Schulwesens Chinas ist grundsätzlich nicht nur, Kenntnisse und Ausbildung zu vermitteln, sondern vor allem zu erziehen, das heißt politisch zu bilden. Wissenschaft und Bildung haben keinen Eigenwert, sondern stehen im Dienste von zwei Aufgaben: einmal den dringenden Bedürfnissen der nationalen Gesellschaft durch wissenschaftliche Lösung von aktuellen Problemen und durch Bereitstellung entsprechend qualifizierter Fachkräfte abzuhelpen, und zweitens zu politisch gefestigten, theoretisch

geschulten und praktisch erprobten sozialistischen Menschen zu erziehen. Von diesen Voraussetzungen her wird manches zunächst unverständlich erscheinende Detail des Bildungswesens begreiflich und erklärlich.

### Die Schuldauer

Was die Angaben über Schuldauer und die Zahlen der Schulen, Schüler und Studenten anlangt, wurden wir mit den bekannten, bis 1975 publizierten Daten konfrontiert. Neue Angaben sind offenbar noch nicht greifbar. Die Schulpflicht umfaßt fünf Jahre in ländlichen Gegenden, sieben Jahre in kleineren Städten und beträgt zehn Jahre in Großstädten. Im Jahre 1975 gab es 150 Millionen Grundschüler, 40 Millionen Mittelschüler und 500.000 Studenten, davon 200.000 Studienanfänger in ca. 400 Hochschulen. Die Gesamtbevölkerung wird neuerdings mit 800 Millionen Menschen angegeben. Das bedeutet, daß derzeit kaum 1 Prozent eines Geburtsjahrganges zum Hochschulstudium gelangen kann. Es gibt aber neben den staatlichen Hochschulen auch solche, die von den ländlichen Volkskommunen und den Betrieben im Sinne des Prinzips der Selbstversorgung getragen werden und zusammen von etwa 1 Million Studenten frequentiert werden. Man wird diese nichtstaatlichen Hochschulen der zweiten Linie qualitativ aber nicht mit den staatlichen gleichsetzen dürfen. Die Delegation hatte nicht die Möglichkeit, derartige Hochschulen zu besuchen.

### Die Studiendauer

Die Studiendauer an den staatlichen Hochschulen, von denen im weiteren geredet wird, beträgt ohne Unterschied der Disziplin drei Jahre. Daneben gibt es verschiedene Formen von Kurzstudien mit einer Dauer zwischen wenigen Monaten bis zu einem Jahr. Ein Teil der Absolventen kann unter bestimmten Umständen nach einer Zeit praktischer Tätigkeit für ein zweijähriges Weiterstudium wieder aufgenommen werden. Fortbildungskurse gibt es zwischen drei und acht Monaten Dauer. Außerdem obliegt den Hochschulen die Abhaltung von zahlreichen, stark besuchten praxisbezogenen Kursen in Blockform oder im Abendstudium, die vielfach auch extern durch Lehrerteams in Betrieben oder Kommunen abgehalten werden. Mitunter sind auch Fernstudien eingerichtet, und zwar mittels Lehrbrief, sowie neuerdings auch mittels des Fernsehens.

Diese mehrfachen Aufgaben bringen es mit sich, daß die Zahl der Hochschullehrer relativ sehr hoch ist und durchschnittlich etwa ein Drittel der regulären Studentenzahlen beträgt. Infolge der mehrjährigen Unterbrechung des Hochschulbetriebes nach und der Studienzeiterkürzung seit der Kulturrevolution erwecken die Hochschulen auch keineswegs den Eindruck der Überfüllung, im Gegenteil eher den einer Unterbesiedlung. Die Hochschulen verfügen wie alle Einrichtungen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens über eine relative Autonomie und werden von sogenannten Revolutionskomitees geleitet, denen Vertreter der drei gesellschaftsbildenden Klassen der Arbeiter, Bauern und Soldaten und der drei Altersstufen angehören. Vorsitzender ist in der Regel ein politisches oder militärisches Mitglied, während der Vizevorsitzende der fachliche Leiter ist. In der Hochschule würde er dem Rektor, in der Fachschule dem Direktor entsprechen. Vertreter der Studenten wurden in diesen Komitees an den Hochschulen vermißt. Auf unsere Frage danach erhielten wir die Antwort, daß es den Volksmassen, d.h. hier den Hochschulangehörigen, seit den Ereignissen des vergangenen Herbstes 1976 noch nicht möglich gewesen wäre, die Studentenkader neu zu wählen. Man fügte auch an, daß die "Viererbande" durch ihre anarchistischen Tendenzen Unsicherheit in die Hochschule getragen und das Ausbildungsniveau beeinträchtigt hätte. Diese Fehler würden nun korrigiert. Sprecher der Hochschulrevolutionskomitees war in den von uns geführten Diskussionen häufig das mit der Unterrichtsreform beauftragte, offenbar politisch determinierte Mitglied.

### Die Unterrichtsstruktur

Die Unterrichtsstruktur ist nach der Einführung der dreijährigen Regelstudiendauer dadurch gekennzeichnet, daß allerentbehrlich erscheinende theoretische Ballast aus den Lehrplänen entfernt, bzw. der unbedingt erforderliche und durch Lektüre erlernbare Anteil auf das Selbststudium verwiesen wurde. Als Charakteristika des Unterrichts werden Kürze, Einfachheit und Vielseitigkeit angegeben. Der Unterricht in Form von Vorlesungen und von theoretisch reduktivem Lernen wurde weitgehend durch das Arbeiten an Problemlösungen in kleinen Gruppen ersetzt, wofür die dem Studium vorangehende praktische Tätigkeit und Arbeitsersätze während des Studiums reichlich Stoff und anwendbare Erfahrung liefern. Am

Schluß des Studiums steht immer als eine Art Meisterstück eine praktische Arbeit, die Herstellung einer Maschine bzw. eines wesentlichen Teils einer solchen, oder die Mitarbeit an einer geologischen, archäologischen, epidemiologischen oder sonstigen praktischen Studie. Die Verbindung von Praxis und Studium hat auch den politischen Akzent, eine elitäre Einstellung der Hochschüler gegenüber den Arbeitern und Bauern zu verhindern und in der Hochschule den moralisch, geistig und physisch allseitig gebildeten Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein heranzuziehen. Dazu hilft weiters der Grundsatz, die Lehrmittel und Forschungsgeräte womöglich selbst herzustellen. In wie hohem Maße dies gelingt, dafür erhielten wir eindrucksvolle Beweise.

Zur Verbindung von Wissenschaft und Praxis werden an den Hochschulen vielfach auch Produktionswerkstätten, z.B. für Computerbau, Medikamentenerzeugung, Isotopenherstellung etc. betrieben und werden externe Produktionsstätten und Fabriken durch Hochschulkräfte betreut. Schließlich werden in den Unterricht auch Praktiker aus den Fabriken bzw. aus der Landwirtschaft einbezogen; wir würden sagen als Lektoren und Praktikumsleiter, die ihre Erfahrungen den Studenten weitergeben, also das "know how" ins Studium einbringen. Leitgedanke des Unterrichts ist die sogenannte Dreierverbindung, d.h. die Einheit von Erziehung, Forschung und Produktion.

Der Wochenstundenplan für die 6 Tage-Studienwoche hat bis zu 42 Unterrichtsstunden, von denen zehn auf ein Generalprogramm, bestehend aus politischem Unterricht, (vier Stunden), Fremdsprachen (vier Stunden) und Sport (zwei Stunden) entfallen. Der Sonntag bzw. der freie siebente Wochentag dient dem Selbststudium aus Büchern und den sozialen Aktivitäten. Die Ferien, d.h. die unterrichtsfreie Zeit von sechs Wochen im Jahr, dient der praktischen Arbeit in Betrieben oder in der Landwirtschaft. Ferien nach unserem Verständnis gibt es für die Studenten ebensowenig wie es Urlaub für die arbeitende Bevölkerung gibt. Die Studenten sind in universitätseigenen Gebäuden am Hochschulort gemeinschaftlich, aber nach dem Geschlecht getrennt, untergebracht. Privates Wohnen gibt es nicht: Es wäre wohl auch deswegen schwer möglich, weil die Hochschulen oft entfernt von den Wohnzentren gelegen, die Wohnverhältnisse im allgemeinen äußerst angespannt sind und die Studenten kaum je am Heimatort studieren können, sondern je nach den gegebenen Umständen durch zentra-

le Entscheidungen irgendeiner Hochschule im Land zugeteilt werden. Die passive Mobilität der Studierenden ist wie die der übrigen Bevölkerung also sehr beträchtlich; man kann auch sagen, sie sind in höchstem Maße mobilisierbar, so auch für Katastropheneinsätze und andere akute Erfordernisse.

#### Die Studienvoraussetzungen

Die Hochschüler formieren keine eigene Klasse oder das Äquivalent für einen Berufsstand, sie werden vielmehr aus den Ständen der Arbeiter, Bauern und Soldaten zum Studium delegiert, um danach wieder in ihre Produktions- oder sonstigen Einheiten zurückzukehren, etwa auch als Arzt in die Kommune des Heimatortes. Das Hochschulstudium ist also nur eine Einschaltung in die jeweilige Berufstätigkeit, eine Studiendienstpflicht mit dem Ziel, in diesem Beruf eine höhere Qualifikation zu erlangen. Die Voraussetzung für die Entsendung an eine Hochschule besteht in einer mindestens zweijährigen Tätigkeit als Arbeiter, Bauer oder Soldat nach Erreichung des Schulabschlusses mit 17 Jahren (bei zehnjähriger Pflichtschulzeit). Auf Grund politischer Bewährung, ersichtlicher Fähigkeiten und persönlichen Wunsches bzw. Antrags kann das zuständige Revolutionskomitee ein solches Mitglied, das nicht älter als 25 Jahre sein darf und unverheiratet sein muß, zum Hochschulstudium vorschlagen. Etwa einer von fünf Anwärtern erreicht die tatsächliche Zulassung zum Studium. Letzten Endes liegt die Zulassung im autonomen Entscheidungsrecht der aufnehmenden Hochschule, an der die Empfohlenen eine Aufnahmeprüfung, die seit Herbst 1976 wieder eingeführt ist, abzulegen haben. Abgewiesene Bewerber können sich um die Aufnahme an eine der nichtstaatlichen Hochschulen bewerben. Der Bewerber hat grundsätzlich keinen Einfluß auf das Studienfach und den Studienort. Man kann zwar annehmen, daß der Wunsch, Eignung und Herkunft des Bewerbers, etwa aus einem landwirtschaftlichen Betrieb oder aus einer Fabrik, vernünftigerweise bei der Bestimmung der Studienrichtung berücksichtigt werden, da vom Hochschüler ja eine qualitativ gehobene fachliche Leistung in seiner Einheit nach dem Studienende erwartet wird. Doch das muß keineswegs immer so sein, zumal durch zentrale Verordnung auf Grund der Bedarfslage und der Kapazitäten für jedes Jahr die Zahl der Studienplätze und die Kontingente der verschiedenen Studienrichtungen verbindlich festgelegt werden.

Daher gibt es keine Überfüllung der Hochschulen, keine Kapazitätsprobleme, keine Mangelberufe, keine Verteilungsungleichgewichte bei den Absolventen und keine Strukturarbeitslosigkeit, aber auch keine individuelle Studienwunschbefriedigung.

#### Die künftige Entwicklung

Die Frage nach der künftigen Entwicklung des Hochschulwesens läßt sich nur schwer beantworten. Der zweifellos bestehende und immer wieder betonte große zahlenmäßige Bedarf des sich selbst als Entwicklungsland einstufoenden Staates nach qualifizierten Fachkräften, der mit zunehmender Industrialisierung weiter anwachsen wird, spricht sicher zu Gunsten des Ausbaues der Hochschulen. Dem entgegen wirkt der ideologische Trend, das Wiedererstehen einer durch höhere Bildung privilegierten Schicht hintanzuhalten. Zur Zeit kann man offenbar beiden Forderungen, dem Bedarf und dem Ziel der Kulturrevolution, durch das System des verkürzten Studiums und der zahlreichen Kurzstudien (am bekanntesten geworden durch die sogenannten "Barfußärzte") gerecht werden. Aus den Gesprächen auf Grund der vorgebrachten naheliegenden Einwände und Fragen betreffend Qualität der Ausbildung, Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Laufbahn der Hochschullehrer etc., ging aber eindeutig hervor, daß die Problematik des derzeitigen Verfahrens offenliegt, daß es sich nur um eine vorläufige, durch den Zwang der Umstände diktierte Lösung handelt und daß nach besseren Alternativen gesucht werden muß und wird. Ausbildungsmängel, z.B. in den hochtheoretischen technischen Fächern oder in der Medizin wurden zugegeben. Die schon erwähnte Wiedereinberufung von Absolventen für eine zweijährige Studienfortsetzung scheint solchen notwendigen Studienkomplettierungen sowie der Heranbildung von wissenschaftlichen Nachwuchskräften für Lehre und Forschung zu dienen. Ein festgelegter Weg für die Laufbahn von Spitzenkräften, die bei der Lage der Dinge in Kürze in größerer Zahl benötigt werden dürften, scheint aber noch nicht zu existieren; es wird noch experimentiert. Auch war nicht zu erfahren, wie man ein Hochschulleiter insb. in einer leitenden Stellung wird.

Im allgemeinen gewann man den Eindruck, daß sich eine pragmatische Einstellung vorbereitet, die der Forderung nach Erreichung von höherer wissenschaftlicher Qualifikation unter Umständen auch auf Kosten der bisherigen ideologischen Prinzipien, Rechnung

tragen möchte. Der Einsatz von Hochschul-  
lehrern in der Produktion scheint bereits  
der Geschichte anzugehören. Die Sabotage  
des wissenschaftlichen Betriebes durch die  
anarchistischen und undifferenzierten Ten-  
denzen der "Viererbande" wurden allerorts  
betont; in seinem Statement vor unserer  
Delegation kam es durch den Vizepremier  
Wang Tschen sogar erstmals zu einer teil-  
weisen Rehabilitierung des Konfuzius in  
der Feststellung, daß die Achtung vor den  
Lehrern nicht dem politischen Konflikt-  
stoff mit diesem Philosophen zugehöre und  
daß sie in den Hochschulen wieder einzie-  
hen müsse. China sei in wissenschaftlichen  
Belangen weltoffen und wolle lernen, wo  
immer es möglich und nützlich sei. So er-  
scheint die internationale Konkurrenzfähig-  
keit ein wesentliches Moment zugunsten ei-  
nes auf Qualität der wissenschaftlichen  
Ausbildung gerichteten Hochschulwesens zu  
sein. Wenn man das derzeitige durchschnitt-  
liche Niveau der Hochschulen Chinas mit  
dem unsrigen vergleichen möchte, müßte man  
sagen, daß es im technischen und naturwis-  
senschaftlichen Bereich etwa dem unserer  
Höheren Technischen Lehranstalten ent-  
spricht. Auch die Ausrüstung mit Unter-  
richtsmitteln und Geräten reicht zumeist  
nicht an den Stand unserer Universitäten  
und Hochschulen heran. Jedoch erscheinen  
die Bibliotheken sehr gut mit internatio-  
naler Literatur bestückt und der Informa-  
tionsstand der wissenschaftlichen Kräfte  
war bemerkenswert hoch und up to date.

Von der spontanen Mobilität der Hochschul-  
lehrer und dem Berufsmodus konnten wir  
kein klares Bild gewinnen. Die Bewegung  
zwischen Hochschulen und den weitgehend  
der Forschung gewidmeten Instituten der  
Academia Sinica dürfte recht gering sein.  
Es bestehen aber viele Kooperationen im  
Zuge großer interdisziplinärer und über-  
regionaler Forschungsprojekte.

Die Bedeutung der Hochschulforschung wird  
im Rahmen der Dreierverbindung von Erzie-  
hung, Produktion und Experiment betont,  
sie hat aber, zumal seit der Kulturrevo-  
lution und ihrer Studienreform, augen-  
scheinlich nur ein geringes Volumen. Die  
angetroffenen Einrichtungen erlauben, von  
Ausnahmen abgesehen, in den meisten Fällen  
problemorientierte Arbeiten von Entwick-  
lungscharakter, aber kaum Forschung auf  
Erschließungsgebieten. Hier ist für die  
Zukunft zweifellos Planungs- und Aufbau-  
arbeit zu leisten.

Die Auslandsverbindungen der Hochschulen  
beschränken sich im wesentlichen auf den

Zugang zur Literatur und auf Schriftenaus-  
tausch sowie auf die Entsendung und den  
Empfang wissenschaftlicher Delegationen  
und geladener Vortragsreisender. Ein Aus-  
tausch von Lehrern, Forschern oder gar  
Studierenden besteht nur in minimalem Um-  
fang. Dazu sei noch nicht die Zeit und  
Möglichkeit gegeben, hörte man als Kommen-  
tar. Auch die Mitarbeit in internationalen  
wissenschaftlichen Vereinigungen und die  
Teilnahme an internationalen wissenschaft-  
lichen Kongressen ist sehr gering; oft wird  
dazu gesagt, daß die Mitgliedschaft "Natio-  
nalchinas" in internationalen Gesellschaf-  
ten der Grund sei, warum die Volksrepublik  
diesen noch nicht beigetreten sei. Trotz  
dieser Beschränkungen ist aber - wie er-  
wähnt - das Informationsniveau von beacht-  
licher Höhe, und man trifft auf Forschungs-  
leistungen, insbesondere in den Akademie-  
Instituten, von international höchstem  
Rang. Es wird aber noch einiger Zeit und  
gewaltiger Anstrengungen bedürfen, um ein  
gleichmäßig hohes und allgemein auf den  
Hochschulen verbreitetes wissenschaftli-  
ches Niveau in diesem riesigen Land zu er-  
reichen. Als günstige Voraussetzungen da-  
für sind außer den schon erwähnten folgen-  
de erkennbar: Man begegnet durchwegs einer  
großen Wißbegierde und nüchtern-rationalen  
Einstellung, z.B. gegenüber den Möglich-  
keiten und Grenzen der Akupunktur-Thera-  
pie; ferner einem starken Wirklichkeits-  
sinn, verbunden mit hoher praktischer Be-  
gabung, ich möchte sagen, einem Handwerks-  
geschick auf mikrotechnischem Niveau. Wenn  
diese Fähigkeiten und die ambitionierten  
Bestrebungen der Hochschulangehörigen ein-  
mal in breiter Front zum Tragen kommen,  
darf man der Wissenschaft in China eine  
rasche Entwicklung und eine erfolgreiche  
Zukunft voraussagen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß  
sich das Hochschulwesen in China in einem  
durch die nationale Situation und die vi-  
talen Probleme des Landes sowie durch die  
geltenden politischen Prinzipien bedingten  
Durchgangsstadium befindet, in dem ein Aus-  
gleich zwischen dem ungemainen Bedarf an  
geschulten Fachkräften und der Forderung  
nach Verwirklichung der klassenlosen sozia-  
listischen Gesellschaft gesucht wird. Die  
Eigendynamik der bisherigen technisch-wis-  
senschaftlichen Fortschritte selbst, die  
Zwänge aus der wachsenden Industrialisie-  
rung und die unvermeidbare Konkurrenzfä-  
higkeit mit der übrigen Welt lassen aber  
die Heranbildung besser qualifizierter  
wissenschaftlicher Kräfte in genügender  
Zahl immer dringender werden und drängen  
auf strukturelle Änderungen des Hochschul-

wesens in Richtung der Schaffung einer Stufe von höherer Ausbildung, deren Heranbildung eigener Regelsysteme bedarf und deren Träger jedoch nicht ohne Qualitätseinbußen mit den Volksmassen voll zu nivellieren sein werden.

(Quelle: ÖHZ Nr.5 vom Mai 1977)

# Berichte des Österreichischen China-Forschungsinstitutes

**Uwe G. Fabritzek, Udo Weiß**  
**DAS ENTWICKLUNGSMODELL CHINA**

Wien, 1975, 123 Seiten

**Wolfgang Ruppert, Erich Wang**  
**NATURWISSENSCHAFT UND TECHNIK  
IN DER VR CHINA**

Wien, 1975, 95 Seiten

**Gerd Kaminski**  
**DIE HALTUNG  
DER VOLKSREPUBLIK CHINA  
ZUM VÖLKERRECHTLICHEN  
GEBIETSERWERB**

Wien, 1975, 70 Seiten

**Weggel, Fabritzek, Kaminski, Sichrovsky**  
**CHINA UND DIE DOMINOTHEORIE**

Wien, 1976, 120 Seiten

**Helmut Opletal**  
**CHINESISCHE MASSEN MEDIEN**

Wien, 1976, 80 Seiten

**Oskar Weggel**  
**DIE VERFASSUNG DER VR CHINA  
VON 1975**

(in Zusammenarbeit mit dem Institut für Asienkunde, Hamburg)  
Wien, 1976, 147 Seiten

**Gransow, Kaminski, Nakajima  
Weggel, Weiss**  
**CHINA UND  
DIE VEREINTEN NATIONEN**

Wien, 1976, 49 Seiten

**Wolfgang Ruppert**  
**MATHEMATIK IN CHINA**

Wien, 1976, 140 Seiten

**Gerd Kaminski**  
**CHINAS PRINZIPIELLE HALTUNG  
ZU INTERNATIONALER  
ORDNUNG UND VÖLKERRECHT**

Wien, 1977, 60 Seiten

# Udo Weiss, Heidelberg

## VON DER STÄRKE DES AUSLANDES LERNEN

### Die Prinzipien der gegenwärtigen chinesischen Außenwirtschaftspolitik

Ländern mit niedrigem Volkseinkommen stehen, falls sie den Zustand der ökonomischen "Unterentwicklung" verlassen und den Industrialisierungspfad einschlagen wollen, dazu verschiedene Möglichkeiten offen. Sie können sich z.B. dafür entschließen, sich am Welthandel zu beteiligen, entweder als Rohstofflieferanten oder als Anbieter von industriellen Fertigwaren. Als Motiv für diese außenwirtschaftliche Aktivität wird die Beschaffung fremder Valuta unterstellt, die ihrerseits wieder zum Ankauf ausländischer Wirtschaftsgüter für den inländischen Konsum, vor allem aber von Investitionsgütern für den wirtschaftlichen Aufbau benötigt wird. Im einen Falle würden sie eine extrahierende, d.h. rohstoffgewinnende Industrie aufbauen, die ihre Produkte wahrscheinlich relativ leicht auf dem Weltmarkt absetzen könnte, wenn auch nicht immer zu den wünschbaren Konditionen und Preisen; im anderen Falle würde eine auf den Export gerichtete Industrie errichtet werden, was zweifellos das wirtschaftliche Gesamtniveau des Staates erheblich steigerte, andererseits aber die Wirtschaft viel stärker dem Auf und Ab der internationalen Konjunktur und den Angriffen der ausländischen Konkurrenz aussetzen müsste. Trotz dieser manifesten Erschwernisse hat sich die überwiegende Mehrheit der Länder der sogenannten Dritten Welt für diesen Weg zur Steigerung des Volkswohls über die Exportbeteiligung am Welthandel entschieden. In der Praxis zeigte sich früh, daß beide Varianten ohne zusätzliche Kredit- oder Darlehensgewährung von außen nur schwer zu verwirklichen waren.

Es ist indessen modelltheoretisch auch eine anders gerichtete Entscheidung denkbar: der Aufbau importsubstituierender Industrien in

der Absicht, einen möglichst hohen Grad der Unabhängigkeit vom Ausland zu erzielen. Diese Hinwendung ist ideologisch, also nichtwirtschaftlich bestimmt. In der Gegenwart trifft dies zu z.B. auf Burma, Kambodscha, in Afrika vielleicht auf Guinea-Conakry, vor allem aber auf die Volksrepublik China. Mit dieser unvollständigen Aufzählung sind bereits wichtige Unterscheidungsmerkmale eingeführt worden. Es handelt sich in allen Fällen um Volkswirtschaften mit geringem Pro-Kopf-Einkommen auf der Stufe vorindustrieller Agrarwirtschaften (trotz gewisser Industrialisierungsansätze), aber wegen ihrer Größe als Wirtschaftstraum, ihrer riesigen Bevölkerungszahl, ihrer Rohstoffvorkommen, fällt die VR China völlig aus diesem Rahmen. Während in allen anderen Fällen die Politik des Sich-Abschließens eindeutig zu einer Verringerung des Volkswohls geführt hat, zeigt das Beispiel Chinas, daß Autarkie erfolgreich praktiziert werden kann, aber nur dann, wenn sie auf den genannten natürlichen und ökonomischen Voraussetzungen basiert und von einer entschlossenen Regierung, der eine in praktische Maximen umsetzbare Ideologie zur Verfügung steht, gehandhabt wird.

Natürlich hat auch die VR China immer Außenhandel getrieben, in den Anfangsjahren hauptsächlich mit dem sowjetischen Block. Ohne die Einfuhr von Maschinen und Rohstoffen (damals noch vor allem Rohöl) wäre ein Wiederaufbau und später die Durchführung des ersten Fünfjahrplanes nicht denkbar gewesen. Gegenüber den westlichen Industriestaaten kam in diesen Jahren klar die Abneigung zum Ausdruck, die sich von den schlechten Erfahrungen herleitete, die das alte China mit den seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gewaltsam eindringenden überseeischen Wirtschaftsmächten gemacht hat, - eine Attitude, die damals schon an die jahrhundertealte autarkische Grundstimmung des chinesischen Kaiserreichs anknüpfte. Diese Abneigung wurde durch die neue marxistische Ideologie seit 1949 noch verstärkt. Umso schwerwiegender musste sich der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen durch die Sowjetunion 1960 auswirken. Die Skepsis gegenüber außenwirtschaftlicher Verknüpfung wandelte sich in glatte Ablehnung. "Vertrauen in die eigene Kraft" wurde in der Folge die bestimmende Devise. Auf gar keinen Fall mehr durfte in Zukunft ein Staat oder Staatenblock ein Anbietermonopol gegenüber China ausüben. Daher kam es seit 1962 zu der Aufnahme und Vertiefung wirtschaftlicher Beziehungen zu westlichen Industriestaaten (der sogenannten Zwischenzone, d.h. ohne die USA). Diese beiden

Pole, Furcht vor Abhängigkeit vom Ausland und die praktische Notwendigkeit, Technologie für den eigenen Aufbau und gelegentlich Nahrungsmittel einzukaufen, bestimmten seit-her die chinesische Außenwirtschaftspolitik.

Für die pragmatische Wirtschaftspolitik seit Ende der Kulturrevolution ist die erstmalige Formulierung der chinesischen Außenwirtschaftspolitik im Sommer 1974 typisch. Der damalige und heutige Außenhandelsminister Li Chiang beschrieb sie so: Ihre Aufgabe ist es, "die Bande revolutionärer Freundschaft und gegenseitiger Hilfe und Unterstützung mit den brüderlichen sozialistischen Ländern, sowie der Zusammenarbeit und Unterstützung mit freundschaftlich gesinnten Ländern" (worunter alle westlichen Industrieländer verstanden werden) zu stärken, geleitet von einer "Politik der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der Hilfe bei der Befriedigung der gegenseitigen Bedürfnisse durch Handelsaustausch." Politische Souveränität und ökonomische Unabhängigkeit sind untrennbar. Die neue Außenhandelspolitik müsse dem sozialistischen Aufbau des Landes dienen. Eine "Politik der geschlossenen Tür" wäre falsch. Planvoller Handel mit dem Ausland dient dem Ziele, "von den Leistungen anderer Länder zu lernen und ...benötigte Materialien, Ausrüstungen und Techniken auf dem Wege des Austausches zu erlangen ... Tatsachen beweisen, daß der Außenhandel für unsere Volkswirtschaft notwendig ist<sup>3</sup>." Und an einer anderen Stelle hieß es<sup>4</sup>, China "benutzt den Außenhandel, um (seine eigene) Produktion, die wissenschaftliche Forschung und den Binnenhandel voranzutreiben", also um seine wirtschaftliche Entwicklung auf ein höheres Niveau zu bringen.

Diese Aufgabenstellung: Außenhandel dann und dort, wo er die innerchinesische Entwicklung fördert, chinesische Exporte zur Devisenbeschaffung, Importe ausländischer Technologie, wenn chinesische Entwicklungen zur Zeit nicht praktikabel oder zu teuer sind, passte ausgezeichnet in das von Chou En-lai auf dem Vierten Nationalen Volkskongreß am 13. Januar 1975 verkündete Entwicklungsprogramm Chinas<sup>4</sup>, das bis 1980 den Aufbau eines "unabhängigen, relativ vollständigen Systems der Industrie und der Volkswirtschaft insgesamt" vorsieht; dem ein zweiter Schritt folgt mit dem Ziel, bis etwa zum Jahr 2000 "allseitig die Landwirtschaft, die Industrie, die Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik zu modernisieren, damit die Volkswirtschaft

unseres Landes in der vordersten Reihe der Welt stehen kann." Bekanntlich wurden in der innenpolitischen Auseinandersetzung der ersten Hälfte des Jahres 1976 Teng Hsiao-ping gerade die Befolgung dieser "vier Modernisierungen" zum Vorwurf gemacht. Im Bereich des Außenhandels wurde er beschuldigt, er habe die Politik des "Vertrauens auf die eigene Kraft" als "Selbstüberheblichkeit" und "Politik der geschlossenen Tür" verächtlich gemacht und China zu einem reinen Absatzmarkt und Rohstofflieferanten für den Imperialismus und Sozialimperialismus gestempelt.<sup>5</sup> In der Tat war die chinesische Außenhandelsbilanz, bei einem globalen Volumen 1975 von etwa 14 Mrd. US Dollar, gegenüber den Industrieländern mit ca. 2,8 Mrd. Dollar defizitär geworden<sup>6</sup> als Resultat der vermehrten Technologieimporte. Eine teilweise direkte Abdeckung wäre nur durch vermehrten Rohstoffexport (Rohöl) möglich gewesen. In der Praxis wurde versucht, durch verstärkte Exporte in die Entwicklungsländer und den kommunistischen Block einen Ausgleich herbeizuführen. Während der kurzen Vorherrschaft der Shanghaier Gruppe wurden Anzeichen erkennbar, daß zukünftig mit einer Reduzierung des Außenhandels zu rechnen sein werde, besonders die kostspieligen Maschinenimporte aus westlichen Industriestaaten sollten gekürzt werden. An ihre Stelle sollten einige chinesische Entwicklungen treten, auch wenn dies eine zeitweilige Verlangsamung des Entwicklungstempos bedeutete. Wie einst in der Kulturrevolution wog ideologische Reinheit, im konkreten Falle Selbständigkeit und das Vertrauen auf die eigene Kraft, schwerer als ökonomische Überlegungen. Ein Hauch von "austerity" breitete sich aus. Freilich, ganz unterbrochen sollte die Außenhandelsaktivität nicht werden, nur gedrosselt. In hohem Maße war Japan von der Schwenkung betroffen. Sowohl die Angebotsmengen für chinesisches Rohöl, wie die Abnahmebereitschaft für japanischen Stahl wurden erheblich (z.T. um 50% gegenüber dem Vorjahr) herabgesetzt.

Seit dem Sturz der "Viererbande" hat sich das Bild völlig gewandelt. Außenhandel, und zwar im alten, möglicherweise sogar gesteigerten Umfange, ist wieder Teil der Wirtschaftspolitik. Offizielle Billigung als Ziel der wirtschaftlichen Entwicklungspolitik erfuhren die "vier Modernisierungen" im November 1976<sup>7</sup>. Zur gleichen Zeit formulierte die Massen-Kritik-Gruppe des Ministeriums für Kohle, daß auf der Basis der Eigeninitiative und des Vertrauens auf die eigene Kraft, auf planvolle

und selektive Weise durchaus auch ausländische moderne Technologie verwendet werden dürfe. Diese Haltung hatte die "Viererbande" als "sklavische Kompradorenphilosophie", "im Schneckentempo hinterherhinken", "ausländische Dinge verehren und Ausländern schmeicheln", "Kapitulation und nationalen Verrat" bezeichnet. Das Lernen von ausländischer Technologie und der Einsatz von notwendigen ausländischen Ausrüstungen in China sei durchaus in Einklang mit der Lehre Mao Tse-tungs: "Normaler Außenhandel auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens und die Einführung nochentwickelter ausländischer Technologie nach China ist für die sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus notwendig." "Der Zweck der Verwendung ausländischer Technologie liegt in der Überwindung unserer Schwächen durch das Lernen von ihren (d.h. des Auslands) Stärken." An anderer Stelle wurde mit fast den gleichen Worten wie Li Chiang<sup>1974</sup> der Sinn und die Bedeutung des technischen und wirtschaftlichen Austausches zwischen Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen erklärt und gerechtfertigt. Außenhandel ist stets nur Komplementärfaktor der eigenen Entwicklung. Unter gar keinen Umständen ist die Einfuhr ausländischen Kapitals (zu Anlagezwecken) ins Auge gefasst. Die Übernahme ausländischer Technologie kann aber den chinesischen Entwicklungsprozeß vorantreiben. Kurz zuvor<sup>10</sup> hatten das Büro und die Angestellten der Exportmesse in Kanton, der Außenhandelsbüros und der verschiedenen lokalen und regionalen Außenhandelsabteilungen, denen man natürlich ein gewisses persönliches Engagement nicht absprechen kann, die Außenhandelspolitik der "Viererbande" kritisiert und betont, daß "der Außenhandel ein wichtiger integraler Bestandteil der Wirtschaft unseres Landes ist". Als Antwort auf den Vorwurf des "nationalen Verrats" und des "Ausverkaufs der nationalen Rohstoffe" wurde erklärt, daß es gerade die Erdölindustrie gewesen sei, die sich unter der Billigung Maos und der Führung Chous rapide entwickelt und nationale Selbstversorgung auf diesem Gebiet ermöglicht habe, daß andererseits die Viererbande durch ihre Behinderung des Rohölexportes den Nationalen Entwicklungsplan behinderte und die Prinzipien des sozialistischen Außenhandels, d.h. der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der Hilfe bei der Befriedigung der gegenseitigen Bedürfnisse verletzte. Vielmehr habe gerade die Viererbande "ausländische Dinge verehrt und Ausländern geschmeichelt, andererseits jedoch ausländische Wissenschaft, Technologie und Kultur

ohne Analyse verworfen, andere aber schamlos beschuldigt, 'sklavische Kompradoren' zu sein."<sup>12</sup> Chiang Ching wurde vorgeworfen, sich an Taching, dem revolutionären Heiligtum der industriellen Entwicklung, vergriffen zu haben, indem sie den Einbau ausländischer Bauteile in einer Kunstdüngerfabrik verhinderte. Die Arbeiter von Taching entgegneten ihr: "Wir sind für das Vertrauen auf die eigene Kraft. Aber das heißt nicht, eine Politik der 'geschlossenen Tür' praktizieren. Wir sollten von den guten Erfahrungen der modernen Wissenschaft und Technik anderer Länder lernen, um damit unseren sozialistischen Aufbau zu beschleunigen."<sup>13</sup> Dies ist völlig im Einklang mit der offiziellen Politik, die sich auf Chou En-lai beruht, der darauf bestand, Außenhandel so zu betreiben, daß dieser "dazu verhalf, die jeweiligen Bedürfnisse zu befriedigen, in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens und auf der Basis der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit, wobei die Initiative bei uns verbleiben muß und wir uns auf uns selbst verlassen."<sup>14</sup> Man kann diese Sätze durchaus als Zusammenfassung der seit dem Sturz der Shanghaier Gruppe wieder gültigen Prinzipien der Außenwirtschaftspolitik auffassen. Die Komplementärfunktion des Außenhandels in der chinesischen Entwicklungspolitik, d.h. die Tatsache, daß Außenhandel in chinesischer Sicht nicht um seiner selbst willen betrieben wird, sondern daß er der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergänzend zur Seite steht, wird auch jetzt wieder klar betont: "Der Außenhandel muß auf der Binnenwirtschaft basieren und in erster Linie auf den Binnenmarkt gerichtet sein. Der Binnenhandel muß jedoch auch den Außenhandel unterstützen. Wenn der Außenhandel entwickelt worden ist, indem man seine Funktion als Außenhandel sich frei entfalten ließ, dann wird er besser imstande sein, den Binnenmarkt zu unterstützen."<sup>15</sup>

Durch den Wiederabdruck der Rede Maos "Über die Zehn Großen Beziehungen" (vom April 1956)<sup>16</sup> wurden die Grundlagen für eine allgemeine Diskussion der Wirtschaftspolitik und der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung ins Volk getragen. Diese Diskussion ging dann über in die neuerliche Bewegung "Lernt von Tachai" (für die landwirtschaftliche) und "Lernt von Taching" (für die industrielle Entwicklungspolitik) durch zwei große nationale Konferenzen. Für den Bereich Außenhandel brachte der neue Text (der in einigen Punkten von den früher bekanntgewordenen Versionen abwich) eine deutliche Emphase für das "Lernen vom Ausland". "Unsere Politik ist es, von den Stärken aller

Nationen und aller Länder zu lernen, auf dem Felde der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie und in der Literatur und Kunst all das zu lernen, was wirklich gut ist; aber wir müssen mit analytischem und kritischem Auge lernen und nicht blindlings."<sup>17</sup>

Unter den zahlreichen Diskussionbeiträgen, die seither landauf, landab zu diesem Thema geleistet wurden, sei nur auf einen eingegangen - den der Arbeiter-Theoretikergruppe der Pekinger Allgemeinen Verbrennungsmotorenfabrik -in dem betont wurde, daß es auch für das fortschrittliche sozialistische System Chinas weiterhin notwendig und von Nutzen sei, vom Ausland zu lernen: "Wir lernen vom Ausland genau, um die Stärken anderer Völker zu absorbieren und unsere Schwächen auszugleichen. Vom Ausland lernen zeigt an, daß wir die Tatsachen erkannt haben, daß jede Nation und jedes Land seine Stärken und Schwächen hat..."<sup>18</sup> In Befolgung der Lehre Maos "ausländische Dinge China dienen lassen" müsse China sowohl im Inland wie im Ausland alle möglichen Faktoren mobilisieren, um möglichst schnell einen mächtigen sozialistischen Staat zu errichten. Als Richtlinien für diese Außenhandelspolitik werden folgende Gesichtspunkte herausgearbeitet:

- 1) "Wir dürfen nie die Politik des 'Vertrauens auf die eigene Kraft' in die Politik der 'geschlossenen Tür' verkehren... Wenn wir sagen 'wir verlassen uns auf die eigenen Anstrengungen, während wir fremde Hilfe als subsidiär ansehen', dann meinen wir damit, daß wir unsere Unabhängigkeit behalten, die politische und wirtschaftliche Initiative in unseren eigenen Händen bewahren und daß wir den Aufbau des Sozialismus gemäß unserer eigenen Pläne durchführen, entsprechend unseren Bedingungen und Bedürfnissen und indem wir uns auf unsere Arbeitskräfte, Rohstoffe und Finanzmittel verlassen. Wir nehmen keine ausländischen Gelder auf, noch lassen wir ausländische Investitionen zu. Auch bei Technologie, Ausrüstungen, Rohstoffen und anderen Materialien verlassen wir uns soweit wie möglich auf unsere eigenen Anstrengungen... Allerdings sollten wir versuchen, gewisse moderne ausländische Technologien und Ausrüstungen, sowie Rohstoffe und andere Materialien, die in China knapp sind, einzukaufen, falls das Ausland bereit ist, sie zu verkaufen, da wir dieses Problem derzeit nicht lösen können und sie dringend für den

Aufbau des Sozialismus benötigt werden... Wir wollen diese Hilfe des Auslandes, aber unter keinen Umständen werden wir uns darauf verlassen."

- 2) Normaler Außenhandel darf nie mehr als "sklavische Kompradorenphilosophie" verleumdet werden. "Sozialistischer Außenhandel dient der Politik des Proletariats, dem Aufbau des Sozialismus und der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao in der Außenpolitik. Außenhandel ist ein wichtiger Aspekt bei der Durchführung von Chinas Außenpolitik und in der Entwicklung außenpolitischer Beziehungen..." Es wird ins Gedächtnis gerufen, daß außenwirtschaftliche Beziehungen eine zweiseitige Angelegenheit sind und "sowohl den Export wie den Import von Gütern umfassen. Importe müssen von Exporten begleitet werden." Das hat nichts mit "Ausverkauf der natürlichen Ressourcen" und "nationalem Verrat" zu tun, sondern ist eine Frage der gegenseitigen Interessen. Im übrigen läuft der chinesische Außenhandel völlig unter staatlicher Kontrolle ab.
- 3) Die Technologie-Einfuhr als "Doktrin des im Schneckentempo Hinterherhinkens" zu verleumden, ist falsch. Im Gegenteil: "Es ist nützlich, ausländische Technologie einzuführen, wenn man gleichzeitig das Prinzip der Unabhängigkeit beibehält und die Initiative in den eigenen Händen bewahrt und sich auf die eigenen Anstrengungen verläßt, da derartige moderne Technologie Chinas sozialistischen Aufbau beschleunigt."

Die Außenhandelspraxis der vergangenen Monate läßt erkennen, daß diese neuen Prinzipien, bei denen es sich weitgehend um eine Neuformulierung der schon unter Chou En-lai propagierten Richtlinien handelt, vor allem in den Beziehungen zu den wichtigsten Industrieländern, bereits voll angewendet werden. Besonders häufig sind die Meldungen über die Wiederaufnahme der intensiven Japankontakte, aber auch die Overtüren zu einem umfangreichen Handelsabkommen zwischen China und der EG deuten in diese Richtung. Nachdem China die innere Ausgangsposition für eine umfassende Industrialisierung geschaffen hat, hat es offensichtlich auch im außenwirtschaftlichen Bereich so viel Selbstvertrauen erworben, daß es zur Durchführung seiner Ziele in engen Austausch mit den Lieferanten von Technologie und Ausrüstungen zu treten und seine Autarkiepolitik für diese Phase zu modifizieren gewillt ist.

Anmerkungen:

- 1) Machthaber und Cliques, die nur in die eigenen Taschen zu wirtschaften beabsichtigen, scheiden daher für die folgende Betrachtung von vornherein aus.
- 2) China's Foreign Trade (Zhong-guo dui wai mao-yi) No.1/1974, S. 2-5
- 3) Ren-min Ri-bao (Volkszeitung, Peking abg. RMRB) 15.10.74
- 4) Peking Rundschau 4/1975, S. 23f.
- 5) vgl. z.B. Peking Inlanddienst, 7.6.76, Summary of Worldbroadcasts (SWB) der BBC Part 3, FE/5230/BII/4
- 6) vgl. Current Scene, Sept.1976 (Vol.XIV, No.9) S. 3
- 7) RMRB 20.11.76, "Die zehn Roten Banner leuchten heller"
- 8) Peking Inlanddienst, 17.11.76, SWB FE/5373/BII/9
- 9) NCNA 22.4.76
- 0) Kanton, Kuangtung Provinzrundfunk 15.11.76 SWB FE/5366/C/3 und 22.11.76 SWB FE 5376/BII/1
- 1) NCNA 10.12.76, vgl. auch NCNA 13.1.77
- 2) Hong Qi (Rote Fahne) Nr. 1/77
- 3) NCNA 28.12.76
- 4) RMRB 11.1.77, "Lernt vom leuchtenden Beispiel Ministerpräsidenten Chous und bemüht euch, die revolutionäre Linie in der Außenpolitik des Vorsitzenden Mao auszuführen."
- 5) Kanton, Kuangtung Provinzrundfunk 26.1.77, Städtisches Außenhandelsbüro, SWB FE/5425/BII/11
- 6) RMRB 26.12.76
- 7) 10. Die Beziehungen zwischen China und anderen Ländern
- 8) 15. Vorlesung über Maos "Zehn große Beziehungen", Peking Inlanddienst 14.2.77 SWB FE/5455/BII/13ff
- 9) 16. Vorlesung, Peking Inlanddienst, 15.2.77, SWB FE/5456/BII/1ff.

# Harry Sichrovsky

## BEETHOVEN REHABILITIERT Interview mit Pekinger Kulturschaffenden

Anlässlich eines mehrwöchigen Studienaufenthaltes in China habe ich mich in Interviews und Gesprächen vor allem für die schwerwiegenden Folgen interessiert, die die Tätigkeit der "Viererbande" auf kulturellem Gebiet auslöste. Einer der Höhepunkte war dabei eine Diskussion mit führenden Pekinger Kulturschaffenden. Ihr Ausgangspunkt war ein Artikel, der am 11. Juni 1974 in Nummer 23 der "Peking Rundschau" auch in deutscher Sprache erschienen war. Ein Herr Tschu Lan hatte darin unter dem Titel "Die Kritik an der bürgerlichen Theorie von der menschlichen Natur vertiefen! - Zur Diskussion über die Musik mit und ohne beschreibenden Titel", vehemente Angriffe auf die musikalischen Werke von Bach, Beethoven, Mozart, Debussy, Strauß und anderer gerichtet. Im Ausland hatte der Titel Befremden ausgelöst. Er wurde, auch von Freunden Chinas, als Hinweis auf eine Neubelebung von Isolierungstendenzen und Fremdenfeindlichkeit in der chinesischen Außenpolitik betrachtet. Und genau das war die Absicht der Auftraggeber des Autors, wie heute erwiesen ist.

An der Diskussion, die im Mai 1977 in Peking stattfand, beteiligten sich: Li De-lin, Dirigent des Pekinger Zentralen Sinfonieorchesters; Liu Sche-Huen, berühmter Pianist des Orchesters; Li Tschün-guan, Musiktheoretiker am Pekinger Konservatorium; Fung Mu, Literatur- und Kunstkritiker, und Dschang De-shen, Mitarbeiter des Kulturministeriums. Im folgenden eine Zusammenfassung ihrer Ausführungen:

"Das Wiener Philharmonische Orchester war 1973 in Peking und hat damals einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Nun haben wir im April zum 150. Todestag Beethovens dessen Symphonie in Peking aufgeführt. Das Werk wurde auch über Rundfunk und Fernsehen übertragen. Dazwischen liegt die Periode,

in der die Viererbande in dem erwähnten Artikel über die sogenannte titellose Musik an Hand von willkürlich verwendeten Zitaten von Marx, Engels und Lenin die Werke Beethovens, Mozarts, von Strauß und Debussy kritisierte. In der entstellten Berichterstattung entstand der Eindruck, daß diese Musik den Inhalt der Gesellschaft nicht zum Ausdruck bringen könne. Der von der Viererbande entfesselte Angriff verfolgte jedoch außenpolitische Ziele. Er war ein Angriff auf die Linie des Vorsitzenden Mao, eine direkte Attacke gegen Ministerpräsident Tschou sowie ein Angriff auf die Bedeutung von Literatur und Kunst für die außenpolitischen Beziehungen Chinas. Getreu den Richtlinien des Vorsitzenden Mao Tse-tung vom Kampf gegen die beiden Supermächte und der Interessensgemeinschaft mit der zweiten und der dritten Welt, haben wir unsere Auslandsverbindungen zu pflegen und zu entfalten. Daher haben wir auch im Jahre 1973 mehrere ausländische Orchester, wie die Londoner Philharmonie, die Wiener Philharmoniker sowie das Philadelphia-Symphonieorchester und namhafte Solisten aus aller Welt eingeladen.

Tschiang Tsching war damals schon dagegen, aber sie war bei den Konzerten anwesend und ließ nachher sogar jedem Musiker einen Blumenstrauß überreichen. Es war ein gewisses Eingeständnis des Bankrotts ihrer Politik. Gleich darauf aber schickte sie Yao Wen-yuan mit einem neuen Angriff vor, mit einem Artikel, in dem der Kulturaustausch als Einmischung in innere chinesische Angelegenheiten, als Eindringen ausländischen Kulturgutes in China, entstellt wurde. Die Anhänger der Viererbande hatten im Kulturministerium wichtige Positionen inne. Sie ließen in dieser Zeit über hundert Artikel dieser Tendenz veröffentlichen. Das war Teil ihrer Politik der Verschwörung und Vorbereitung der Machtergreifung. Damit erzeugten sie Chaos in den Gehirnen der Menschen und säten Verwirrung unter den Kadern und Massen. Die Viererbande entstellte und verfälschte die Anweisungen des Vorsitzenden Mao über die Kultur, aber die Speerspitze ihrer Tätigkeiten war vor allem gegen Ministerpräsident Tschou gerichtet. Dieser hatte schon 1972 die Aufführung der 5. Symphonie Beethovens befürwortet und mehrmals die Aufführung der 3. Symphonie verlangt, die Beethoven bekanntlich Napoleon vor dessen Kaiserkrönung widmen wollte. Ministerpräsident Tschou erkannte sehr richtig den relativ fortschrittlichen Charakter Napoleons im Europa seiner Zeit, ebenso wie er in der Fünften eine Demonstration gegen den Feudalismus sah. Aber die Dritte wurde niemals aufgeführt, die Viererbande sabotierte und verhinderte die Aufführung.

Die Viererbande hat ihre Positionen mißbraucht und die Massenmedien unter ihre Kontrolle gebracht. Dadurch konnte sie nicht nur die öffentliche Meinung unter Druck setzen, sondern auch selbst öffentliche Meinung machen. So wurde verbreitet, daß die Kulturrevolution nur unter ihrer Führung möglich sei. Tschiang Tsching wurde als Bannerträgerin der neuen Kultur in China präsentiert. Phantastische Märchen wurden aufgetischt. So etwa, daß erst mit ihren Musteropern die proletarische Kultur Chinas begonnen habe. Denn seit der Komposition der Internationale vor 100 Jahren in Paris sei überhaupt nichts Gleichwertiges geschaffen worden. Tatsächlich wurden während der Kulturrevolution eine Reihe wertvoller Werke geschaffen, unter der Fürsorge des Vorsitzenden Mao und des Ministerpräsidenten Tschou En-lai. Tschiang Tsching hatte mit diesen Werken nichts zu tun, sie war sogar vehement gegen deren Aufführung. Dann aber hat sie unter Mißbrauch ihrer Position diese Werke als die ihren bezeichnet, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Wir sind jetzt damit beschäftigt, die Geschichte der Entstehung dieser Werke genau zu überprüfen. Dabei wird sich zweifellos herausstellen, daß in vielen Fällen Tschiang Tsching nicht die Bannerträgerin, sondern die Diebin fremden Kulturguts war. Zur Tarnung ihrer konterrevolutionären Tätigkeit hat Tschiang Tsching allerlei anti-marxistische Theorien entwickelt über die Frage der Aufgabe und Mission von Kunst und Literatur. Dazu mußten natürlich willkürlich Zitate von Marx, Engels, Lenin und des Vorsitzenden Mao herhalten. Vor allem im Kulturministerium konzentrierte die Viererbande ihren Kampf gegen die alten Kader, die beschuldigt wurden, den kapitalistischen Weg zu gehen. Mit dieser Parole wurden etliche musikalische und literarische Werke vom Spielplan abgesetzt. Tschiang Tsching ließ keine andere Meinung gelten; wer gegen sie war, wurde aus dem Weg geräumt, diskriminiert und grausam verfolgt. Berühmte Musiker, Schauspieler und Schriftsteller, angesehene Künstler durften zehn Jahre nicht arbeiten oder verbrachten gar lange Zeit im Gefängnis. Dazu gehören auch alle hier Anwesenden. Die Verluste, die der Kultur Chinas durch diese Art der faschistischen Herrschaft entstanden sind, haben wahrhaft katastrophale Ausmaße angenommen. Viele von uns, die durch die Verfolgung psychisch und nervlich krank waren, haben sich nach der Zerschlagung der Viererbande trotzdem mit Begeisterung wieder in die Arbeit gestürzt. Jetzt können Sie vielleicht verstehen, warum wir nach dieser schrecklichen Zeit von einer zweiten Befreiung sprechen..."

**Gerd Kaminski, Wien**

# DIE GRUNDSÄTZLICHE EINSTELLUNG DER VR CHINA ZUM VÖLKERRECHT

## II. T E I L

A. Konsolidierung und Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik in den siebziger Jahren als Vorbedingung neuerlicher chinesischer Befassung mit dem Völkerrecht

Ab 1968 wurden die ultralinken Elemente der Kulturrevolution, welche sich zeitweise erheblichen Einfluß auf die chinesische Außenpolitik verschafft hatten,<sup>71</sup> zurückgedrängt<sup>72</sup> und so die Vorbedingungen für die ab 1969/70 nach außen sichtbare Reaktivierung der chinesischen internationalen Beziehungen geschaffen. Der Trend zu einer aktiven chinesischen Außenpolitik wurde durch den Schock des Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei erheblich unterstützt. Die Betroffenheit der chinesischen<sup>73</sup> Führung ist aus Dokumenten abzulesen und wurde dem Autor dieser Studie überdies im April 1972 in einem Gespräch mit dem damaligen Vize-Außenminister Qiao Guan-hua besonders deutlich gemacht. Für China bedeutete dieser sowjetische Schritt sowie die 1969 ausgebrochenen Gefechte an der chinesisch-sowjetischen Grenze das letzte gewichtige Argument, seine Beziehungen zum sozialistischen Lager und zur gesamten Staatengemeinschaft unter Berücksichtigung seines eigenen Sicherheitsinteresses neu zu ordnen.

Das bedeutete einmal die Ankurbelung des während der Kulturrevolution weitgehend still gelegten chinesischen diplomatischen Dienstes. Botschafterposten wur-

den wieder besetzt und den traditionellen Beziehungen Chinas zu anderen Staaten wurde wiederum Beachtung zuteil. Das allein reichte aber für China als Absicherung gegen eine sowjetische Bedrohung nicht aus. Es galt, intensiviertere Kontakte mit möglichst vielen Staaten aufzunehmen. Dafür und für das darüber hinausreichende Ziel, diese Staaten für eine gemeinsame gegen die Sowjetunion akzentuierte Politik zu gewinnen, erschienen die Vereinten Nationen als optimales Forum. Also gab Mao Tse-tung, welcher angeblich noch 1959 verkündet hatte: "Wir werden unsere Nase in diese Kloake nicht hineinstecken",<sup>74</sup> grünes Licht für chinesische Sondierungen hinsichtlich der Vertretung in den Vereinten Nationen. Dies bewirkte, daß aus China, von wo Mitte der sechziger Jahre Stimmen für eine völlige Umformung der Vereinten Nationen bzw. für die Gründung einer Gegenorganisation gekommen waren,<sup>75</sup> nunmehr ganz andere Töne laut wurden. Im September 1970 überraschte der kanadische Außenminister Mitchell Sharp die Weltöffentlichkeit mit der Mitteilung, Kanada sei von der chinesischen Volksrepublik gebeten worden, für die Zulassung der Pekinger Delegation als Vertretung Chinas bei den Vereinten Nationen einzutreten.<sup>76</sup>

War damit Mao Tse-tung zu dem von ihm wiederholt propagierten Prinzip des "auf eine Seite Neigens"<sup>77</sup> (d.h. auf die Seite der Sowjetunion) in unauflösbaren Widerspruch geraten? Nein, er hat wiederholt deutlich gemacht, daß dieses Prinzip mit der Existenz eines geeinten sozialistischen Lagers unter Führung einer - in chinesischen Augen - wahrhaft sozialistischen Sowjetunion in engem Zusammenhang steht. Schwächungen und Degenerationserscheinungen des sozialistischen Lagers blieben von ihm nicht unbeobachtet und er kommentierte sie. So sprach er am 1. März 1957 vor der Obersten Staatskonferenz davon, daß das sozialistische Lager nicht so besonders stabil und sicher sei<sup>78</sup>, und am 8. September 1958 wurde von ihm vor dem gleichen Forum betont, Chinas territoriale Sicherheit sei gewährleistet, "wenn nicht im sozialistischen Lager ein Chaos ausbricht."<sup>79</sup> 79a

Eine Betrachtung der in die darauffolgenden Jahre fallenden Ereignisse zeigt deutlich, daß die von Mao Tse-tung ausgesprochenen Befürchtungen Gestalt angenommen haben. Der in der Folge zwischen China und der Sowjetunion geführte ideologische Konflikt erzeugte Unsicherheit und Ver-

wirung im sozialistischen Lager und die chinesische Führung stellte fest, daß die Sicherheit Chinas durch die Sowjetunion nicht nur nicht gewährleistet wurde, wie es dem chinesisch-sowjetischen Beistandspakt entsprochen hätte (vgl. die Haltung der Sowjetunion während der Quemoy-Krise bzw. während der chinesisch-indischen Grenzkonflikte), sondern daß - insbesondere seit den Vorgängen in der Tschechoslowakei (Breschnjew-Doktrin) und den Zwischenfällen an der chinesisch-sowjetischen Grenze - die Souveränität und Integrität Chinas seitens der Sowjetunion aktiv und sogar in erster Linie bedroht werden.

Dies brachte eine tiefgreifende Änderung der chinesischen Einschätzung der Weltlage und damit der soziologischen Grundlagen einer von China gebilligten internationalen Rechtsordnung mit sich.

#### B. Die neue außenpolitische Orientierung bringt der chinesischen Auffassung vom Völkerrecht neue Grundlagen

Wie aus dem ersten Teil dieser Studie ersichtlich, hatten die Chinesen die längste Zeit die Einheit des sozialistischen Lagers unter Führung der Sowjetunion - wenn auch auf Grundlage der Gleichberechtigung - beschworen. Im Rahmen und im Interesse des sozialistischen Lagers war ein neues sozialistisches Völkerrecht zu entwickeln. Lange Zeit blieben für die Chinesen die USA der Feind Nr. 1 dieses sozialistischen Lagers und sie entzweiten sich mit den Russen über die Kompromisse, welche mit diesem imperialistischen Erzfeind eingegangen werden könnten. Die chinesische Führung lehnte es scharf ab, gleich der sowjetischen mit den USA gemeinsame Grundlagen zu finden und sah durch solche Kompromisse Sicherheit und System des sozialistischen Lagers gefährdet. Wie oben im ersten Teil bereits ausgeführt, gab es nach dem Scheitern der Bemühungen Chinas, die Beziehungen zum sozialistischen Lager nach seinen Wünschen und Idealvorstellungen zu gestalten, eine zeitlang chinesische Bemühungen, mit den revolutionärerem der Entwicklungsländer eine neues Staaten- und internationales Rechtssystem aufzubauen. Diese Entwicklung war dann von den Wogen der Kulturrevolution überrollt worden. Festzuhalten ist, daß für China zur damaligen Zeit als Partner und Rechtsgenossen fast ausschließlich revolutionäre Entwicklungsländer und unter ihnen vor allem

solche aus Asien und Afrika in Frage kamen.

Angesichts der internationalen Lage, der sich China nach Ende der Kulturrevolution gegenüber sah, war eine solche Beschränkung nicht aufrechtzuerhalten. Bei Verfolgung einer Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion mußte China in einer möglichst breiten vereinigten Front Absicherung und Rückhalt suchen. Dem Vernehmen nach hat der chinesische Außenminister Chen Yi schon 1965 ausgesprochen:

"Wir müssen unsere Beziehungen mit dem Westen stabilisieren und eine Allianz zum Widerstand gegen die Sowjetunion gründen. Sonst werden wir uns nicht nur Feindseligkeiten an beiden Fronten gegenüber sehen, sondern gezwungen sein, uns auf den Himalaya hinaufzuflüchten."<sup>80</sup>

Doch bald darauf wurde er durch Auswüchse der Kulturrevolution daran gehindert, aktive Außenpolitik zu betreiben und sah sich durch an ihm geübter Kritik Roter Garden in seiner Funktion und persönlichen Sicherheit bedroht. Tschu En-lai war es, der sich damals schützend vor Chen Yi stellte,<sup>81</sup> und er war es auch, der im Verein mit Mao Tse-tung die Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik durchführte.

Eine Politik der vereinigten Front war weder ihm noch Mao Tse-tung ein Novum. - War sie doch während der Zeit des Widerstandskrieges gegen Japan eines der bestimmenden Prinzipien des Programmes der KPCH gewesen. Tschou En-lai selbst überzeugte 1936 die Meuterer von Sian, welche Tschiang Kai-schek in ihre Gewalt gebracht hatten, von der Zweckmäßigkeit einer vereinigten Front mit Tschiang Kai-schek gegen die japanischen Angreifer,<sup>82</sup> und Mao Tse-tung legte persönlich in seinem Bericht an den Nationalkongreß der KPCH am 3. Mai 1937 die Richtlinien für diese Kooperation fest.<sup>83</sup> Allem Anschein nach hätte Mao Tse-tung gerne länger an der vereinigten Front mit Tschiang Kai-schek festgehalten, als angesichts der ab Beginn der vierziger Jahre stärker werdenden Reibereien möglich war.<sup>84</sup> Rückschläge im Einvernehmen im Tschiang Kai-schek entmutigten Mao Tse-tung aber nicht, am Prinzip der Politik der vereinigten Front grundsätzlich festzuhalten. - Im Gegenteil, er beschwor seine Parteigenossen, mit allen vereinigungsfähigen Bündnispartnern zusammenzuarbeiten. Seine Untersuchungen über die chinesische Revolution und die KPCH hatten ihn zu dem Ergebnis gebracht,

daß es auch außerhalb des Proletariates kooperationswillige Gruppen gebe, auf welche die KPCH bei der Verfolgung ihrer Ziele angewiesen sei.<sup>85</sup> Daher drang er darauf, die fortschrittlichen Kräfte zu entwickeln, die mittleren Kräfte zu gewinnen und die unentwegt antikommunistischen Kräfte zu bekämpfen. Diese Taktik stellte für ihn ein so zentrales Anliegen dar, daß er ihr im Jahre 1940 die meisten seiner Artikel widmete.<sup>86</sup>

So gingen Mao Tse-tung und Tschu En-lai vertraute Wege, als sie zu Beginn der siebziger Jahre den westlichen Industriestaaten eine freundlichere Haltung zeigten und im Wege über Ping-Pong-Diplomatie und Nixon-Besuch sogar eine Annäherung zum einstigen Hauptfeind, den Vereinigten Staaten, vollzogen. Die Gründe und Hintergründe hierfür hat Tschu En-lai in seinem Bericht an den 10. Parteitag der KPCH niedergelegt. Er machte dort die Absicht Chinas deutlich, seine guten internationalen Beziehungen nach der Dritten Welt ("Das Erwachen und Erstarben der Dritten Welt ist ein bedeutendes Ereignis in den internationalen Beziehungen unserer Zeit. Die Dritte Welt hat sich im Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen und die Machtpolitik der Supermächte zusammengeschlossen und spielt eine wachsende Rolle in internationalen Angelegenheiten.")<sup>87</sup> und in bedeutsamen Ausmaß auch nach den westlichen Industriestaaten zu orientieren ("Die Dritte Welt und die Völker Europas, Nordamerikas und Ozeaniens unterstützen und ermutigen einander in ihrem gerechten Kampf.")<sup>88</sup> Ohne noch die drei Welten ausdrücklich beim Namen zu nennen - dies tat Deng Xiao-ping im Jahr darauf vor der Rohstoffkonferenz der Vereinten Nationen - skizzierte Tschu En-lai vor dem 10. Parteitag eine Dreiteilung der Staaten der Welt, wobei seiner Schilderung nach Entwicklungsländer und westliche Industriestaaten in einem Abwehrkampf gegen den Hegemonialismus der beiden Supermächte Sowjetunion und USA befindlich sind. Ganz im Gegensatz zur chinesischen Polemik gegenüber der Sowjetunion vom Anfang der sechziger Jahre rangierte Amerika nicht mehr als gefährlichster Feind. Tschu En-lai begründete diese veränderte Einschätzung damit, daß es mit dem "USA-Imperialismus", der gezwungen worden sei, sich aus Vietnam zurückzuziehen, immer mehr bergab ginge.<sup>89</sup> Die Sowjetunion sei hingegen während der letzten beiden Jahrzehnte in einen gefährlichen, aggressiven, sozialimperialistischen Staat entartet.<sup>90</sup> Nach einer eindrucksvollen Schilderung der sowjetischen

Bedrohung setzte Tschu En-lai dann dem Forum des Parteitages den Unterschied des chinesischen, unter dem Eindruck der sowjetischen Gefahr mit den USA eingegangenen Kompromisses zu sowjetisch-amerikanischen Kompromissen auseinander. Lenin habe treffend gesagt:

"Man muß es lernen, den Menschen, der den Banditen Geld und Waffen gegeben hat, um das Übel, das die Banditen stiften, zu verringern und ihre Ergreifung und Erschießung zu erleichtern, von dem Menschen zu unterscheiden, der den Banditen Geld und Waffen gibt, um sich an der Teilung der Banditenbeute zu beteiligen."

In diesem Sinne könne es "notwendige Kompromisse revolutionärer Staaten mit imperialistischen Staaten" geben.<sup>91</sup>

In ganz ähnlicher Weise hatte sich Mao Tse-tung 1939 in seiner Schrift "Die chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas" über die begrenzte Zusammenarbeit mit der chinesischen Grundherrenklasse ausgesprochen. Jene wurde von ihm in seiner Analyse unmißverständlich als reaktionär und ausbeuterisch gebrandmarkt und er schloß weiter: "Daher sind die Grundherren als Klasse ein Kampfobjekt der Revolution und nicht deren Triebkraft."<sup>92</sup> Das disqualifizierte nach Mao Tse-tungs Meinung die "Aufgeklärteren" dieser Hauptklassenfeinde keineswegs, bei Verfolgung des wichtigen Zieles des anti-japanischen Widerstandes Bündnispartner der KPCH zu sein: "...mit ihnen haben wir uns noch zum gemeinsamen Kampf gegen Japan zu vereinigen."<sup>93</sup>

Analog wurde von Tschu En-lai im August 1973 angedeutet, daß sogar die USA trotz Supermachtstatus in beschränktem Ausmaß für den Kampf gegen die gefährlichste Supermacht Sowjetunion vereinigungsfähig seien. Diese neue Betrachtung der Weltlage wurde nicht nur vor dem exklusiven Forum des Parteitages erörtert und vorgebracht, sondern es wurden auch wesentliche Gruppen der chinesischen Bevölkerung - z.T. durch Herausgabe von Spezialstudienmaterial damit vertraut gemacht.<sup>94</sup>

Deutlicher noch wurde die chinesische Neubewertung der internationalen Beziehungen Chinas durch die Rede Deng Xiao-pings vom 10. April 1974 vor der Rohstoffkonferenz der Vereinten Nationen. Damals wurde von chinesischer Seite offiziell verkündet, daß das sozialistische Lager nach chinesi-

scher Ansicht nicht mehr existiert.

"Durch das Auftreten des Sozialimperialismus hat das nach dem II. Weltkrieg während einiger Zeit existierende sozialistische Lager zu bestehen aufgehört."<sup>95</sup>

Damit war der letzte trennende Schritt der Distanzierung vom sozialistischen Lager als Hauptorientierungspunkt der chinesischen Außenpolitik und als Grundlage eines für die Mitglieder dieser Gemeinschaft geltenden sozialistischen Völkerrechts vollzogen. Es ist klar, daß diese Stabilisierungsfaktoren der chinesischen internationalen Beziehungen - insbesondere angesichts der Konfrontation mit der Sowjetunion - durch andere ersetzt werden mußten. Dies geschah durch eine Veränderung der alten Theorie Mao Tse-tungs von den "drei Kräften". Im Januar 1957 hatte Mao Tse-tung auf einer Konferenz für Parteisekretäre der Provinzen, Städte und autonomen Gebiete für die Zeit nach der Suez-Krise "drei Kräfte" folgendermaßen voneinander geschieden: "Erstens die Vereinigten Staaten, die größte imperialistische Macht; zweitens Großbritannien und Frankreich als imperialistische Mächte zweiter Klasse und drittens die unterdrückten Nationen."<sup>96</sup> Die Einschätzung der Sowjetunion als Hauptfeind und die Trennung Chinas vom "sozialistischen Lager" bedingte nunmehr ganz andere Bezüge Chinas zur Staatengemeinschaft und eine ganz andere Differenzierung dieser Bezüge. Diese Neubewertung wurde zumindest mit Zustimmung Mao Tse-tungs vollzogen, wenn sie nicht sogar wesentlich auf ihn zurückgeht, und wurde von Deng Xiao-ping in Form der mittlerweile zu Berühmtheit gekommenen "Drei-Welten-Theorie" auf der Rohstoffkonferenz dargestellt:

"...Sieht man sich die Entwicklung der internationalen Beziehungen an, so gibt es heute in der Welt drei Teile, drei Welten, die sowohl voneinander abhängig sind, als auch in Widerspruch zueinander stehen. Die USA und die Sowjetunion bilden die Erste Welt. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika, Lateinamerika sowie in anderen Gebieten bilden die Dritte Welt. Und die entwickelten Länder, die sich zwischen diesen beiden Welten befinden, bilden die Zweite Welt."<sup>97</sup>

Deng Xiao-pings Ausführungen zeigten, daß China - wie es bereits durch die Asien- und Afrikareisen Tscho En-lais während der sechziger Jahre ansatzweise deutlich geworden war (vgl. den 1. Teil dieser Studie)-

den Versuch unternahm, die Gemeinschaft des nach chinesischer Ansicht nicht mehr bestehenden sozialistischen Lagers durch eine andere zu ersetzen. Zum Unterschied von den sechziger Jahren war jedoch in Deng Xiaopings Rede die neue Aktionsgemeinschaft Chinas viel breiter konzipiert. In den sechziger Jahren waren es vornehmlich die revolutionären der Entwicklungsländer gewesen, mit denen man eine Solidarität und auf deren Grundlage eine neue internationale Rechtsordnung aufbauen wollte (vgl. den 1. Teil dieser Studie). In der zitierten Rede aus 1974 werden die Staaten der Dritten Welt pauschal als Hauptkraft gegen Supermächte, Kolonialismus und Imperialismus, sowie als die revolutionäre Triebkraft, die das Rad der Weltgeschichte weiterdreht, dargestellt. Da Deng Xiao-ping in der Folge (wie schon Qiao Guan-hua beim ersten Auftritt einer Pekinger Delegation vor den UN als Vertretung Chinas im Jahre 1971) die Zugehörigkeit Chinas zur Dritten Welt und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit dieser Staatengruppe betonte, läßt sich hieraus die chinesische Absicht, seine internationalen Beziehungen der relativ großen Gruppe der Entwicklungsländer ohne Differenzierung nach traditionellen revolutionären Akzenten zuzuordnen, deutlich erkennen. Dies allein hätte bereits, im Vergleich zu den sechziger Jahren, stark verbesserte soziologische Grundlagen für eine Reaktivierung der chinesischen Völkerrechtspraxis und -doktrin gebracht. Doch Deng Xiao-ping blieb dabei nicht stehen. Seiner Rede war zum ersten Mal in deutlicherer Form das chinesische Vorhaben zu entnehmen, auch die westlichen Industriestaaten (ausgenommen die als Supermacht gemeinsam mit der Sowjetunion in die "1. Welt" verwiesenen USA) als "Zweite Welt" sehr wesentlich in die Aktionsgemeinschaft einzubeziehen. Nach massiven Vorwürfen gegen die beiden Supermächte, die als die größten Ausbeuter und Unterdrücker gebrandmarkt wurden, fuhr Deng Xiao-ping fort:

"Bei den entwickelten Ländern zwischen den Supermächten und den Entwicklungsländern liegen die Dinge kompliziert. Einige von ihnen unterhalten zu den Ländern der Dritten Welt heute noch kolonialistische Beziehungen in verschiedener Form, und ein Land wie Portugal übt sogar weiterhin eine barbarische Kolonialherrschaft aus. Diesem Zustand muß ein Ende gesetzt werden. Gleichzeitig unterstehen all diese entwickelten Länder selbst in verschiedenem Maße der Kontrolle, Bedrohung oder Tyrannisierung durch die eine oder andere Supermacht. Gewisse dieser Länder werden unter dem Vor-

wand einer sogenannten "Völkergemeinschaft" (gemeint ist selbstredend die sozialistische unter der Leitung der Sowjetunion - Anm.d.A.) von einer Supermacht in Tat und Wahrheit zu Vasallenstaaten gemacht. Diese Länder haben in verschiedenem Maße den Wunsch, die Versklavung oder Kontrolle durch die Supermächte loszuwerden und die staatliche Unabhängigkeit und die Integrität ihrer Souveränität zu schützen."<sup>100</sup>

Bei Lektüre des vorstehenden Passus fällt auf, daß die Staaten der Zweiten Welt keineswegs wie früher pauschal als Kolonialisten und Imperialisten abgetan, sondern derlei Vorwürfe lediglich gegenüber "einigen" von ihnen aufrechterhalten werden. Weiters ist anzumerken, daß eine Reihe von nicht näher bezeichneten "Ostblockstaaten", d.h. Anhängern der ehemals mit China bestehenden sozialistischen Völker- und Völkerrechtsgemeinschaft, nunmehr aus der alten exklusiven, sozialistischen Staaten vorbehaltenen Allianz in die im Vergleich zur Dritten Welt weniger vereinigungsfähige Zweite Welt übersiedelt sind. Damit wäre sowohl für die Dritte wie aber auch für die Zweite Welt eine Differenzierung unabhängig von den nationalen Gesellschaftsordnungen getroffen worden, was zu den genau deklarierten Merkmalen der früher von China propagierten Gemeinschaftstypen der fünfziger (sozialistische Staatengemeinschaft) und sechziger Jahre (Gemeinschaft revolutionärer asiatisch-afrikanischer Staaten) in deutlichem Gegensatz steht und einmal mehr mit der Neubewertung der Rolle der Sowjetunion erklärt werden muß. Wie schon vorher betont, entspricht den in Dengs Rede niedergelegten Grundsätzen eine Zusammenarbeit zwischen Dritter Welt und Zweiter Welt. - Wenn auch hier noch recht allgemein deklariert und und verpackt in die allgemeine Formel des Zusammenschlusses der Staaten der Dritten Welt "mit allen von den Supermächten tyrannisierten Ländern und mit den Völkern der ganzen Welt, einschließlich des amerikanischen und des sowjetischen Volkes."<sup>101</sup>

Damit wurde von Deng die wesentliche Klarstellung getroffen, daß 1. für China mit dem Wegfall der sozialistischen Staatengemeinschaft die Grundlagen für eine besondere sozialistische Völkerrechtsgemeinschaft weggefallen waren und sich China im Gegensatz zu den radikaleren Attituden der sechziger Jahre 2. in der Lage sah, mit einer großen Gruppe von Staaten Solidarität und gute Beziehungen aufrechtzuerhalten, was beides auf die chinesische Völkerrechtspraxis und Lehre tiefgreifen-

den Einfluß ausüben mußte.

Diese Linie fand bald darauf im Rahmen des 4.Nationalen Volkskongresses durch Tschu En-lai ihre erneute Bestätigung. In seiner letzten großen öffentlichen Rede, welche viele als Tschus politisches Testament ansehen, verstärkte Tschu En-lai die von ihm bereits auf dem 10. Parteitag gesetzten Akzente:

"Mit den Völkern aller Länder haben wir im gemeinsamen Kampf gegen Kolonialismus, den Imperialismus und besonders gegen das Hegemoniestreben der Supermächte bedeutsame Siege errungen. Wir haben die Einkreisung, Blockade, Aggression und Subversion durch den Imperialismus und den Sozialimperialismus vereitelt und unsere Einheit mit den Völkern aller Länder verstärkt, insbesondere mit den Völkern der Dritten Welt..."<sup>102</sup>  
(Hervorhebung vom Autor).

Betont werden also die Aktionsgemeinschaft und die Vereitelung der Einkreisung (Chinas), wobei im letzten Teil Hauptsatz und Nebensatz offensichtlich in causaler Wortbeziehung stehen. Wenig später wird zusätzlich noch besonders betont:

"Wir unterstützen die Staaten und Völker der Zweiten Welt in ihrem Kampf gegen Kontrolle, Bedrohung und Schikane durch die Supermächte. Wir unterstützen es, daß sich die westeuropäischen Staaten in diesem Kampf vereinigen. Wir sind bereit, auf der Grundlage der chinesisch-japanischen gemeinsamen Erklärung gemeinsam mit der Regierung und dem Volk von Japan für die Förderung der freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu arbeiten."<sup>103</sup>

Die hier zitierten Passagen aus Tschus Rede zeigen eine Entwicklung an: vom inneren konzentrischen Kreis der Aktionsgemeinschaft der Dritten Welt aus eine immer engere Verbindung mit der Zweiten Welt herbeizuführen. Einen weiteren Schritt brachte die Rede des damaligen chinesischen Außenministers Qiao Guan-hua, welche er am 26.September 1975 vor der UN-Generalversammlung gehalten hat. Nach einem Lob für Solidarität und Kampf der Länder der Dritten Welt kennzeichnete er das Verhältnis zwischen Dritter und Zweiter Welt folgendermaßen:

"Auch die Länder der Zweiten Welt haben ihren Kampf gegen die Kontrolle, Einmischung, Subversion und Gewaltandrohung durch die Supermächte, insbesondere durch den Sozialimperialismus verstärkt. Die Tendenz unter

den westeuropäischen Ländern, vereint gegen den Hegemonismus zu kämpfen, geht weiter. Die Zweite Welt hat ihren Dialog und ihre Kontakte mit der Dritten Welt intensiviert. Solche Beziehungen der Kooperation haben, soweit sie auf gegenseitiger Achtung der Souveränität und Gleichberechtigung beruhen, ohne Zweifel gute Erfolgsaussichten."<sup>104</sup>

Von den zeitweiligen Allianzen der chinesischen Zeit des Widerstandes gegen Japan und des Bürgerkrieges unterscheidet sich diese verbreiterte Basis chinesischer internationaler Beziehungen durch ihre Befristung. Das heißt, eine mit letzter Konsequenz durchgeführte Analogisierung der Regulierung der heutigen internationalen Beziehungen Chinas zu den Allianzen der chinesischen KP im Widerstandskrieg gegen Japan bzw. im chinesischen Bürgerkrieg würde kein korrektes Ergebnis erbringen. Im letzteren Falle ging es um ein zeitweiliges Zusammengehen mit der KMT Tschiang Kai-scheks gegen den damaligen Feind Nr. 1 Japan bzw. um eine vorübergehende Kooperation mit weniger revolutionären Gesellschaftsschichten Chinas. Dabei hatte die KP keinen Zweifel darüber gelassen, welche politischen Ziele in China von ihr angestrebt werden und daß sie sich längerfristig für eine Durchsetzung dieser Ziele einsetzen würde. Anders verhält es sich auf der internationalen Ebene. Gewiß, China glaubt daran, daß sein Gesellschaftssystem das beste ist und sich deshalb mit der Zeit überall auf der Welt durchsetzen wird. Im Gegensatz zur innerchinesischen Revolutionsgeschichte würde aber die KPCH beim Versuch, den Fortgang dieser Entwicklung in anderen Staaten sicherzustellen, die Souveränität jener Staaten verletzen. Souveränität ist insbesondere seit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei und seit der Verkündung der Breschnjew-Doktrin für die Chinesen eine "heilige Kuh". Nicht zufällig wurde bald nach der Tschechoslowakei-Krise auf dem 9. Parteitag der KPCH folgendes Prinzip groß herausgestellt:

"Wir treten von jeher dafür ein, daß die inneren Angelegenheiten jeden Landes durch sein Volk selbst geregelt werden sollten.

Alle Staaten und Parteien, ob groß oder klein, müssen ihre gegenseitigen Beziehungen auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aufbauen."<sup>105</sup>

Dabei erhebt sich die Frage, ob es mit diesem Prinzip der Souveränität anderer Staaten - eine wesentliche soziologische Grundlage des Völkerrechtes - vereinbar ist, wenn sich China die Unterstützung von Revolutionen vorbehält. Von taiwanesischer Seite ist in diesem Zusammenhang der Vorwurf der Unehrlichkeit erhoben und der Nachweis versucht worden, daß völkerrechtlich relevante Erklärungen der chinesischen Volksrepublik nicht ernst zu nehmen sind. Als Beweis wird hiebei das Verhalten Chinas gegenüber Malaysia herangezogen:

"...In the joint communique establishing diplomatic relations, the PRC pledged to observe the principle of non-interference in the internal affairs of others.

But in practice the PRC has continued to give support to the communist insurgents in other countries. What annoyed Malaysia most was that on April 25, 1975, the Chinese Communist Party sent a telegram to the Communist Party of Malaysia explicitly indicating its support of the latter's revolutionary struggle, i.e. overthrowing the Malaysian Government."<sup>106</sup>

Analysiert man jedoch das umstrittene Telegramm<sup>107</sup>, so wird man ihm nicht mehr entnehmen können, als daß die KP Chinas die Überzeugung ausdrückt, die KP Malaysiens werde dereinst siegen. Weiters wird von der Verbundenheit und gegenseitiger Hilfe zwischen den beiden Parteien gesprochen. - Nirgendwo jedoch von der Art der Hilfe. Dem Verfasser dieser Studie haftet noch gut im Gedächtnis, wie er bei seiner ersten Reise durch China im Frühjahr 1972 hinsichtlich der Unterstützung von Revolutionen im Ausland eine vollkommen einheitliche Sprachregelung feststellen konnte. Vom persönlichen Betreuer bis zum Stahlarbeiter in Wuhan sprachen alle davon, daß Revolutionen nur m o r a l i s c h zu unterstützen seien und ein weitergehendes Engagement nicht erlaubt sei, da eine Revolution in die inneren Angelegenheiten des jeweiligen Staates falle. Bloß ein Funktionär einer Arbeitersiedlung in Shanghai sagte, man müsse die Revolution in aller Welt unterstützen. Um eine Interpretation seines Ausspruchs gebeten, zog er sich jedoch sofort auf die Position zurück, diese Unterstützung bestehe darin, daß die Arbeiter Chinas fleißig und erfolgreich arbeiten, um anderen ein Beispiel und Ermutigung zu geben. Diese Betrachtungsweise wurde dann noch auf höherer Ebene vom damaligen Vize-Außenminister Qiao Guan-hua be-

stätigt. Er meinte damals zum Verfasser: "Revolutionen dürfen nicht aufgezwungen werden. Alle Völker werden meiner Auffassung nach den Weg des Sozialismus gehen. - Wie und wann sie diesen Weg gehen, ist jedoch ihre eigene Angelegenheit." In gleicher Weise wurde, wie aus diplomatischen Kreisen verlautet, dem malaysischen Premierminister im Jahre 1974, einer Reihe anderer Staatsmänner und zuletzt dem Staatsoberhaupt von Singapur Lee Kuan Yew unverblümt gesagt: "Wir werden bei euch keine Subversion fördern. Könnt ihr aufgrund eurer Politik den Kommunismus in eurem Lande verhindern, dann gut für euch."

Da weder zu erwarten ist, daß der Kampf gegen die Supermächte sehr rasch zu einem für China erfolgreichen Ende geführt werden kann, noch Vermutungen realistisch sind, daß sehr bald sehr viele Staaten der Dritten oder Zweiten Welt sich zu einem kommunistischen Gesellschaftssystem bekennen werden, kann der oben beschriebenen, von China propagierten Aktionsgemeinschaft in dieser Form ein beträchtliches Maß an Dauerhaftigkeit vorhergesagt werden. - Genug Dauerhaftigkeit, um die Ursache und den Rahmen für eine kontinuierliche, am allgemeinen Völkerrecht orientierte Praxis und Doktrin Chinas abzugeben.

### C. Der Einfluß der neuen außenpolitischen Orientierung Chinas auf die völkerrechtliche Praxis und Doktrin

#### a) Die chinesische völkerrechtliche Praxis

Eingangs sei an den Abschnitt A des ersten Teiles dieser Studie erinnert, aus dem klar hervorgeht, daß China damals die Reformbedürftigkeit des überkommenen und die Notwendigkeit der Herausbildung eines neuen Völkerrechtes damit begründete, daß "es in vielen Punkten dem Marxismus-Leninismus widerspricht" (vgl. den dort zitierten Artikel Xue Mou-hongs aus dem Jahre 1950 "Der große Beitrag der Sowjetunion zum Völkerrecht"). Reform und Neubildung des Völkerrechtes sollten nach damaliger chinesischer Ansicht im Interesse und Rahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung der Pionierrolle der Sowjetunion angestrebt werden.

Diese Grundeinstellung ist von den neuen Maximen der Regulierung chinesischer internationaler Beziehungen umgestoßen worden. Als der Verfasser mit dem damaligen chine-

sischen Vize-Außenminister Qiao Guan-hua im Jahre 1972 ein Fachgespräch führte, wurde von diesem ein völlig anderer Grund für die Notwendigkeit einer Reform des althergebrachten Völkerrechtes gegeben ( - ein Grund, der in gleicher Weise von den Entwicklungsländern, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, schon immer angegeben worden ist)<sup>108</sup> : China habe, ähnlich den anderen Entwicklungsländern, an der Herausbildung des in Europa unter Berücksichtigung der Interessen europäischer Staaten hervorgebrachten Völkerrechtes nicht teilgenommen und müsse daher das Recht haben, Teile dieser Rechtsordnung abzulehnen bzw. eine Reform zu fordern. Auch bezüglich der Art und Zielsetzung dieser Reform hatte man 1972 klare, von jenen der fünfziger Jahre deutlich abweichende Vorstellungen. Die Vertreter des Völkerrechtsbüros im chinesischen Außenministerium konzipierten damals dem Verfasser gegenüber die Reform des Völkerrechtes als Unternehmen, das im Verein und im Interesse der kleineren und schwächeren Staaten durchgeführt werden müsse. D.h. die Zusammenarbeit mit der von China aufgegebenen sozialistischen Staatengemeinschaft bei der Reform des Völkerrechtes zur Förderung von deren Interessen wurde ersetzt durch eine Aktionsgemeinschaft mit der Dritten Welt als Zentrum, wobei der als Kontrast zu den Supermächten gewählte Ausdruck "kleinere und schwächere Staaten" den Staaten der Zweiten Welt zumindest in beschränktem Ausmaß die Vereinigungsfähigkeit beläßt. Die vorher zitierten Vertreter der chinesischen Völkerrechtspraxis gingen noch einen Schritt darüber hinaus und erklärten ausdrücklich ihre scharfe Ablehnung eines auf sozialistische Staaten beschränkten Völkerrechtes. Ein solches System berge in sich die Breschnjew-Doktrin.<sup>109</sup> Diese Feststellung wurde dem Autor gegenüber im September 1973, ebenfalls von Vertretern des Völkerrechtsbüros, mit den Worten bekräftigt: die Sowjetunion anerkenne nicht die Anwendbarkeit der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen Staaten (und damit nicht den diesen Staaten zustehenden Schutz ihrer Souveränität), sondern begreife sich als den anderen übergeordneter "Vater in einer Familie sozialistischer Staaten." Eine weitere Ausprägung fand diese Aussage bei der Durchführung der Kampagne gegen Lin Biao und Konfuzius im Bereiche des Völkerrechtswesens. In landesverräterischer Absicht habe Lin Biao den Satz von Mencius zitiert, die kleinen Staaten mögen den großen, die großen aber wiederum den kleinen dienen. Da Mencius, wie man dem Kapitel Liang Hui Wang entnehmen könne, sich die Beziehungen

zwischen großen und kleinen Staaten als Lehrer-Schüler-Verhältnis vorgestellt habe, sei von Lin Biao der Unterwerfung unter die Sowjetunion das Wort geredet worden.

Damit ist parallel zur Entwicklung in der chinesischen Außenpolitik auch im Bereiche des Völkerrechtes ein Hauptgrund für tiefgreifende Änderungen in der grundsätzlichen chinesischen Einstellung plastisch geworden: die Angst vor der Bedrohung durch die Sowjetunion. Immerhin bedeutet aber die Neuordnung der chinesischen internationalen Beziehungen und der chinesischen Auffassung vom Völkerrecht, daß für die chinesischen Völkerrechtspraktiker - zum Unterschied von der Kulturrevolutionszeit - eine breite und verhältnismäßig dauerhafte (s. oben B.) Basis für ihren nunmehr von neuen Leitlinien gekennzeichneten Wirkungsbereich gegeben ist. Einen Verstärkereffekt erfuhr diese neue Entwicklung durch die Arbeit in den Vereinten Nationen, wo die chinesischen Vertreter immer wieder herausgefordert werden, zu völkerrechtlich relevanten Fragen Stellung zu nehmen. Nach einer Zeit des Zögerns und der häufigen Nichtbeteiligung an Abstimmungen<sup>110</sup> faßten die chinesischen Vertreter Tritt und das Forum der Vereinten Nationen wurde das Hauptexerzierfeld der neuen chinesischen Völkerrechtspraxis.<sup>110a</sup> Dafür waren formale und materielle Gründe maßgebend. Von der Organisationsform her bieten die Vereinten Nationen der Volksrepublik China die beste Möglichkeit, sich mit den dort in der Mehrheit befindlichen Staaten der Dritten Welt und in beschränkterem Ausmaß mit denen der Zweiten Welt zu solidarisieren. Außerdem stand beim Wechsel der chinesischen Vertretung in den Vereinten Nationen gerade die Reform eines Komplexes völkerrechtlicher Normen zur Debatte, welche auf der Liste des chinesischen Prioritätenkataloges ganz oben gereiht war: die des Seerechtes.<sup>111</sup> Darüber hinaus brachte das Forum der Vereinten Nationen eine Reihe anderer wichtiger Diskussionspunkte, welche China völkerrechtlich relevante Profilierungsmöglichkeiten in seinem Kampf gegen die Supermächte boten oder ihm aus dem Aspekt seines Sicherheitsinteresses rechtliche Argumentationen abforderten.

Schon bald nach dem Einzug der Pekinger Delegation in die Vereinten Nationen wurde von ihrer Seite klargestellt, daß sie keineswegs jenen anarchischen, vom Völkerrecht völlig isolierten Arbeitsstil verfolgen werde, welcher von verschiedenen

Seiten vorhergesagt worden war.<sup>112</sup> Es muß im Gegenteil die Tatsache festgehalten werden, daß die neue chinesische Vertretung in den Vereinten Nationen bald nach ihrem Einzug ein eindeutiges Bekenntnis zur Satzung der Vereinten Nationen und den darin enthaltenen Prinzipien abgegeben hat.

Am 24. August 1972 legte der damalige chinesische Vertreter im Sicherheitsrat, Huang Hua, auf einer Sitzung dieses UNO-Organs dar, China vertrete seinen Standpunkt hinsichtlich des Aufnahmeansuchens Bangladeshs in die Vereinten Nationen "in defence of the principles of the UN-Charter". Aus der Überschrift des hier zitierten Berichtes der chinesischen Nachrichtenagentur geht zwar der Anlaß hervor, der China dazu brachte, sich in einem solchen Maße für die Satzung der Vereinten Nationen stark zu machen. Sie lautet: "Huang Hua exposes Soviet social-imperialist attempt to further control, interfere in Asian subcontinent."<sup>113</sup> Das heißt, daß in diesem Falle das chinesische Sicherheitsinteresse mitgespielt hat. Dennoch ist die Art der chinesischen Argumentation als sehr bemerkenswert zu bezeichnen, da China seinen Standpunkt auch anders als durch diese völkerrechtlich sehr relevante Berufung auf die UNO-Satzung hätte verteidigen können. Daß China beweist rechtliche Argumente ins Treffen geführt hat, geht aus weiteren Ausführungen Huang Huas hervor, in denen er die das sowjetische und indische Verhalten als "totally untenable from a legal point of view", was in keiner Weise toleriert werden könne, bezeichnete.<sup>114</sup> Daß hier der Rechtsstandpunkt so hervorgekehrt wurde, kann angesichts der oftmals behaupteten Frontstellung Chinas zum Völkerrecht geradezu als sensationell bezeichnet werden.

Die Schwerpunkte völkerrechtlich relevanter Stellungnahmen der VR China im Rahmen der Vereinten Nationen

Mittlerweile blickt die Vertretung der VR China auf mehrere Jahre Praxis in den Vereinten Nationen zurück, so daß sich hohe Stöße mit Materialien völkerrechtlich relevanter chinesischer Erklärungen angesammelt haben. Um aus diesem Wust die für diese Studie wichtigen Unterlagen herauszuarbeiten, ist der Verfasser zwei Methoden gefolgt:

- 1) Einer Untersuchung der von der Volksrepublik China selbst angegebenen völkerrechtlich bedeutsamen Zielvorstellungen und
- 2) einer quantitativen Feststellung

Selbstverständlich war im Rahmen der Methode wiederum die Vorfrage zu lösen, welches die Dokumente sind, in denen die chinesischen Zielvorstellungen aufgefunden werden können. Dabei ergab sich aus der programmatischen Natur der alljährlichen Reden des chinesischen Delegationsleiters vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen und der Publizität, die ihnen von offizieller Seite verliehen wurde (sie wurden nicht nur in der Pekinger Volkszeitung, den Bulletins der chinesischen Nachrichtenagentur und der Peking Rundschau in verschiedenen Ausgaben veröffentlicht, sondern fanden durch Sonderaussendungen der chinesischen Vertretungsbehörden im Ausland Verbreitung und erschienen in vielen Sprachen als Broschüren des Pekinger Verlags für fremdsprachige Literatur), daß sie in besonderer Weise dazu geeignet sind, derlei Schwerpunktsbildungen widerzuspiegeln. Dazu wurde zusätzlich noch die Erklärung herangezogen, welche China am 29. Oktober 1971 anläßlich der Anerkennung der Vertretungsrechte seiner effektiven Regierung abgegeben hat. Diese Dokumente sollen nun nachstehend einer Untersuchung unterzogen werden.

Die Erklärung der Regierung der Volksrepublik China vom 29. Oktober 1971

In dieser Erklärung sind zwei langfristig angelegte völkerrechtlich relevante Haupt-schwerpunkte enthalten:

- 1) Die Verurteilung der an unterdrückten Völkern begangenen Aggressionen und Interventionen und das Versprechen, deren legitime Selbstverteidigung zu unterstützen.<sup>115</sup>
- 2) Damit im Zusammenhang und als notwendige Vorbedingung für die Verfolgung dieser Ziele im Rahmen der Vereinten Nationen: die Satzungsrevision.

Diese wird zwar nicht in dieser Formulierung, jedoch indirekt mit dem Hinweis gefordert, die Vereinten Nationen würden von den beiden Supermächten manipuliert. Die Angelegenheiten der Vereinten Nationen müßten von den UNO-Mitgliedstaaten g e m e i n s a m geregelt werden.<sup>116</sup>

- Also die Ankündigung einer Oppositionshaltung gegen die Vormachtstellung der Supermächte in den Vereinten Nationen, was, sollen tatsächlich die UNO-Angelegenheiten von den Mitgliedstaaten g e m e i n s a m geregelt werden, eine Satzungsänderung erheischt.

Diese beiden Hauptschwerpunkte passen unschwer in den Kontext sonstiger chinesischer Erklärungen. Sie entsprechen einerseits dem seit der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren propagierten Grundprinzip der chinesischen Außenpolitik des Kampfes gegen Hegemonialismus und Unterdrückung durch die beiden Supermächte<sup>117</sup> und andererseits lassen sich sämtliche noch später anzuführende Schwerpunkte völkerrechtlich relevanter Stellungnahmen der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen diesen beiden Hauptschwerpunkten - wobei Punkt 1) den Punkt 2) an Bedeutung überragt - ohne weiteres zuordnen.

Außerdem kann der Verfasser das Gespräch, das er im April 1972 mit dem Leiter der chinesischen Delegationen zur UNO-Vollversammlung und damaligen stv. Außenminister Qiao Guan-hua führte, als zusätzlichen Beweis dafür heranziehen, daß die genannten Schwerpunkte korrekt herausgestellt worden sind. Minister Qiao hat als Hauptaufgabe Chinas im internationalen Bereich die Unterstützung der kleinen und schwachen Staaten (gegen die Supermächte) herausgestellt und betont, die nach dem II. Weltkrieg geschaffene UNO-Satzung entspreche nicht mehr den veränderten Verhältnissen der Gegenwart.

Der oben gekennzeichnete Hauptstamm kann aber auch über die Verästelungen weiterer detaillierter Erklärungen gefunden werden, wie sie in den Reden Qiao Guan-huas vor den Vollversammlungen der UNO enthalten sind.

Eine Überprüfung völkerrechtlich relevanter Schwerpunkte ergibt, daß sich in den Reden Qiao Guan-huas vor der UNO-Generalversammlung<sup>117a</sup>

- 1) alle unter die oben bezeichneten, in der Regierungserklärung vom 29. Oktober enthaltenen, Hauptschwerpunkte subsu-mieren lassen (gegen jegliche durch die Supermächte begangene Aggression, für den durch die unterdrückten Völker geleisteten legitimen Widerstand; als Vehikel dafür im Rahmen der Vereinten Nationen: eine im Sinne der Gleichbe-

rectigung abgeänderte UNO-Satzung).

- 2) Die in der Regierungserklärung und der UNO-Reden festgestellten Schwerpunkte sind auch quantitative Schwerpunkte, da sie von chinesischen Vertretern vor anderen Gremien der Vereinten Nationen häufig behandelt wurden. Eine Ausnahme bildet lediglich die Neutralität, welche quantitativ noch keinen Schwerpunkt darstellt, da Minister Qiao Guan-hua erst im Jahre 1975 vor dem Forum der Vereinten Nationen dazu Stellung genommen hat, von der man aber angesichts der aktuellen chinesischen Südostasienpolitik annehmen kann, daß sie gute Chancen hat, auch im Rahmen der Vereinten Nationen zu einem von China häufiger vorgebrachten völkerrechtlich relevanten Thema zu werden. Gilt es doch nach chinesischer Ansicht, auf der Hut zu sein, während man den (amerikanischen) Wolf vom Vordereingang vertreibt, nicht den (russischen) Tiger beim Hintereingang hereinzulassen, wozu eine dauernde (weil dann bewaffnete) Neutralität der Staaten Südostasiens ein geeignetes Gegenmittel wäre.<sup>118</sup>

Ansonsten lassen sich alle anderen Schwerpunkte auch qualitativ nachweisen. Außerhalb der erwähnten Reden Qiao Guan-huas hat die Vertretung aus Peking während der ersten fünf Jahre ihrer Präsenz gemäß den Berichten der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua 109mal gegen Aggression und Einmischung Stellung genommen, sich 67mal gegen Kolonialismus und für Selbstbestimmung der Kolonien ausgesprochen (in diesem Zusammenhang auch noch 7mal für die Achtung der Menschenrechte in den vom Kolonialismus betroffenen Gebieten). Bezüglich der wirtschaftlichen Ausbeutung brachten es die chinesischen Vertreter im Zusammenhang mit der Seerechtskonferenz auf 99 Hsinhua-Meldungen (die allgemein gegen die Ausbeutung der Dritten Welt gerichteten chinesischen Erklärungen übersteigen noch diese Zahl, werden aber mangels präziserem juridischem Gehalt in dieser Studie nicht berücksichtigt. Hinsichtlich der Vertretungsbefugnis von Regierungen haben sich chinesische Vertreter 27mal exponiert, während sie sich - immer noch Hsinhua - 15mal zur UNO-Satzung bzw. zu deren Revision ausgesprochen haben.

Die so auch hinsichtlich der Häufigkeit einschlägiger chinesischer Stellungnahmen untermauerten Schwerpunkte gewinnen noch an Konturen, wenn man bedenkt, daß in den sehr ausführlichen täglichen Bulletins der

chinesischen Nachrichtenagentur ansonsten kaum mehr als zwei präzisere völkerrechtlich relevante chinesische Aussagen - nämlich eine bejahende zum völkerrechtlich gebotenen Schutz ausländischer Missionen (Sitzung des Sicherheitsrates vom 17. September 1973 über die Angriffe von Streitkräften der chilenischen Putschisten auf die kubanische Botschaft in Santiago)<sup>119</sup> und eine ebenfalls bejahende zum von Entwicklungsländern behaupteten Recht, Verstaatlichungen ausländischen Eigentums ausschließlich nach den Prinzipien ihrer eigenen Rechtsordnung durchzuführen (Sitzung des Ad-hoc-Komitees der Sondertagung der UNO-Vollversammlung über das Studium der Probleme der Rohstoffe und der Entwicklung vom 15. April 1974)<sup>120</sup> aufscheinen.

Somit scheint gestützt worden zu sein, daß es sich bei den folgenden Schwerpunkten tatsächlich um jene handelt, welche die wichtigeren von China innerhalb der Vereinten Nationen eingenommenen völkerrechtlichen Positionen betreffen.

#### Zur chinesischen Ansicht über die UNO-Satzung und deren Revision

Wie sehr sich die VR China anlässlich des Aufnahmeansuchens von Bangladesh für die Satzung der Vereinten Nationen stark gemacht hat, wurde oben bereits angedeutet. Die späteren chinesischen Äußerungen bekräftigen, daß es sich dabei nicht um einen isolierten, ausschließlich vom chinesischen Sicherheitsinteresse bestimmten Fall, sondern um die Manifestation einer chinesischen Grundeinstellung gehandelt hat. China drückte nämlich auch bei den Fällen der Debatte um die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten, welche seine nationalen Interessen nicht unmittelbar betrafen, seine Sympathie und Zustimmung zur Satzung und zu den Zielen der Vereinten Nationen aus. So erklärte der chinesische Vertreter Huang Hua am 22. Juni 1973 vor dem Sicherheitsrat:

"The Chinese delagation hopes that after their applications are approved by the General Assembly, both the German Democratic Republic and the Federal Republic of Germany will make due contributions to the implementation of the purpose of the United Nations and the principles defined in its charter." 121

In ähnlicher Weise äußerten sich chinesi-

sche Delegierte etwa bei der Aufnahme der Bahamas, Papua Neuguineas, der Komoren und Surinams.<sup>121a</sup> Somit scheint China grundsätzlich bereit zu sein, sich mit den in der Satzung enthaltenen Zielen und Prinzipien zu identifizieren.

Eine andere Frage ist natürlich die der Machtverteilung innerhalb der Vereinten Nationen zwecks Verwirklichung der in der Satzung enthaltenen Ziele und Prinzipien. Hier wurde die neue Basis der internationalen Beziehungen und Völkerrechtspraxis Chinas besonders deutlich. Im Gegensatz zu früheren, nach sowjetischem Muster ausgerichteten chinesischen Positionen, welche Vorrechte für die ständigen Sicherheitsratsmitglieder bejahten,<sup>122</sup> tritt China heute für eine Satzungsrevision im Sinne der vollkommenen Gleichstellung aller Mitgliedstaaten der UN ein.<sup>123</sup> Dieses Ziel wird von China auf zwei Wegen verfolgt. Einerseits unterstützt es nach Kräften die Forderung der Staaten der Dritten Welt nach formeller Satzungsrevision. Andererseits lassen die Ausführungen chinesischer Vertreter vor den Vereinten Nationen erkennen, daß - und dies ist ein deutlicher Hinweis für erhöhte Geschicklichkeit im Umgang mit dem völkerrechtlichen Instrumentarium - sich China auch den Weg einer materiellen Verfassungsrevision, also durch Übung ohne formelle Beschlußfassung, offenhalten will.<sup>124</sup>

Zu den im Rahmen der Vereinten Nationen geäußerten chinesischen Ansichten über Aggression und Intervention

Während China früher das sowjetische Lieblingsprojekt der Forderung nach Definierung der Aggression nachdrücklich unterstützt hat, da es darin eine Sicherung gegen die Hauptgefahr - den amerikanischen Imperialismus - erblickte,<sup>125</sup> wurde eine solche Forderung nach der Tschechoslowakei-Krise von chinesischer Seite perhorresziert. Nunmehr vertrat China die Meinung, hinter den sowjetischen Bestrebungen um die Definierung der Aggression stecke in Wahrheit der Versuch, für bewaffnete Übergriffe die theoretische Grundlage zu erhalten.<sup>126</sup>

Daher wehrte sich China im Zuge der Beratungen über die Definition der Aggression dagegen, diese im Wege über "abstrakte juristische Begriffe" bzw. der Motive des Angreifers festzustellen, deren Würdigung

noch dazu dem von den Supermächten kontrollierten Sicherheitsrat überlassen wäre. Der chinesische Delegierte Ling Qing forderte, bei der Feststellung des Angreifers "objektive Tatsachen" heranzuziehen und gab die Stoßrichtung der chinesischen Erklärungen an, als er nachdrücklich das Recht auf geheiligte Kriege der nationalen Befreiung und revolutionäre Kriege der Selbstverteidigung betonte.<sup>127</sup>

Damit wurde nicht nur das alte chinesische juristische Anliegen der Fallgerechtigkeit vertreten, sondern vor allem der Schwerpunkt der früher maßgeblichen Kriterien für einen gerechten Verteidigungskrieg in Richtung Dritte Welt verschoben. Nicht mehr die Zugehörigkeit zu dem - für China nicht mehr existenten - sozialistischen Lager<sup>128</sup> ist dabei von Bedeutung, sondern die Zugehörigkeit zu den unterdrückten Staaten der Dritten Welt.

Eine neue Tendenz in der Anwendung der chinesischen Prinzipien betreffend Gewaltanwendung und Intervention hat sich in letzter Zeit im Rahmen der Vereinten Nationen gegenüber jenen Staaten abgezeichnet, welche einen nationalen Befreiungskrieg erfolgreich zu Ende geführt haben, deren neu gewonnene Unabhängigkeit jedoch durch innere Konflikte beeinträchtigt wird. Aus der rezenten chinesischen Praxis kann abgeleitet werden, daß China nach einem erfolgreich zu Ende geführten nationalen Befreiungskrieg keine direkte oder indirekte Intervention und auch keine Rechtfertigung dafür gelten läßt. Zur Unterstützung dieser These können die chinesischen, in den Vereinten Nationen abgegebenen Stellungnahmen zu den Fragen Zypern, Timor und insbesondere Angola herangezogen werden.

Als besonders bemerkenswert hinsichtlich Angolas ist festzustellen, daß man in diesem Fall den Proletarischen Internationalismus nicht als Rechtfertigungsgrund anerkennt, ebensowenig wie das Ersuchen um militärische Hilfe. In beiden Fällen mögen für die chinesischen Erklärungen die Erfahrungen der Tschechoslowakei-Krise Pate gestanden sein.<sup>130</sup>

Zu den im Rahmen der Vereinten Nationen geäußerten chinesischen Ansichten über Kolonialismus, Selbstbestimmung und Menschenrechte

Die oben angesprochenen völkerrechtlichen

Probleme werden nicht zufällig gemeinsam behandelt, sondern stehen nach chinesischer Ansicht zueinander in einem dialektischen Verhältnis. Das heißt: ohne Beseitigung des Kolonialismus bzw. der auf dem Boden der kolonialistischen Aggression gewachsenen rassistischen weißen Militärregimes,<sup>131</sup> kann weder Selbstbestimmung, noch können die Menschenrechte durchgesetzt werden. In diesem Sinne erklärte der chinesische Delegierte Wu Miao-fa am 16. Oktober 1975 vor der Dritten Kommission der UNO-Generalversammlung,

"...that the reactionary nature of the racists would never change and that they would never step down from the stage of history of their own accord. The practice of struggle fully proved that perseverance in armed struggles was the only way for oppressed nations and peoples to achieve independence, liberation and victory..."<sup>132</sup>

Also ohne Beseitigung der Reste des Kolonialismus keine Selbstbestimmung, aber auch keine Menschenrechte:

"The opposition to imperialism, colonialism and neo-colonialism, the realization of national self-determination and the struggle for and in defence of national independence remain the important tasks before the peoples of Asia, Africa and Latin-America. Imperialism and colonialism are carrying on their savage wars of aggression and cruel colonialist domination in Indo-China, the Middle East, Southern Africa, and other parts of the world, where the people's right to survival is still being trampled upon in a most grave manner.

This proves that without completely overthrowing the criminal domination by colonialism and neo-colonialism, there can be no human rights for the oppressed peoples. 133 (Hervorhebung von mir)

Damit sind die chinesischen Ansichten über den Zusammenhang zwischen Kolonialismus, Selbstbestimmung und Menschenrechte umrissen. Es gilt aber auch herauszustellen, daß auch der Kolonialismus für sich nicht als Hauptzuordnungspunkt angesehen werden kann, sondern nach chinesischer Meinung im Gesamtzusammenhang des Verteidigungskampfes gegen die Aggression gesehen werden muß. Daher hätte China gerne die verschiedenen Formen kolonialer und neokolonialer Einmischung, Unterdrückung und Ausbeutung in der schon oben erwähnten Definition der Aggression untergebracht gesehen. Dies geht aus einem Bericht der

chinesischen Nachrichtenagentur hervor, welcher über die Ausführungen des chinesischen Delegierten An Zhi-yuan in der Enddebatte im Sonderausschuß für die Frage der Definierung der Aggression folgende Darstellung bringt:

"He said that the draft confines aggression only to acts of armed aggression without making any mention of other forces of aggression, such as territorial annexation and expansion, political interference and subversion, economic control and plunder, etc....

In the definition of aggression fails to cover these forms of aggression, it will be in fact be excluding the numerous crimes of aggression being prepared by the superpowers."<sup>134</sup>

Damit ist aber auch ein weiteres Argument dafür gegeben, daß die im ersten Teil hervorgehobenen Hauptschwerpunkte chinesischer völkerrechtlich relevanter Erklärungen vor den Vereinten Nationen vom Verfasser korrekt herausgearbeitet worden sind, da die Chinesen offenbar die gleiche Zuordnung treffen und alles im Widerstandskampf gegen die Aggression untergebracht sehen wollen. Dies ist natürlich kein bloßes Reiten auf Prinzipien, sondern ist vor einem sehr praktischen Hintergrund zu sehen. All das oben Genannte und damit auch den Kolonialismus unter die von der Satzung der Vereinten Nationen untersagte Aggression zu subsumieren, würde China und der Dritten Welt bei der Führung des antihegemonialen Kampfes ein starkes völkerrechtliches Argument in die Hand geben. Solange Aggression jedoch bloß als b e w a f f n e t e Aggression verurteilt und in internationalen Verträgen untersagt wird, ist es für China und die anderen Entwicklungsländer schwerer, gegen den Kolonialismus in allen seinen Ausprägungen völkerrechtlich Stellung zu nehmen. China vergaß auch nicht zu betonen, daß alle diese Rechte nur dann voll verwirklicht werden können - vgl. Angola! - wenn dies ohne Einmischung der Supermächte geschieht.<sup>135</sup>

(Vgl. auch die detaillierteren Ausführungen des Verfassers in seiner Studie "China in der UNO und die internationale Rechtsordnung")<sup>136</sup>

Zu den im Rahmen der Vereinten Nationen geäußerten chinesischen Ansichten über die Vertretungsbefugnis von Regierungen

Abgesehen von den Nachgeplänkeln um die Vertretungsbefugnis der ehemals in den Vereinten Nationen agierenden Regierung Tschiang Kai-scheks<sup>137</sup>, war es die Frage der Lon Nol - Regierung, zu der China zum ersten Mal einschlägig und juristisch akzentuiert Stellung nahm. Dabei ging es zuerst um eine scharfe Kritik am Verhalten der Sowjetunion, welche auf der Generalkonferenz der UNESCO für die Vertretungsbefugnis der Lon Nol - Regierung gestimmt hatte. Der Kommentar von Hsinhua mischte herkömmliche völkerrechtliche Argumente mit solchen, welche aus der chinesischen "Massenlinie" in den internationalen Bereich übertragen worden sind. Es wurde ausgeführt, daß es sich bei der Regierung Sihanouks um die legitime durch einen Staatsstreich gestürzte Regierung Kambodschas handle. Sie erhalte nicht nur "enthusiastische Unterstützung von den breiten Massen des kambodschanischen Volkes" (interne Massenlinie), sondern sei auch von vielen Staaten anerkannt worden (externe Massenlinie). Der sowjetischen Behauptung, bei Sihanouks Regierung handle es sich um eine Exilregierung, sei entgegenzutreten.<sup>138</sup> Letzteres wurde allerdings nicht weiter ausgeführt (wobei die chinesische Behauptung völkerrechtlich gestützt werden kann, da die Regierung Sihanouk zum Unterschied von einer echten Exilregierung mit ihrer Hoheitsgewalt auf einem größeren Teil des Staatsgebietes durchgesetzt war und sich ein Teil des Kabinetts ständig auf kambodschanischem Territorium befand).

Vor dem Forum der Vereinten Nationen - d.h. vor dem Vollmachtenausschuß - wurde sehr bald schärfer juristisch akzentuiert, wobei allerdings die "hausgemachten" chinesischen Argumente für die Anerkennung der Vertretungsbefugnis der Regierung Sihanouk beibehalten wurden. Der chinesische Vertreter Bi Zhi-long wies darauf hin, daß die Regierung Sihanouk die einzige legitime Regierung Kambodschas sei, daß sie mehr als 90% des Territoriums mit einer Bevölkerung von mehr als 5 Millionen Menschen effektiv kontrolliere und - hier der Verweis auf die Massenlinie - "...The Royal Government of the National Union of Cambodia has not only won the enthusiastic support of the entire Cambodian people but also commanded the unanimous sympathy and admiration of the peace-loving and justice-

upholding countries and people the world."<sup>139</sup>

Als neues juristisches Argument kam hinzu, daß es sich bei der Regierung Lon Nol um das Produkt einer Intervention der USA handelt (womit auch dieses Thema dem größeren Komplex "Aggression und Intervention" zugeordnet werden kann), und es sich um eine Marionettenregierung der USA handelt, die ohne deren Intervention schon lange hinweggefegt worden wäre.<sup>140</sup>

Damit wurden die wichtigsten völkerrechtlichen Argumente, die anzuführen angebracht war, von der chinesischen Vertretung in Anspruch genommen. Der Verweis auf die weitgehende Durchsetzung der de-iure-Regierung Sihanouk hinsichtlich von Territorial- und Personalhoheit muß als Schranken für die anderen Staaten betrachtet werden, die Regierung Lon Nol als allgemein durchgesetzte generelle de-facto-Regierung anzusehen. Doch nur in einem solchen Falle wäre ein Wechsel in der Anerkennung der Vertretungsbefugnis von der alten, gar nicht oder kaum mehr durchgesetzten de-iure-Regierung auf die neue, überall und fast überall durchgesetzte de-facto-Regierung völkerrechtlich erlaubt.<sup>141</sup> Sodann baute China jenen Staaten gegenüber vor, die aufgrund der Durchsetzung Lon Nols in der Hauptstadt vielleicht doch dazu neigen, die Lon-Nol-Regierung als generelle de-facto-Regierung anzusehen, deren de-iure-Anerkennung zu erwägen wäre. Um in völkerrechtsgemäßer Weise als de-iure-Regierung anerkannt zu werden, muß eine generelle de-facto-Regierung jedoch nicht nur das Element der allgemeinen Durchsetzung, sondern auch das der Dauerhaftigkeit aufweisen.<sup>142</sup> Letzteres wurde jedoch seitens Chinas ernsthaft durch den Hinweis in Frage gestellt, daß sich die Regierung Lon Nol ohne amerikanische Intervention nicht halten könnte. Auch der interne Teil der Massenlinie kann hier noch im Rahmen herkömmlicher völkerrechtlicher Argumentation fruchtbar gemacht werden, denn, wenn eine de-facto-Regierung die Bevölkerung gegen sich hat, so ist ebenfalls ihre Dauerhaftigkeit in Frage gestellt.

So entpuppt sich, was zuerst Parole schien, als durchaus juristisch durchdacht und macht in der Präzision der Argumentation, die hinter den scheinbar bloß politisch angelegten Passagen steckt, dem Völkerrechtsbüro des chinesischen Außenamtes alle Ehre. Außerdem ist festzuhalten, daß auch in diesen Fragen, wie in allen anderen, China die Grundlinie seiner Außenpolitik durchgesetzt und das Problem auf Supermachttaggression und

-intervention zurückgeführt hat. Am Boden dieser Begründung hat es aber, wie oben demonstriert wurde, im wesentlichen zu durchaus herkömmlichen völkerrechtlichen Argumenten gegriffen, wenn sie auch in einer politischen Verbrämung präsentiert wurden.

Die Tatsache der Vertretungsfrage Kambodschas als Ausfluß einer "in grober Verletzung der Ziele und Prinzipien der Vereinten Nationen" durch eine Supermacht begangenen Aggression und Intervention, wurde von China in der Folge noch stärker herausgestellt.<sup>143</sup> Auch der Anteil der Verweise auf die Masselinie wurde mit Ausbreitung der Durchsetzung der Regierung Sihanouk in Kambodscha, bis zu ihrer Etablierung in der Hauptstadt, größer.<sup>144</sup> Doch behielt die juridisch akzentuierte Argumentation im Rahmen der chinesischen Erklärungen ihre Bedeutung und lieferte so den Beweis dafür, daß China mit dem völkerrechtlichen Instrumentarium sehr wohl umgehen kann und offensichtlich auch will.

Zu den im Rahmen der Vereinten Nationen geäußerten chinesischen Ansichten über das Seerecht

Es wurde oben auch darauf hingewiesen, daß China auch die internationale Gewaltanwendung in der Form von politischem Druck, wirtschaftlicher Ausbeutung etc. in der Aggressionsdefinition unterbringen wollte. So gesehen sind auch die Äußerungen Chinas zum Seerecht dem allgemein erklärten Kampf gegen die Aggression zugeordnet. Wiederum sind es natürlich die beiden Supermächte - vor allem die Sowjetunion - welche von China als Verantwortliche festgenagelt werden, wie aus einer von dem chinesischen Delegierten am 23. April 1976, während der 4. Session der UNO-Konferenz über das Seerecht, abgegebenen Erklärung deutlich hervorgeht:

"He pointed out that today, the vast seas are an area of fierce rivalry between the two superpowers, the United States and the Soviet Union. The obstacles to the peaceful use of the seas and oceans come mainly from the two superpowers, the wildly ambitious Soviet social-imperialism in particular."<sup>145</sup>

Warum der Reform des Seerechtes seitens Chinas Priorität eingeräumt worden ist, dafür mögen mehrere Gründe maßgebend sein. Die Meere sind einmal von eminent weltpo-

litischer Bedeutung, ist doch der größte Teil der Erde mit Wasser bedeckt. - Eine Tatsache, die der damalige chinesische Außenminister Qiao Guan-hua in einem Gespräch mit dem Autor im April 1972 besonders hervorgehoben hat. - Das heißt, die Meere eignen sich im besonderen Maße dafür, von den Supermächten zur politischen Machtdemonstration, aber auch zur wirtschaftlichen Ausbeutung auf Kosten der Entwicklungsländer verwendet zu werden. Daß dies China als Anwalt der Staaten der Dritten Welt nicht unbeteiligt lassen konnte, ist selbstverständlich. Daneben hat China im Rahmen dieser Thematik bedeutende nationale Sicherheitsinteressen und wirtschaftliche Interessen (Küstenstaat) wahrzunehmen und außerdem ein historisches Trauma zu bewältigen: sind doch bis jetzt alle Eroberer Chinas, die von außerhalb des chinesischen Raumes kamen, auf dem Seeweg angelangt. Alles für China gewichtige Gründe, in die Thematik groß einzusteigen.

Von den chinesischen Delegierten wurde im bisherigen Verlauf der Konferenz klargestellt, daß China unter Aufgabe früherer sowjetisch orientierter Positionen<sup>146</sup> für eine Ausdehnung der Rechte der Küstenstaaten eintritt. Dies entsprach der chinesischen außenpolitischen Leitlinie nach Gleichberechtigung aller Staaten, ob groß oder klein, ebenso, wie die chinesische Forderung nach Zurückdrängung der Freiheiten der Meere der Leitlinie des Kampfes gegen die Hegemonie der Supermächte entspricht. Beides steht nach chinesischer Ansicht in einem dialektischen Zusammenhang und die volle Gleichberechtigung der Staaten der Dritten Welt kann daher nicht anders als auf Kosten der Supermächte erreicht werden. Dementsprechend wurden die Freiheiten der Meere (Freiheit von Schifffahrt, Fischfang, Legung von Kabeln und Rohrleitungen und des Flugverkehrs) von der chinesischen Delegation bekämpft, indem sie von ihr als veraltet, der neuen internationalen Situation nicht entsprechend und als Plattform für Übergriffe der Supermächte bezeichnet wurden. Nachdem er so argumentiert hatte, zog der chinesische Delegierte Shen Wei-liang das Resümé:

"Dies zeigt, daß die 'vier Freiheiten' in Wirklichkeit den Supermächten die Hegemonie ermöglichen und den schwachen und kleinen Ländern Schaden zufügen."<sup>147</sup>

Von dieser Generallinie ausgehend, trat China natürlich auch in Detailfragen mit Vehemenz immer für Lösungen ein, von denen man sich eine Stärkung der Position der

Staaten der Dritten Welt und eine Schwächung jener der Supermächte versprechen konnte. China forderte daher bereits während der vorbereitenden Beratungen für die Konferenz eine starke internationale Kontrolle über die Ausbeutung des Meeresbodens<sup>148</sup>

wie auch wirksame Kontrollrechte für die Küstenstaaten, um sich vor der durch die Industriestaaten verursachten Verschmutzung der maritimen Umwelt zu schützen.<sup>149</sup>

Später haben sich im chinesischen Forderungskatalog noch folgende Schwerpunkte herauskristallisiert:

Abwehr der Vorschläge der beiden Supermächte, die Wirtschaftszone als Teil der Hohen See anzusehen, Opposition gegen das von den Supermächten propagierte Prinzip der friedlichen Durchfahrt durch das Küstenmeer und internationale Meeresstraßen, die in das Küstenmeer fallen (was nach Ansicht der Supermächte auch die friedliche Durchfahrt von Kriegsschiffen inkludieren würde), sowie gegen die (nach Ansicht Chinas von den Supermächten für hegemoniale Zwecke mißbrauchte) Freiheit der wissenschaftlichen Erforschung der Meere. Die Verwaltung und Ausbeutung des Meeresbodens muß unter Beachtung des Prinzips des gemeinsamen Reichtums der Menschheit und gegen Versuche der Supermächte des Monopolisierens und Aufteilens erfolgen.

Die neue Drei-Welten-Theorie kam in den Ausführungen der chinesischen Delegierten und Kommentatoren immer deutlicher zum Ausdruck. Im Mai 1976 erklärte der chinesische Delegierte Lai Ya-li:

"To establish a new law of the sea convention which is fundamentally different from the old law of the sea convention and which conforms to the interests of the people of the whole world, it is essential to conduct full consultations in accordance with the principle of equality of all countries, big or small, to oppose any practicing of imposing one's views to others and to oppose acting in undue haste against the will of the numerous small and medium-sized countries."<sup>150</sup>

Vor Beginn der sechsten Session der Seerechtskonferenz wurde am 21. Mai 1977 von der chinesischen Nachrichtenagentur eine Würdigung des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen veröffentlicht. Darin finden sich die oben erwähnten Schwerpunkte wieder, vermehrt um einige zusätzliche Details.<sup>150a</sup> Darüber hinaus enthält sie

die Feststellung, daß sich bei der Verfolgung des Hauptanliegens, der Forderung nach einer Küstenmeerbreite von 200 Seemeilen, die Staaten der Dritten und Zweiten Welt zusammengefunden hätten:

"The number of countries supporting this just proposition has increased from several dozens to more than one hundred, including many of the second world."<sup>150b</sup>  
(Hervorhebung vom Autor)

Der Kommentar schließt mit folgender chinesischen Vorschau:

"All signs show that the UN sea law conference will witness another acute and complex struggle. But the fight of the small and medium-sized countries for defending their sovereignty and marine resources against maritime hegemonism is surging ahead irresistibly. People will wait and see what stand the superpowers will take at the conference."<sup>150c</sup>

#### Zusammenfassung

Es scheint oben plastisch gemacht worden zu sein, daß sich China heute im Rahmen seiner Praxis im Gegensatz zur Zeit der Kulturrevolution mit der Völkerrechtsordnung ernsthaft auseinandersetzt und im Rahmen seiner Stellungnahmen zu internationalen Problemen dem Völkerrecht seinen Platz einräumt. Dabei versucht es, die Völkerrechtsordnung mit seinen eigenen außenpolitischen Grundprinzipien zu vereinbaren und strebt an, die Existenz von Völkerrechtsverletzungen auf den antihegemonialen Kampf der beiden Supermächte, in erster Linie aber auf die Sowjetunion zurückzuführen. Die Völkerrechtsordnung ist daher für China, wie an den oben behandelten Schwerpunkten abgelesen werden kann, Schutz- und Kampfinstrument zugleich. Schutzinstrument gegen die Übergriffe der Supermächte und Kampfinstrument für die Durchsetzung der Interessen der kleinen und mittelgroßen Staaten gegen den Großmachthegemonialismus.

Damit scheint dargetan worden zu sein, daß die neuen Grundlagen der chinesischen internationalen Beziehungen auch eine neue chinesische Völkerrechtspraxis gezeitigt haben, welche vom früheren sowjetischen Modell deutlich abweicht.<sup>150d</sup>

b) Die chinesische völkerrechtliche Doktrin

Wie schon im ersten Teil erwähnt, kamen unter dem Einfluß der Kulturrevolution die völkerrechtliche Forschung und Lehre vollkommen zum Stillstand. Als der Verfasser im Jahre 1972 China bereiste, gab es erst sehr zögernde Versuche, sich mit dem Völkerrecht wiederum wissenschaftlich auseinanderzusetzen. Man erklärte ihm, daß die Rechtswissenschaft, und in ihrem Rahmen wiederum die Völkerrechtswissenschaft, einer der während der Kulturrevolution am heftigsten kritisierten Bereiche gewesen sei. Gemessen am Katalog der drei Phasen von Kampf, Kritik und Umgestaltung sei die Völkerrechtswissenschaft zum Teil noch das Ziel von Kritik. Wenn man sich damals zumindest in gewissem Umfang wieder mit dem Völkerrecht auseinanderzusetzen begann, so ist dies wohl auf den durch den Einzug in die Vereinten Nationen bedingten Sachzwang zurückzuführen. Diese Vermutung scheint dadurch gestützt zu sein, daß im Rahmen der Arbeitsgespräche, welche der Verfasser damals in Peking mit chinesischen Völkerrechtsexperten führen durfte, bezüglich des Seerechts bei den chinesischen Gesprächspartnern die meisten Informationen und Assoziationen bestanden. Offensichtlich hatte man im Hinblick auf die Seerechtskonferenz der UN für eine entsprechende Vorbereitung gesorgt.

Trotz Einzug in die Vereinten Nationen war aber für völkerrechtliche Forschung und Lehre vorerst nur Sparflamme vorgesehen. Der Leiter der chinesischen Delegationen zur UN-Generalversammlung, der damalige Vize-Außenminister Qiao Guan-hua, meinte zum Autor im April 1972, man müsse bei der theoretischen Befassung mit dem Völkerrecht nicht übertreiben. Die Weltlage habe sich entscheidend geändert und befinde sich noch in steter Umwandlung. In vielen Fällen - wie man bei Goethes Faust nachlesen könne - folge die Theorie erst auf die Taten und vieles müsse man gemäß den politischen Erfordernissen von Fall zu Fall beurteilen. Das Recht sei ein Werkzeug der Politik und in Wahrheit sei die Welt ohne Recht. Ungeachtet dieser pessimistischen Äußerung hinsichtlich einer theoretischen Befassung mit dem Völkerrecht, räumte Qiao Guan-hua ein, daß er eine Aufnahme des Völkerrechtsunterrichts in beschränktem Ausmaß für opportun erachten würde - wenn auch nicht an allen Universitäten.

1972 war diese Ansicht jedenfalls noch

nicht verwirklicht. Kein einziger chinesischer Universitätslehrer für Völkerrecht war als Gesprächspartner greifbar. Qiao Guan-hua hatte im Verlauf des Gespräches darauf hingewiesen, daß im Rahmen des chinesischen Außenministeriums ein Völkerrechtsbüro bestehe (wenn auch nur als Teil einer größeren Abteilung) und so waren es denn auch dessen leitende Mitglieder, welche dem Verfasser im April 1972 freundlicherweise als Auskunftspersonen zur Verfügung standen.

Als Praktiker des Völkerrechtes haben sie und die von ihnen vertretenen Meinungen bereits oben unter a) Berücksichtigung gefunden.

Im März 1974 wurde dem Verfasser dann ein Gespräch mit einem Vertreter der chinesischen Doktrin, dem Professor für Völkerrecht der Pekinger Universität Liu Ding ermöglicht. Er teilte mit, daß man im rechtswissenschaftlichen Unterricht noch immer über das Experimentierstadium nicht hinausgekommen war. Vor zehn Monaten hatte man mit Kursen (keinem Studium) über Rechtswissenschaften begonnen und die Zahl von anfangs 30 Studenten war auf 120 angewachsen. Völkerrecht wurde noch nicht unterrichtet. Trotzdem gab es an der Peking-Universität nicht weniger als acht Lehrer für Völkerrecht. Die Namen: Liu Ding, Zhen Peng, Wei Min, "Xiao Luo" (Kleiner Luo - der Vorname war nicht festzustellen), Shen Si-bao, Guo Sho-kan, Wang Tie-ya, Zheng Dao-de. Von den Völkerrechtlern, welche während der fünfziger Jahre hervorgetreten waren, arbeiteten einige in anderen Berufen, einige betagte unter ihnen waren auch verstorben. (So etwa lebt Ying Tao (=Fu Zhu) nicht mehr. Zhou Fu-lun oder Ma Chun (eine Frau) hatten früher als nicht ausgebildete Juristen in die Diskussion um das Völkerrecht eingegriffen, ohne sich aber später für Völkerrecht spezialisiert zu haben. Lin Xin war zwar früher als Lehrer für Rechtswissenschaften tätig, arbeitet aber heute in einem anderen Beruf, während Ni Zheng-ao sich im vergangenen Jahr nicht an der Universität befand.)

Es überraschte, daß an der Peking-Universität eine so große Zahl von Völkerrechtlern wirkten (ich bat um nochmalige Bestätigung der Zahlenangaben) und es ist bemerkenswert, daß der 1957 heftig kritisierte erfahrene Wissenschaftler Wang Tie-ya wiederum dem Lehrkörper angehörte. Zweifellos konnte dies als Signal für eine durch das internationale Engagement Chinas notwendig gewordene stärkere Befassung mit dem Völkerrecht gedeutet werden.

4  
 Diese stärkere Befassung vollzog sich aber eher im Stillen und unbemerkt. Keinesfalls ergab sich parallel dazu ein Aufschwung relevanter chinesischer Publikationen. - Ganz im Gegenteil, es war auch noch während der ersten Hälfte der siebziger Jahre eine völlige Abstinenz von Schriften zu bemerken, welche sich mit den Problemen der internationalen Beziehungen und des Völkerrechtes wissenschaftlich auseinandersetzten. Gerade hier klang die Kulturrevolution besonders lange nach. Fragte man nach solchen Publikationen, so gab es in den chinesischen Buchhandlungen bloß ein Kopfschütteln. Bloß zweimal gelang es dem Verfasser, in einer Pekinger Buchhandlung Broschüren mit einschlägigen Titeln aufzutreiben. Die eine trug den Titel "Ausgewählte Diskussionsbeiträge zu internationalen Fragen" (Pekinger Volksverlag, Januar 1972), die andere die Überschrift "Die Welt verändert sich" (Pekinger Volksverlag, Dezember 1971). Bei näherer Überprüfung stellte sich heraus, daß es sich bei diesen Druckwerken keineswegs um Auseinandersetzungen mit völkerrechtlich relevanten Problemen auf wissenschaftlicher Ebene handelte. Im ersten Fall handelte es sich um eine Auswahl von Artikeln, welche bereits früher in der Pekinger "Volkszeitung", der "Roten Fahne" oder der "Zeitung der Volksbefreiungsarmee" veröffentlicht worden waren. Im zweiten Falle waren es zwar keine Nachdrucke, doch bezeugt der Untertitel der Broschüre "Ausgewählte Diskussionsbeiträge der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu internationalen Fragen", daß man in diesem Falle bei Durchführung des Grundsatzes "Rot und Experte" dem "Rot-sein" mehr Gewicht als dem "Expertentum" beigemessen hat. Dementsprechend handelt es sich bei den Beiträgen um an der Basis erarbeitete Artikel, welche zwar zwecks Bestimmung des damaligen chinesischen Standortes Relevanz besitzen, jedoch keine Argumentation auf wissenschaftlicher Grundlage offerieren. Das heißt, daß man einerseits der Forschung auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen und des Völkerrechtes zunehmende Aufmerksamkeit schenkte - 1972/73 wurde am Institut für internationale Fragen (Sitz in Peking, einige hundert Mitarbeiter) wiederum Völkerrecht betrieben und spätestens ab diesem Zeitpunkt bestand auch zwischen dem berühmten chinesischen Professor für Internationale Beziehungen und Völkerrecht, Wang Tie-ya, und dem chinesischen Außenministerium ein Konsumentenverhältnis<sup>152</sup> - andererseits aber offensichtlich keinen Wert darauf legte, darauf aufmerksam zu machen und vielleicht dadurch Kritik auf sich zu len-

ken.

Erst als sich die Linie Tschu En-lais immer mehr durchsetzte und die Profilierung Deng Xiao-pings als Nachfolger Tschus und Garant einer extremistischen Abenteuerpolitik unumstritten schien, kam es zur auch nach außen ersichtlichen, vertieften theoretischen Befassung mit internationalen Problemen. So erschien im Mai 1976 in Shanghai ein auch heute noch in China erhältliches Werk mit dem Titel "Grundlagen über internationale Probleme", verfasst von einem Kollektiv gleichen Namens. In diesem für das Selbststudium bestimmten Werk finden die neuen Prinzipien der chinesischen Außenpolitik in detaillierter Form ihre Untermuerung. Wie sehr sich dieses von früheren chinesischen Werken gleichen Themas unterscheidet, wird besonders deutlich, wenn man es mit einem der bedeutendsten dieser Werke vergleicht. Als für einen solchen Vergleich besonders geeignet erschien dem Autor das Buch "Vortrag über die politische Geographie der Nachkriegswelt", welches von Liu Si-mu im Jahre 1947 zu Hongkong veröffentlicht worden ist. Dies nicht zuletzt aus dem Grund, weil es sich bei Liu Si-mu um einen der profiliertesten Experten der VR China für internationale Fragen handelt. Nachdem er 1947/48 in Hongkong publiziert hatte, wurde er als Vertreter Kantons in den 1. Nationalen Volkskongress gewählt. Später ernannte man ihn zum Ratsmitglied des chinesischen Institutes für auswärtige Angelegenheiten sowie zum stellvertretenden Direktor und Professor am chinesischen Institut für das Studium der internationalen Beziehungen.<sup>153</sup> Das Buch beruht auf einem Vortrag, welchen Liu vor dem Institut für Journalistik in Hongkong gehalten hat.<sup>154</sup> Eingangspricht er von den Änderungen der Weltlage nach dem Zweiten Weltkrieg:

"...Außerdem trat nach diesem Krieg als neuer Faktor in der politischen Geographie auf, daß die im Krieg siegreichen Amerikaner noch machtgerigere Imperialisten waren als Deutschland und Japan, die beabsichtigten, die ganze Welt an sich zu raffen und zu beherrschen. Amerika wollte in der ganzen Welt seine Stützpunkte errichten; nicht nur, daß seine Marine den Pazifischen Ozean zum (amerikanischen) Binnensee machen wollte, gab man lautstark von sich, 'dahin gehen zu wollen, wohin man Lust habe'... und seine Luftwaffe wollte auch um den ganzen Erdball kreisen. Auf diese Weise kam Amerika nicht

nur mit England, das seine Kolonien überall auf der Erde hat, und mit der Sowjetunion, die 1/6 des Festlandes der Erde einnimmt, in Widerspruch, sondern auch in Konflikt mit allen freiheits- und friedliebenden Nationen der Welt."<sup>155</sup>

Mit anderen Worten: die USA versuchen sich als Weltbeherrscher aufzuspielen und kommen dabei neben dem, eigensüchtige Interessen verfolgenden Großbritannien, mit der Sowjetunion und den - offenbar als Allianzpartner für die Sowjetunion gedachten - "freiheits- und friedliebenden Nationen der Welt" in Konflikt.

In anderer Art und Weise wird die Weltlage in dem Mao Tse-tung zitierenden Vorwort des Autorenkollektivs des 1976 erschienenen chinesischen Werkes über internationale Probleme dargestellt. Auch hier ist von einer neuen Weltlage die Rede, doch wird von anderen Faktoren dabei ausgegangen:

"Von nun an gibt es während der nächsten fünfzig bis hundert Jahre eine große Epoche eines kompletten Wandels der Sozialsysteme der Welt. Es wird eine Epoche der Umwälzungen sein. Es ist eine Epoche, welche nicht mit irgendeiner Epoche der Vergangenheit verglichen werden kann. In einer solchen Epoche lebend, müssen wir uns auf einen großen Kampf vorbereiten, welcher in seiner Art im Vergleich zur Vergangenheit viele unterschiedliche Merkmale aufweisen wird.

Völker der Welt, vereinigt euch, um gegen die Aggressionskriege zu kämpfen, welche vom Imperialismus und Sozialimperialismus entfesselt werden...

Um die reaktionäre Herrschaft des Imperialismus zu besiegen, müssen wir uns nun zu einer breiten vereinigten Front zusammenschließen und wir müssen, außer die Feinde, alle Kräfte, die vereinigungsfähig sind, vereinigen und unsere schwierigen Kämpfe fortsetzen."<sup>156</sup>

Es wird hier also Mao Tse-tung selbst als Zeuge darüber geführt, daß die USA und die Sowjetunion die gefährlichsten Aggressoren der gegenwärtigen Epoche sind.

Während der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg war dies von chinesisch-kommunistischer Seite noch ganz anders gesehen worden:

"Es (Amerika) berief sich selbst zum 'Führer der Welt' und beabsichtigte in Wahrheit

das von Hitler nicht geschaffte Ziel, die Welt zu beherrschen, zu erreichen. Während Amerika nach dem Krieg diesen faschistisch-imperialistischen Weg ging, stand die mächtige Sowjetunion erhaben da."<sup>157</sup>

1969 war es dann die Sowjetunion, welche auf dem 9. Parteitag der KPCh mit Hitler verglichen wurde.<sup>158</sup> Diese Beurteilung, welche sich in der Zwischenzeit auch ausgiebig in den chinesischen Massenmedien niedergeschlagen hat<sup>159</sup>, findet sich auch, mit Details versehen, in dem rezenten chinesischen Werk über internationale Fragen. Nach einem Vergleich der Rüstungsausgaben der USA und der Sowjetunion kommen die Autoren zu dem Schluß, daß die Aufwendungen der Sowjetunion ungleich höher seien als die der USA. Sie finden daher nur mehr im Hitler-Regime ein taugliches Vergleichsobjekt:

"Das ist vollkommen zu vergleichen mit der jährlichen Vermehrung der Rüstungsausgaben Hitlerdeutschlands während der Zeit der Kriegsvorbereitungen."<sup>160</sup> Es folgen dann detaillierte Zahlenangaben, welche die Analogie unterstreichen sollen.

Liu Si-mu hat in seiner Abhandlung im Jahre 1947 bereits den Ausdruck "Supermächte" gebraucht. Bei ihm handelt es sich jedoch um eine wertneutrale Bezeichnung von starken Mächten. Nicht die Kriterien einer Supermacht sind es, die einen Staat automatisch nach Weltherrschaft streben lassen. - Im Gegenteil, er sah die Sowjetunion als freundliche, progressive, in der Defensive befindliche sozialistische Supermacht an, welche alles daransetzt, eine "weltweite Tyrannei" der Vereinigten Staaten zu verhindern:

"Obwohl Amerika und die Sowjetunion, diese beiden 'Supermächte' (nach einem Wort des britischen politischen Kommentators Garvin) voneinander getrennt dem sozialistischen bzw. dem kapitalistischen System angehören, so muß das doch keinen gefährlichen, unlösbaren Konflikt bedeuten; in der Kriegszeit hatten sie eng zusammengearbeitet, in der Nachkriegszeit sollten sie auch freundschaftlich nebeneinander existieren und friedlich wetteifern können. Aber das in der Nachkriegszeit mit einem Sprung stärkstes Land der kapitalistischen Welt - einer in Rückgang befindlichen kapitalistischen Welt - gewordene Amerika nahm an, daß, wenn es die Welt beherrschen wollte, dies ohne Niederringen der Sowjetunion nicht möglich sei, benützte den Nebelvorhang des Anti-

6  
 Sozialismus, um dahinter die Beherrschung  
 der ganzen Welt durchzuführen." <sup>161</sup>

Im Jahre 1976 hört man hingegen von chine-  
 sischer Seite:

Die Sowjetunion und die Vereinigten Staa-  
 ten, besonders die Sozialimperialisten,  
 sind die beiden Supermächte, welche nach  
 der Welthegemonie streben und überall in  
 den anderen Ländern danach trachten,  
 Aggression, Intervention, Vorherrschaft,  
 Umstürze und Ausplünderungen herbeizufüh-  
 ren." <sup>162</sup>

Supermacht ist also nach heutiger chine-  
 sischer Ansicht keine wertneutrale Quali-  
 fizierung der Stärke eines Staates, son-  
 dern es ist vielmehr ein Schandmal, welches,  
 unabhängig von dessen ideologischer Eigen-  
 darstellung, den betreffenden Staat dazu  
 stempelt, Aggressor zu sein und nach der  
 Weltherrschaft zu streben. Die Behauptung,  
 sozialistisch zu sein und seine Stärke  
 bloß zum in- und ausländischen Aufbau des  
 Sozialismus zu gebrauchen, lassen die heu-  
 tigen chinesischen Theoretiker nicht all-  
 gemein gelten. Nach ihnen muß ein  
 Staat, wenn er bestimmte Supermacht-Merk-  
 male aufweist, unabhängig von seinem ideo-  
 logischen Selbstverständnis, mit dem Rest  
 der Welt in Konflikt kommen. Sie versäumen  
 auch nicht, dafür unter Berufung auf die  
 marxistischen Klassiker, theoretisch unter-  
 mauerte Argumente zu offerieren. In dem  
 hier herangezogenen Werk heißt es entspre-  
 chend:

"Unsere Partei stützt sich auf die Klassen-  
 analyse des Marxismus und hat eine konkrete  
 Analyse der Mächte nach wirtschaftlichen,  
 politischen und anderen gegenwärtigen Ver-  
 haltensweisen gemacht." <sup>163</sup>

Sodann folgt der Hinweis, daß man sich da-  
 bei im Einklang mit Lenin befinde, welcher  
 zwischen der großen Masse der unterdrück-  
 ten Völker und der kleinen Zahl der Unter-  
 drücker unterschieden habe, welche bei re-  
 lativ kleinerer Bevölkerungszahl eine gros-  
 se wirtschaftliche und militärische Macht  
 angehäuften hätten." <sup>164</sup>

Die chinesische Analyse sei von diesem An-  
 satz sehr stark beeinflusst. Betrachte man  
 die Verteilung der wirtschaftlichen und  
 militärischen Macht, so seien sehr große  
 Unterschiede festzustellen. So umfasse die  
 Erste Welt zwar nur 12% der Weltbevölke-  
 rung, verfüge aber über 41% der Gesamt-  
 weltproduktion. Militärisch würden von  
 der Sowjetunion und den Vereinigten

Staaten 60% der Militärausgaben der Welt  
 bestritten. Ebenso sei ein starker Unter-  
 schied zur übrigen Welt bezüglich des Um-  
 fanges des Atomwaffenpotentials festzu-  
 stellen." <sup>165</sup> Vom großen Unterschied im Reich-  
 tum und militärischen Potential würde der  
 Zustand der heutigen Welt - das heißt das  
 Verhältnis zwischen armen und reichen Län-  
 dern - widergespiegelt. Die Teilung in  
 reiche und arme Länder entspreche dem  
 dringenden Wunsch der großen Masse der  
 Entwicklungsländer, welcher gegen die Aus-  
 beutung und Räuberei des Imperialismus ge-  
 richtet sei, damit sie ihre eigene nation-  
 ale Wirtschaft entwickeln und rasch ihre  
 arme und rückständige Lage verändern könn-  
 ten." <sup>166</sup>

Sicherlich könnte über die marxistischen  
 Grundlagen dieser chinesischen Betrachtungs-  
 weise eine längere Diskussion geführt wer-  
 den. Eines ist aber gewiß: durch die Unter-  
 scheidung in die beiden wirtschaftlich und  
 militärisch stärksten Mächte einerseits und  
 die anderen (noch in Zweite und Dritte Welt  
 unterteilten) Mächte andererseits, hat  
 China für seine Rolle in dem seiner Ansicht  
 nach zerfallenen sozialistischen Lager  
 nicht nur in optimaler Weise Ersatz ge-  
 schaffen, sondern eine Plattform propa-  
 giert, welche für ein Völkerrechtssystem,  
 an dem China mitwirkt, breiter ist als je  
 und auch mit genügend Tragfähigkeit ausge-  
 stattet ist. - Tendieren doch auch die für  
 China in besonderem Maße vereinigungsfähig-  
 en Entwicklungsländer dazu, die Staaten  
 der Welt nach den Kriterien von arm und  
 reich zu unterscheiden.

Zweifellos ist sich China der Brisanz sei-  
 ner Konzeption gegenüber den sowjetischen  
 Ambitionen bewußt und mit deutlicher Scha-  
 denfreude berichtet das Autorenkollektiv  
 davon, 1973 "habe der Chef der sowjeti-  
 schen Revisionisten Breschnjew anlässlich  
 der vierten Konferenz der Staatsoberhäu-  
 pter der blockfreien Staaten einen Brief  
 an Boumedienne von der Volksrepublik Al-  
 gerien gereicht und geschrien, es sei  
 nicht erlaubt, die Welt in arme und reiche  
 Länder zu teilen und die sowjetischen Re-  
 visionisten mit den US-Imperialisten ge-  
 meinsam zu erwähnen." <sup>167</sup> Boumedienne habe  
 dann diesen "stinkenden Drohbrieff" ver-  
 öffentlicht und dies habe heftige Beschul-  
 digungen von den Führern der Staaten der  
 Dritten Welt gegen die Sowjetunion her-  
 vorgerufen. Gleichzeitig hätten die so-  
 wjetischen Zeitungen attackiert und ge-  
 sagt, es entspreche nicht dem Klassenkampf,  
 die Länder in arme und reiche zu untertei-  
 len. Dazu noch einmal das Autorenkollektiv:

"Diese Art von falscher Argumentation der sowjetischen Revisionisten ist nicht haltbar. Das Problem von arm und reich ist eigentlich ein Klassenproblem in der Klassengesellschaft. Dies ist marxistischer Gemeinverstand. (Hervorhebung vom A.) Seit der Mensch die Klassengesellschaft erreicht hat, gibt es die Unterscheidung zwischen arm und reich, den Klassenunterschied von Ausbeutern und Ausgebeuteten unter den Menschen. In den heutigen internationalen Beziehungen hat der Unterschied zwischen reichen und armen Ländern vollkommen die Beziehungen zwischen ausbeuten und ausgebeutet werden, zwischen den imperialistischen und den entwickelnden Ländern deutlich gemacht. Er widerspiegelt die objektive Realität der gegenwärtigen Welt und korrespondiert vollkommen mit der Klassenanalyse des Marxismus."<sup>168</sup> Der große Revolutionär Lenin habe angeführt, daß während der Periode des Imperialismus die Welt in viele Staaten verschiedener Größen geteilt sei. Die kleinen Staaten seien schwach und könnten sich nicht im geringsten mit den großen und mächtigen Staaten vergleichen. Ein großer Staat könne viele kleine Staaten dominieren. Dieses Zitat dient zu folgendem Schluß:

"Die Sowjetunion und der US-Imperialismus sind beide solche andere unterdrückende und ausbeutende, reiche und mächtige Staaten. Der sowjetische Sozialimperialismus ist heftig dagegen, daß die Welt in arme und reiche Staaten geteilt wird und erlaubt es nicht, gemeinsam mit dem US-Imperialismus erwähnt zu werden. Sein Ziel ist es, sein Gesicht der sozialimperialistischen Supermacht zu verbergen, aber das ist vergeblich.

Wirtschaft ist die Grundlage. Politik ist der konkrete Ausdruck der Wirtschaft. Die verschiedene politische Haltung der drei Welten wird durch ihre verschiedene wirtschaftliche Situation determiniert. Warum sind die beiden Supermächte der Ersten Welt so verhältnismäßig reich? Wegen ihrer wilden Ausbeutung und Ausplünderung der eigenen und der anderen Völker der Welt."<sup>169</sup>

Das heißt, daß für die Chinesen angesichts der heutigen Weltlage im Prioritätenkatalog die nationalen Klassenkämpfe in den Staaten der Dritten und Zweiten Welt durch den Klassenkampf der armen gegen die reichen Staaten auf internationaler Ebene gewissermaßen mediatisiert sind. Gewiß entspricht es auch den chinesischen Zielvorstellungen, daß es überall auf der Welt zur Änderung der Gesellschaftsordnung im

sozialistischen Sinne kommt. Die "Pervertierung des sowjetischen Sozialismus" und seine internationale Aggressivität haben jedoch China zu einer neuen Strategie unter Setzung neuer Prioritäten gezwungen. Dem internationalen Klassenkampf, bei dem, wie oben aufgezeigt, nicht nach der Gesellschaftsordnung der beteiligten Staaten, sondern nach ihrem wirtschaftlichen und militärischen Potential unterschieden wird, kommt gegenwärtig die größere Bedeutung zu. Von seinem Erfolg hängt es ab, ob für eine spätere Umformung nationaler Gesellschaftsordnungen Chancen bestehen. Sonst kommt die Aggression des "Sozialimperialismus" weiteren Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialismus zuvor.

Auf dieser Basis entwickeln die Autoren der oben zitierten Schrift ihren Kommentar zur Drei-Welten-Theorie und die Begründung für den chinesischen Wunsch nach Zusammenarbeit zwischen Zweiter und Dritter Welt, was als Basis für eine neue chinesische Völkerrechtskonzeption von hervorragender Bedeutung ist. Sie erinnern zuerst daran, daß man gemäß den Anweisungen Mao Tse-tungs zwischen Freunden und Feinden unterscheiden müsse. Dies sei das fundamentale Problem, von welchem Erfolg oder Mißerfolg der Revolution abhänge und dessen Beachtung vom Vorsitzenden Mao schon in der Periode der innerchinesischen Revolution verlangt worden sei. Dieses Problem sei an erster Stelle zu lösen, da sonst die Orientierung verlorengehen könne.<sup>170</sup> Hier helfe die Drei-Welten-Theorie, denn sie lasse den Unterschied zwischen Freund und Feind und die internationale Lage klar erkennen.<sup>171</sup> Umso schwerer wiegt, wenn die Autoren später ohne zu zögern der Vereinigungsfähigkeit der Zweiten Welt ein beeindruckend positives Zeugnis ausstellen.

Vorerst wird aber die nach früheren ideologischen Unterscheidungsmerkmalen nicht differenzierte Allianz Chinas, in der Staaten verschiedenster Gesellschaftsordnungen Platz finden, am Beispiel der Staaten der Dritten Welt bestätigt. Es wird nämlich eingeräumt, daß die politische Haltung dieser Staaten nicht immer gleich sei und daß sie in ihrer Innen- und Außenpolitik Unterschiede aufwiesen. Das Wesentliche sei jedoch ihre politische und wirtschaftliche Stellung als Unterdrückte und Ausgebeutete, von der ihr Wille zum Widerstand und Kampf gegen die Supermächte bestimmt werden.<sup>172</sup> Hier läßt sich dann leicht die Brücke schlagen und ohne sozialistische Gemeinsamkeiten zu betonen, die Aktionsgemeinschaft Chinas mit diesen Staaten

begründen:

"China gehört erstens deshalb zur Dritten Welt, weil China ebenso wie die Staaten der Dritten Welt über eine lange Periode unter der Aggression und Ausplünderung des Kolonialismus und Imperialismus gelitten hat. Wir werden niemals das Elend vergessen, welches die Imperialisten dem chinesischen Volk zugefügt haben. Das gemeinsame historische Schicksal hat unser Land mit einem großen Teil der Entwicklungsländer verbunden.

Zweitens sehen sich das chinesische Volk und die Völker der Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika der gleichen Art von Kampfaufgaben gegen den Imperialismus, Kolonialismus und die Hegemonie der Supermächte sowie für die Entwicklung und den Aufbau ihrer Länder gegenüber... Die Unabhängigkeit und Sicherheit unseres Landes ist auch durch die Supermächte bedroht. In diesem Kampf des Anti-Imperialismus, Anti-Kolonialismus und Anti-Hegemonialismus steht das chinesische Volk mit den Völkern der Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas an der selben Front."<sup>173</sup>

Im Anschluß daran werden aber auch die Staaten der Zweiten Welt, denen im Gegensatz zu früher ein überraschend positives Zeugnis ausgestellt wird, zu der oben beschriebenen Allianz zugelassen. In einer weiteren Präzisierung der von Deng Xiaoping vor der Rohstoffkonferenz dargelegten Thesen schreiben die Autoren unter dem Titel "Die Zweite Welt hat auf die Entwicklung der internationalen Lage im Kampf gegen die Vorherrschaft, Drohungen und Schikanen der Supermächte einen grossen Einfluß":

"Die Zweite Welt umfaßt die westeuropäischen Länder, Japan, Kanada, Australien, Neuseeland und einige osteuropäische Länder. Der Verweis auf die osteuropäischen Länder ist konkreter als bei Deng und eine logische Konsequenz von dessen Erklärung hinsichtlich des Zusammenbruchs der sozialistischen Staaten- und Völkerrechtsgemeinschaft - Anm. d. A.) Diese Staaten weisen im allgemeinen folgende Charakteristika auf:

1. Sie sind alle entwickelte Länder. Unter ihnen gibt es mehrere Staaten, die früher andere Staaten ausgebeutet und unterdrückt haben. Und einige unter ihnen haben bis heute noch verschiedene Formen von kolonialistischen Beziehungen mit Staaten der Dritten Welt

beibehalten.

2. Sie werden gegenwärtig in verschiedenem Maße von dieser oder jener Supermacht dominiert, bedroht oder tyrannisiert und unter ihnen befinden sich einige der osteuropäischen Staaten, welche von den sowjetischen Sozialimperialisten tatsächlich in die Lage von Vasallen gebracht worden sind. Diese Staaten erheben in verschiedenem Maße die Forderung, die Herrschaft der Supermächte abzuschütteln und wollen ihre Unabhängigkeit und Souveränität bewahren..."<sup>174</sup>

Mit großer Genugtuung und ohne stärkere negative Einschränkungen sprechen die Verfasser dann von den großen Fortschritten, welche die EWG erzielt habe und geben eine überaus detaillierte Übersicht über die Positiva dieser Entwicklung.<sup>175</sup> Sie unterlassen es auch nicht, der Kooperation der EWG-Staaten mit den Staaten der Dritten Welt Lob zu spenden und unterstreichen dieseitens der EWG jenen Staaten gewährte Finanzhilfe.<sup>176</sup> Die Unterzeichnung des Abkommens von Lomé reflektiert nach ihrer Auffassung "den Wunsch der westeuropäischen Staaten nach noch dringlicherer Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt...", wie auch die Forderung der Dritten Welt, "die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den westeuropäischen Staaten zu entwickeln, unter der Bedingung, noch mehr vorteilhafte Konditionen zu erlangen."<sup>177</sup>

Diese wohlwollende Betrachtungsweise bezieht sich jedoch nicht nur auf die westeuropäischen Mitglieder der Zweiten Welt, sondern auf deren Mitglieder insgesamt: weil der Kampf gegen die Supermächte immer stärker werde, verlange die Dritte Welt die Zusammenarbeit mit der Zweiten Welt. Die Staaten der Zweiten Welt würden sich ihrerseits im Zuge des Kampfes gegen die Hegemonie und zum Schutz ihrer eigenen Interessen die Entwicklung der Beziehungen mit der Dritten Welt erhoffen. Schließlich wird nochmals ein Rückschwenk auf das offenbar besonders attraktive Beispiel EWG vollzogen und erklärt, das Abkommen von Lomé und die Aufnahme eines direkten Dialoges mit den arabischen Staaten unter Ausschluß der Supermächte stellten "in den neuen Beziehungen zwischen Zweiter und Dritter Welt einen guten Anfang dar."<sup>178</sup>

Dies korrespondiert mit der kurz vorher von den Autoren getroffenen Aussage:

'Heute müssen wir, um der Hegemonie der beiden Supermächte Widerstand zu leisten, alle die Staaten und Völker, welche von den Supermächten angegriffen, kontrolliert, mit Interventionen geplagt und schikaniert werden, vereinigen, um die breiteste vereinigte Front zu bilden. Die Zweite Welt ist eine solche Kraft, welche wir für die Vereinigte Front gewinnen können."<sup>179</sup>

Damit erscheint dargetan, daß sich die Wissenschaft in China die Kooperation von Zweiter und Dritter Welt auf Grundlage der Drei-Welten-Theorie vollkommen zu eigen gemacht hat. - Treu der Maxime, welche in dem vorher zitierten Buche ebenfalls enthalten ist:

"Die Drei-Welten-Theorie ist das führende Motto der Außenpolitik unseres Staates. Nur bei ernsthaftem Studium der Drei-Welten-Theorie kann sich unser Bewußtsein zur gründlichen Ausführung der revolutionären diplomatischen Linie erheben."<sup>180</sup>

Damit hat diese neue internationale Gemeinschaft, der sich China nunmehr zuordnet und die als breite und verhältnismäßig dauerhafte Basis für die Unterhaltung völkerrechtlicher Beziehungen angesehen werden kann, die theoretische Untermauerung und Billigung der chinesischen Doktrin gefunden. Dies bestätigt nicht nur das vorliegende internationale Problemen gewidmete Buch, sondern auch die bereits vorher zitierte Stellungnahme der chinesischen Völkerrechtler. Von der chinesischen Doktrin (wo sich Völkerrecht und internationale Beziehungen sehr eng mischen) werden auch bereits große Erfolge bei der Verwirklichung der neuen Linie vermerkt. In Kapitel 10 der neuesten Studie, auf die hier Bezug genommen wird, welches mit "Unsere Freunde sind überall auf der Welt" und "Großer Sieg der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao" überschrieben ist, findet sich eine Passage, welche die Wiederherstellung der Rechte in den Vereinten Nationen als großen Sieg würdigt. Unter anderem wird auch darauf hingewiesen, daß die Entwicklungsländer aus Anlaß der Zulassung der Pekinger Delegation in die Vereinten Nationen eine Feier veranstaltet und einige ihrer Vertreter Mao-Gedichte rezitiert hätten. Die Festigung der internationalen Stellung Chinas durch die Unterhaltung diplomatischer Beziehungen mit 107 Staaten zum Zeitpunkt des Februar 1976 wird von den Autoren als großer Erfolg der neuen Linie ebenfalls hervorgehoben.<sup>181</sup> Damit wurde in aller Deutlichkeit eine für eine auf breiter

Basis beruhende Völkerrechtsgemeinschaft positive Stellungnahme abgegeben. Sie steht in deutlichem Gegensatz zum chinesischen Werben der sechziger Jahre für eine revolutionäre Völkerrechtsgemeinschaft afro-asiatischer Staaten bzw. eine "Gegen-UNO" (vgl. Teil 1).

D. Die Gefährdung der neuen außenpolitischen Orientierung als Grundlage für eine neue chinesische Völkerrechtskonzeption durch das Intermezzo des verstärkten Einflusses der "Vier"

Die "Vier" aus Shanghai hätten gerne eine radikalere chinesische Außenpolitik gesehen, was die vorher beschriebene Basis für die Partizipation Chinas an einer Aktions- und Völkerrechtsgemeinschaft zwangsläufig geschwächt hätte.

In einer Rede vor Kadern aus dem Bereiche der auswärtigen Beziehungen, welche Jiang Qing dem Vernehmen nach im März 1975 gehalten hat, weicht die letzte Frau Mao Tse-tungs deutlich von der durch Tschu En-lai auf dem 10. Parteitag und dem 4. Nationalen Volkskongreß und Deng Xiao-ping auf der Rohstoffkonferenz vorgegebenen Linie einer guten Zusammenarbeit der Dritten mit der Zweiten Welt ab. Der Kreis der Freunde Chinas wird von ihr auf "schwarze, kleine und arme Freunde" beschränkt, während sie "weiße, große oder reiche Freunde" davon ausschließt.<sup>182</sup> Dieser von offizieller chinesischer Seite nicht bestätigten Rede Jiang Qings, welche trotz mangelnder Überprüfbarkeit in den Details doch zumindest eine Richtung angibt, kommt deshalb eine eminente Bedeutung zu, weil sich alle Exponenten der chinesischen Außenpolitik (s. oben C.) darüber einig sind, daß die von Mao Tse-tung angeordnete Analyse des Freund-Feind-Verhältnisses wesentliche Voraussetzung für eine korrekte chinesische Außenpolitik ist. Während aber die Anhänger der von Tschu En-lai deklarierten Außenpolitik das Feindverhältnis im wesentlichen auf die beiden Supermächte bzw. auf die Sowjetunion allein beschränken wollen (s. oben C.) hat Jiang Qing offensichtlich die Feindbilder der chinesischen Außenpolitik aus der Zeit der Kulturrevolution im Auge. Dies kommt auch in einem weiteren Passus der Rede zum Ausdruck, welcher frappant an das Verständnis der chinesischen Diplomaten als "rote diplomatische Kämpfer" (vgl. Teil 1) gemahnt. Als vorbildliche chinesische Diplomaten werden von Jiang

Qing jene hingestellt, welche Partei-,Staatsführung und Volk Chinas beim Kampf gegen die Imperialisten, Revisionisten und Reaktionäre im Ausland vertreten und an der Förderung der Revolution gemeinsam mit den revolutionären Völkern der Welt teilnehmen.<sup>183</sup>

Für ein Leisetreten der chinesischen Diplomatie, für eine bloß moralische Unterstützung ausländischer Revolutionen, wie sie dem Autor gegenüber 1972 in China deklariert worden ist und auch gegen Ende des oben oft zitierten Werkes über internationale Fragen zum Ausdruck kommt,<sup>184</sup> hatte Jiang Qing offensichtlich nichts übrig. Auch Wang Hungwen, ein anderer der "Vier", hatte sich bereits 1972 auf dem 10. Parteitag von Tschu En-lais Interpretation der internationalen Lage abgesetzt. Wang erklärte, ohne die von Tschu En-lai getroffene Differenzierung, beide Supermächte zu Hauptfeinden und trat überdies für den Kampf "gegen die Reaktionäre aller Länder" ein.<sup>185</sup> Offenbar fürchteten die "Vier", man könnte über dem Kampf gegen den "Sozialimperialismus" den Kampf gegen den Imperialismus und für die Weltrevolution vernachlässigen.

Wie der Verfasser im Januar 1977 aus dem Kreis japanischer China-Experten erfahren konnte, sind über diese theoretischen Erörterungen hinaus konkrete Probleme der chinesischen Außenpolitik seitens der "Vier" zum Anlaß genommen worden, um die breite Einheitsfront der Drei-Welten-Theorie heftig zu kritisieren. Die "Vier" behaupteten, das Versagen der chinesischen Hilfe für die UNITA in Angola und die in ihren Augen unzureichenden Ergebnisse von Deng Xiaopings Europa-Besuch seien deutliche Anzeichen für eine verfehlte Führung der chinesischen auswärtigen Angelegenheiten.

Im Rahmen der ab Beginn 1976 laufenden Anti-Deng-Kampagne wurde seitens der "Vier" die Bedeutung des Klassenkampfes nicht nur für den innerstaatlichen Bereich besonders hervorgehoben. Die Renaissance der kulturevolutionären Ambitionen der "Vier" sollte auch durch die Erstveröffentlichung zweier Gedichte Mao Tse-tungs aus jener Zeit Unterstützung finden. Das Gedicht "Gespräch zweier Vögel" bezieht sich auf den damaligen internationalen Bereich und schließt mit dem vielsagenden Satz: 'Sieh', die Welt wird umgewälzt!'

Die "Vier" gedachten, jene zeitbezogene Aussage Mao Tse-tungs für ihre Zwecke zu adaptieren und aktualisieren, sowie zur Verwirklichung beizutragen. Daß sie eine einschnei-

dende Veränderung der chinesischen Außenpolitik und damit einen Schlag gegen die Drei-Weltentheorie im Sinne hatten, davon zeugt die Tatsache, daß sie den gegenwärtig im Bereich der auswärtigen Beziehungen aktiven Kadern offensichtlich kein Vertrauen entgegenbrachten. Sonst hätten Wang Hungwen und Zhang Chun-qiao nicht in Shanghai künftige Botschafter ihres Vertrauens auf die Aufgabe vorbereitet, die chinesischen diplomatischen Missionen im Ausland zu übernehmen.<sup>186</sup>

Deutlichen Niederschlag haben die Ambitionen der "Vier" in der (wie üblich nicht von ihm, sondern von einem Kollektiv verfaßten) Rede des Ex-Außenministers Qiao Guan-hua vor der UN-Generalversammlung vom 15. Oktober 1976 gefunden. Hatte er noch 1975 lobende Worte für die Kooperation der Dritten mit der Zweiten Welt (siehe oben C.), so war 1976 dieser Passus weggelassen worden. Im Gegensatz zu der Sprachregelung der früheren Jahre, daß einige Länder der Zweiten Welt zu Ländern der Dritten Welt noch koloniale Beziehungen unterhalten, erhebt Qiao Guan-hua im Jahre 1976 einen pauschalen Vorwurf:

"Die entwickelten Länder der Zweiten Welt unterdrücken und beuten die Länder der Dritten Welt aus, doch sind sie zugleich selbst der Unterdrückung, Ausbeutung, Kontrolle und Bedrohung durch die Supermächte ausgesetzt."<sup>187</sup>

Die dadurch zum Ausdruck gebrachte Abschwächung des guten Verhältnisses und der Aktionsgemeinschaft mit der Zweiten Welt wird dann durch die nachfolgenden Sätze noch verstärkt. Ähnlich wie Jiang Qing geht auch Qiao Guan-hua in seiner (unter dem Einfluß der chinesischen Führung in ihrer damaligen Zusammensetzung zustande gekommenen) Rede von der Abklärung des Freund-Feind-Verhältnisses aus. Ähnlich wie Jiang Qing kommt er zu einer revolutionär akzentuierten Antwort, welche sogar in ihrer grundsätzlichen Bedeutung über die von Jiang Qing gefundene Formulierung hinausgeht:

"Der Vorsitzende Mao Tse-tung hat erklärt: 'Wer sind unsere Feinde? Wer sind unsere Freunde? Das ist eine Frage, die für die Revolution erstrangige Bedeutung hat.' Die Konzeption des Vorsitzenden Mao von den drei Welten gibt den Proletariern, den unterdrückten Nationen und unterdrückten Völkern aller Länder auf dem Feld des internationalen Klassenkampfes die Kampfrichtung an."<sup>188</sup>

# AIR FRANCE

OFFERIERT  
ALS ERSTE EUROPÄISCHE  
FLUGGESELLSCHAFT  
DIE RASCHESTE VERBINDUNG  
NACH PEKING.

## WIEN – PEKING

*wöchentlich*

---

JEDEN DIENSTAG ÜBER ATHEN

---

AB WIEN	11.35 Uhr	OS 871
AN ATHEN	15.50 Uhr	
<hr/>		
AB ATHEN	18.45 Uhr	AF 178
AN PEKING	13.40 Uhr	

---

RÜCKFLUG JEDEN DONNERSTAG

---

AB PEKING	18.10 Uhr	AF 179
AN PARIS	06.55 Uhr	
<hr/>		
AB PARIS	11.10 Uhr	AF 782
AN WIEN	12.10 Uhr	

---

Interpretiert man diese Passage im Kontext mit der vorhergehenden, so liegt der Schluß nahe, daß unter dem Einfluß der "Vier" die "Mediatisierung" der nationalen Klassenkämpfe innerhalb der Zweiten Welt (s.oben C) zugunsten einer Aktionsgemeinschaft mit den anderen unterdrückten Staaten gegen die Supermächte nach Ansicht der "Vier" zumindest abgeschwächt werden sollte. Damit wäre auch die neue breite Basis für die neue chinesische Völkerrechtskonzeption ernsthaft ins Wanken geraten.

#### E. Die Neukonsolidierung unter der Führung Hua Guo-fengs

Eine Überprüfung der unter der Führung Hua Guo-fengs verwirklichten gegenwärtigen chinesischen Politik zeigt die Rekonsolidierung der von Tschu En-lai deklarierten Grundsätze auf allen Gebieten. War vorher unter dem Einfluß der "Vier" der Klassenkampf als Hauptkettenglied extrem betont worden, so ist es heute die gute, geordnete Führung des Landes.<sup>189</sup> Gewiß wird auch gegenwärtig dem Klassenkampf große Bedeutung zugemessen, doch sieht man ihn durch den Kampf gegen die "Vier" und die von ihnen vertretenen Prinzipien weitgehend verwirklicht.<sup>190</sup>

Die Aktualität der früher beschriebenen, für die Existenz einer neuen chinesischen Völkerrechtskonzeption unumgänglichen Prinzipien Tschu En-lais konnte vom Autor selbst durch die Mitwirkung an der Vorstandsdelegation des Österreichischen China-Forschungsinstitutes zu Beginn dieses Jahres persönlich überprüft werden. Die Delegation wurde am 3. Januar 1977 vom Stv. Vorsitzenden des Volkskongresses, Tan Zhen-lin empfangen, der unmißverständlich ausdrückte, daß die politischen Richtlinien von Mao Tse-tung festgelegt, die Art ihrer Durchführung aber durch die Arbeit Tschu En-lais vorgegeben sei.<sup>191</sup> Im Rahmen seiner Ausführungen gab er auch den klaren Hinweis, daß seitens der "Vier" die Außenpolitik durchkreuzt worden sei.<sup>192</sup> Daß man sich in China wieder vollkommen zur Drei-Welten-Theorie in ihrer alten Interpretation bekennt, bestätigte in noch detaillierterer Weise ein bekannter hoher Funktionär, welcher der Delegation die Auswertung seiner Aussagen gestattete, jedoch anonym bleiben wollte. Zur Frage der drei Welten führte er in vollkommener Übereinstimmung mit den früher zitierten Aussagen Tschu En-lais, Deng Xiao-pings und der chinesischen Doktrin aus:<sup>193</sup>

"Die Theorie der Drei Welten wurde durch Mao Tse-tung aufgestellt. Das Schicksal der Menschheit wird durch die Mehrheit der Völker entschieden. Die Erste Welt sind die beiden Supermächte USA und UdSSR, der alte Imperialismus und der Sozialimperialismus. Supermächte sind Mächte, welche zahlreiche Atomwaffen in der Hand haben und welche zweitens Expansionismus und Aggression betreiben. Drittens sind beide Supermächte in der Lage, einen neuen Weltkrieg vom Zaun zu brechen.

Die Dritte Welt sind Afrika, Asien und Lateinamerika. Diese wurden früher politisch diskriminiert und unterdrückt. Wirtschaftlich sind sie Entwicklungsländer. Wissenschaftlich und kulturell sind sie unterentwickelt.

Die Bevölkerung der Dritten Welt macht einen großen Teil der Menschheit aus. In Asien sind es 2,1 Milliarden, in Afrika 400 Millionen, in Lateinamerika 300 Millionen. Selbstverständlich sind die Verhältnisse auch nicht überall gleich, aber alle sind gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. Deshalb ist die Dritte Welt die Hauptstoßkraft gegen die beiden Supermächte.

Zwischen diesen beiden Welten befindet sich die Zweite Welt: Kanada, Europa und Japan. Diese Länder sind hochentwickelt. Selbstverständlich gelten für sie zwei Charakterzüge, welche sich nicht ganz einheitlich darbieten. In der Zweiten Welt gibt es Länder, welche versuchen, die wirtschaftlich schwachen der Dritten Welt zu beherrschen. Aber es gibt auch einen anderen Aspekt. Alle diese Länder sind gegen die Kontrolle der Supermächte. Deshalb bilden die Länder der Zweiten Welt eine Kraft, welche man zusammenschließen kann, um gegen den Hegemonismus der Supermächte zu kämpfen."

Auf dieser neu gefestigten Grundlage können die chinesischen Praktiker und Theoretiker des Völkerrechtes aufbauen und - wie die im nachfolgenden Abschnitt wiedergegebenen Fachgespräche zeigen - haben sie auch die Absicht, dies zu tun.

#### F. Aktueller Stand der Befassung mit dem Völkerrecht in China und Ausblick

Im Verlaufe von Gesprächen mit kompetenten Beamten des chinesischen Außenministeriums sowie mit Prof. Chou Mi, Mitglied der juristischen Fakultät der Peking-Universität,

konnte im Januar 1977 abgeklärt werden, in etwa welchem Umfang heute in China Völkerrecht betrieben wird. Außerhalb der Universitäten, so erklärten die Praktiker, werde Völkerrecht vornehmlich am Institut für internationale Fragen und im Rahmen des Völkerrechtsbüros im chinesischen Außenministerium betrieben. Am Institut für internationale Fragen, das mehrere hundert Mitarbeiter beschäftigt, befaßt man sich seit 1972/73 mit dem Völkerrecht. Das Institut hat seinen Sitz in Peking. Beim Völkerrechtsbüro im chinesischen Außenministerium handelt es sich um eine Unterteilung der größeren Abteilung, welche für internationale Organisationen und Völkerrecht zuständig ist. Die Mitarbeiter kommen von der Universität und werden nebenberuflich völkerrechtlich ausgebildet. Dabei spielt die Praxis - das heißt die Teilnahme an Konferenzen - eine große Rolle. Die Zahl der Völkerrechtsspezialisten an der erwähnten Abteilung ist angewachsen und umfaßt zehn der Gesamtzahl von fünfzig Personen.

Die Situation im Universitätsbereich kann aufgrund eines vom Verfasser am 4.1.1977 mit Prof. Chou Mi und mehreren seiner Fakultätskollegen an der Peking-Universität geführten Gespräches erhellt werden. Prof. Chou Mi führte aus, daß es im Rahmen des juristischen Lehrplanes gegenwärtig zwar eine kurze Einführung in das Völkerrecht von ein paar Stunden gebe, deren Besuch Pflicht sei, dies könne aber nicht als richtiger Völkerrechtsunterricht im Sinne eines im Lehrplan berücksichtigten Faches aufgefaßt werden. Dafür sei die Stundenzahl nicht ausreichend. Dies stehe zum früheren rechtswissenschaftlichen Stundenplan in Gegensatz, der das Völkerrecht als echtes Fach im Umfang von mindestens insgesamt 100 Stunden vorgesehen habe. Prof. Chou Mi bestätigte auch die vom Verfasser bereits 1973 an der Fakultät in Erfahrung gebrachte Tatsache, daß der berühmte Professor für Völkerrecht und internationale Beziehungen Wang Tie-ya, welcher 1957 für einige Zeit in das Kreuzfeuer der Kritik geraten war (s. oben, Teil 1, unter C.), wiederum an der juristischen Fakultät der Peking-Universität arbeitet. Prof. Wang Tie-ya sei Anfang der sechziger Jahre wiederum an die Fakultät zurückgekehrt, habe aber vor und während der Kulturrevolution nicht unterrichtet, sondern sich Spezialproblemen der Forschung gewidmet. Prof. Chou Mi bestätigte dem Verfasser auch seine 1973 eingeholte Information, daß von den ca. 70 Lehrern an der juristischen Fakultät der Peking-Universität ca. ein Zehntel Völkerrechtler sind.

Ebenso ist es dem Verfasser gelungen, bezüglich der unmittelbar heranstehenden Aufgaben der völkerrechtlichen Praktiker und Theoretiker einige Fakten festzustellen. In dem mit Kadern des Außenministeriums geführten Gespräch wurde deutlich, daß sie (und wohl auch die Theoretiker) nach wie vor die Aufgabe vor sich sehen, die Völkerrechtskonzeption dem Wechsel der außenpolitischen Orientierung anzupassen. Auf die Frage nach der Reformbedürftigkeit des Völkerrechtes wurde geantwortet:

"Wir sind deshalb für Reformen im Völkerrecht, weil sich das Völkerrecht hauptsächlich zwischen den Imperialisten entwickelt hat. Jetzt gibt es viele neue Staaten, die früher keine Völkerrechtssubjekte waren."

Um sich nochmals zu vergewissern, daß diese seit Anfang der siebziger Jahre geltende, an den Argumenten der Entwicklungsländer orientierte Auffassung auch eine neue Basis für die chinesische Völkerrechtskonzeption gezeitigt hat, stellte der Verfasser dann folgende Frage:

"Früher ist aber die Reform des Völkerrechts durch China eher unter dem Schlagwort betrieben worden, daß es den Prinzipien des Marxismus-Leninismus widerspricht. Wie ist Ihre Aussage damit in Einklang zu bringen?"

Die Antwort:

"Die Verhältnisse haben sich geändert und die Sowjetunion ist heute ein sozialimperialistischer Staat."

Damit wurde chinesischerseits nochmals bekräftigt, daß man sich vom Konzept einer sozialistischen Völkerrechtsgemeinschaft langfristig abgewendet hat. Hinsichtlich der Möglichkeit des Bestehens verschiedener Systeme des Völkerrechtes bzw. eines allgemeinen Völkerrechtes herrscht zur Zeit noch keine Klarheit. Bezüglich der Existenz eines oder mehrerer Systeme des Völkerrechtes wird laut Auskunft der chinesischen Gesprächspartner noch geforscht. Die Frage, ob es ein für China und die kapitalistischen Staaten gemeinsames Völkerrecht gebe, wurde als kompliziert bezeichnet. Dazu kam noch der Kommentar, daß jeder Staat seine eigene Interpretation vom Völkerrecht habe. Das Völkerrecht sei nicht so klar wie das innerstaatliche Recht. Auf die Frage, ob die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz vielleicht eine gemeinsame Basis abgeben könnten, erteilte man die Antwort, daß die gemeinsame Meinung der Supermächte anders laute. Damit

wurden aber nur die Supermächte - hinsichtlich ihrer Gewilltheit, Normen zu befolgen - chinesischerseits nicht in die gemeinsame Basis internationaler und völkerrechtlicher Beziehungen eingeschlossen.

auf die Frage nach Sachbereichen der von China angestrebten Völkerrechtsreform wurde geantwortet, das aktuellste sei das See-recht. Gegenwärtig strebe man keine anderen Reformen an, doch sei man grundsätzlich für eine Reform des gesamten Völker-rechtes.

Prof. Chou Mi wußte zu berichten, daß man innerhalb der juristischen Fakultät der Peking-Universität nach einem langjährigen Ruhen der Publikationstätigkeit nunmehr daran gehe, neue Lehrbücher vorzubereiten. Wann mit einem Völkerrechtslehrbuch zu rechnen ist, konnte er allerdings nicht sagen. Auf das eventuelle Neuerscheinen von Fachzeitschriften befragt, gab er Auskunft, daß viele für die neuerliche Herausgabe der Zeitschrift Zhengfa Yanjiu (Studien in Politik und Recht) eintreten und daß ihre Reaktivierung nicht unwahrscheinlich sei. Damit stünde wiederum ein Publikationsorgan zur Verfügung, in dem bis in die sechziger Jahre des öfteren wichtige völkerrechtliche Beiträge erschienen waren.

Sowohl von Universitätsseite wie auch vom Außenministerium her betrachtete man den Sturz der "Vier" als wesentliche Voraussetzung für eine intensivere Befassung mit dem Völkerrecht. Besonders akzentuiert war die Äußerung, welche von den Praktikern kam: "Die Beseitigung der Viererbande wird eine positive Auswirkung auf die Pflege des Völkerrechtes haben. Die Viererbande hat die Linie Mao Tse-tungs durchkreuzt."

Dies alles scheint die Schlußfolgerung zu erlauben, daß die Zeichen für eine intensivere und langfristige Befassung mit dem Völkerrecht in der VR China noch nie so günstig standen wie heute. Vermehrung der einschlägigen Dienstposten im Außenamt und im akademischen Bereich, neue Ansätze zur systematischen Forschung, die Vorbereitung neuer Publikationen - all das spricht von ernsthaften chinesischen Absichten, sich mit dem Völkerrecht auf einer neuen Basis intensiver als bisher auseinanderzusetzen. Dies wird weder vom isolierten akademischen Nachvollzug westlicher Konzeptionen noch vom sklavischen Nachvollzug des sowjetischen Modells bestimmt sein. Es scheint, daß man heute in China versucht, sich von einem chinesischen Ansatz her das Verständ-

nis für die internationale Rechtsordnung zu eigen zu machen. - Bis jetzt war dies die erfolgreichste Methode der Auseinandersetzung Chinas mit fremden Konzeptionen und Systemen, wobei der Einfluß aber bisher stets wechselseitig war. So könnte man prognostizieren, daß Chinas neues eigenständiges völkerrechtliches Engagement a la long nicht ohne Einfluß auf die internationale Rechtsordnung bleiben wird. Gerade darum läßt sich aber ebenfalls vorhersagen, daß eben dieses Engagement China in die Völkerrechtsgemeinschaft integrieren und eine kontinuierliche Pflege der Völkerrechtswissenschaft in China sichern wird.

#### Anmerkungen:

Anmerkungen 1-70 finden sich nach dem 1. Teil auf den Seiten 28-30

- 71) S. Melvin Gurtov, "The Foreign Ministry and Foreign Affairs during the Cultural Revolution", in: The China Quarterly, Nr. 40, Okt./Dez. 1969, S. 73; Gerd Kaminski, "Chinesische Positionen zum Völkerrecht, Berlin, 1973, S. 235-237.
- 72) S. Allen S. Whiting in seinem Beitrag zu "China's New Diplomacy - A Symposium", in: Problems of Communism, Nr. 20, Nov./Dez. 1971, S. 2.
- 73) Vgl. etwa Rede Tschu En-lais zum rumänischen Nationalfeiertag, in: Peking Rundschau, Nr. 34, 27. August 1968, S. 9 sowie Lin Biao, Bericht auf dem 9. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, 1969, S. 98f.
- 74) S. Jerome Alan Cohen, Hungdah Chiu, "People's China and International Law" Princeton, 1974, Bd. 2, S. 1295.
- 75) S. Gerd Kaminski, "China in der UNO u. die internationale Rechtsordnung", in: Kaminski, Gransow, Weggel, Nakajima, Weiss, "China und die Vereinten Nationen", Wien, 1976, Nr. 8 der Berichte des Österreichischen China-Forschungsinstitutes, S. 8.
- 76) Bericht des Christian Science Monitor vom 25. Sept. 1970.
- 77) vgl. Mao Tse-tung, "Über die demokratische Diktatur des Volkes", in: Ausgewählte Werke, Bd. 4, Peking, 1969, S. 442.
- 78) S. Pierre M. Perrolle (Hrsg.), "Mao Tse-tung: Previously Untranslated

- Documents (1957-1967)", in: Chinese Law and Government, Bd. 9, Nr. 3, S.32.
- 79) S. ibd., S. 91.
- 79a) vgl. auch Mao Tse-tung, "Mao Ze-dong Xuanji", Bd. 5, Peking, 1977, S.318ff.
- 80) Rede Qiao Guan-huas vor der Politischen Abteilung der Garnison von Tientsin am 20. Mai 1975 (keine offizielle chinesische Version), in: Chinese Law and Government, Bd. 9, Nr. 1/2, Frühling/Sommer, 1976, S. 16; vgl. dazu auch Peter J. Opitz, "Die chinesisch-amerikanische Annäherung" (working paper, welches vor der Veröffentlichung steht) Wien, 1977.
- 81) S. Da Guang, "Ministerpräsident Tschu En-lai an der Spitze der Kulturrevolution", in: China-Report, Nr. 34, 1977, S. 25.
- 82) S. Gerd Kaminski, "China-Taiwan", Frankfurt, 1971, S. 83-85.
- 83) S. ibd., S. 86.
- 84) S. ibd., S. 88-91
- 85) Mao Tse-tung, "Die chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas", Dezember 1939, in: "Ausgewählte Werke", Bd. 2, Peking, 1968, S. 37off.
- 86) S. ibd., S. 457-531.
- 87) S. "Der 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas - Dokumente", Peking, 1973, Verlag für fremdsprachige Literatur, S. 26.
- 88) S. ibd., S. 27.
- 89) S. ibd., S. 29.
- 90) S. ibd., S. 29-32
- 91) S. ibd., S. 32f.
- 92) S. Mao Tse-tung, "Ausgewählte Werke", Bd. 2, S. 37of.
- 93) S. ibd.
- 94) Vgl. die "Kunming-Dokumente" (keine offizielle chinesische Version) in: Chinese Law and Government, Bd. 8, Nr. 1, Frühling 1975, S. 3off.
- 95) "Rede von Deng Hsiao-ping, dem Leiter der Delegation der Volksrepublik China auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung", Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, 1974, S. 2.
- 96) Mao Tse-tung, "Mao Ze-dong Xuanji", Bd. 5, Peking, 1977, S. 341.
- 97) "Rede von Deng Hsiao-ping, dem Leiter der Delegation der Volksrepublik China auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung", S. 2.
- 98) S. ibd., S. 4.
- 99) S. ibd., S. 19.
- 100) S. ibd., S. 3f.
- 101) S. ibd., S. 7f.
- 102) S. "Dokumente der 1. Tagung des 4. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China", Verlag f. fremdsprachige Lit. Peking, 1975, S. 53.
- 103) S. ibd., S. 66f.
- 104) S. "Rede Tjiao Guan-huas, Delegationsleiter der Volksrepublik China, auf der Plenarsitzung der 30. Tagung der UNO-Vollversammlung", Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, 1975, S. 4.
- 105) S. Lin Biao, "Bericht auf dem 9. Parteitag der KPCH", Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, 1969, S. 108f.
- 106) S. Hungdah Chiu, "Mainland China and International Law: A General Observation", in: Issues and Studies, Bd. 12, Nr. 6, Juni, 1976, S. 84f.
- 107) Abgedruckt in: Peking Rundschau Nr. 18, 6. Mai 1975, S. 8.
- 108) Vgl. Kaminski, "Chinesische Positionen zum Völkerrecht", S. 194-198.
- 109) Vgl. dazu auch Gerd Kaminski, "Neuere chinesische Positionen zum Völkerrecht", in: China-Report, Nr. 23, 1975, S. 8.
- 110) S. Nieh Yu-hsi, "Pekings erstes Jahr in der UNO", in: China aktuell, Jg.1, Nr.11, Dezember 1972, S. 16-18.
- 110a) Vgl. dazu auch Robert Heuser, "Die Volksrepublik China auf Konferenzen der Vereinten Nationen: auf dem Wege zu neuen Anschauungen im Völkerrecht?", in: Internationales Asienforum, Jg. 7, Nr. 3/4, September 1976, S. 232ff.
- 111) S. Kaminski, "Neuere chinesische Positionen zum Völkerrecht", S. 5.
- 112) S. Gerd Kaminski, "China in der UNO und die internationale Rechtsordnung", S. 8.
- 113) S. Hsinhua-Bulletin, Nr. 5297, 27. August 1972, S. 4.
- 114) S. ibd.
- 115) Unter legitime Selbstverteidigung fallen nach chinesischer Ansicht - wie auch aus diesem Dokument hervorgeht - insbesondere die nationalen Befreiungskriege. - S. "Erklärung der Regierung der Volksrepublik China" vom 29. Oktober 1971, in: "Unwiderstehliche historische Strömung", Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, 1971, S. 3: "Aggression und Intervention sind mit der UNO-Charta unvereinbar. Die Regierung der Volksrepublik China und das chinesische Volk treten stets gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus auf und unterstützen die unterjochten Nationen und unterdrückten Völker in ihrem gerechten Kampf für nationale Befreiung, gegen fremde Einmischung, für Herrschaft über ihre eigenen Geschicke."
- 116) S. ibd., S. 2.

- 17a) S. Kaminski, "China i.d.UNO...", S.6f.
- 17) Vgl. Nieh Yu-hsi, "Pekings erstes Jahr in der UNO", S. 15.
- 18) S. Gerd Kaminski, "Neutralität - eine Chance für die Staaten Südostasiens?"; in: "China und die Dominotheorie", Nr. 4 der Berichte des Österreichischen China-Forschungsinstitutes, Wien, 1976, S. 67-102; idem, "Ändert sich Chinas Haltung zur bewaffneten Neutralität?", in: China-Report, Nr. 28, 1976, S. 5-11.
- 19) S. Hsinhua-Bulletin, Nr. 5677, 20. September 1973, S. 3f.
- 20) S. Hsinhua-Bulletin, Nr. 5887, 23. April 1974, S. 3f.
- 21) S. Hsinhua-Bulletin, 24. Juni 1973, S. 14.
- 21a) S. Hsinhua-Bulletin Nr. 5616, 20. Juli 1973, S. 9; Nr. 6394 vom 23. September 1975, S. 22; vom 18. Oktober 1975, S. 2 (Nr. 6419); Nr. 6465 vom 3. Dezember 1975, S. 9.
- 22) S. Kaminski, "China in der UNO und die internationale Rechtsordnung", S. 9.
- 23) S. ibd., S. 9f.
- 24) S. ibd., S. 10f.
- 25) S. Shen Jun-ru, "On the indictment and Punishment of War Criminals - An Address at the 5th Congress of the International Union of Democratic Jurists"; Supplement to People's China, Bd. 4, Nr. 6, 16. September 1951, S. 4; vgl. auch Gerd Kaminski, "Neue Aspekte der chinesischen Haltung zum Gewaltverbot", in: China-Report, Nr. 26/27, 1976, S. 21f.
- 26) "Was steckt hinter der sowjetrevisionistischen 'Definition der Aggression!'" in: Peking Rundschau, Nr. 22 vom 3. Juni 1969, S. 16.
- 28) Vgl. Joachim Glaubitz, "Die Vereinten Nationen als Instrument der chinesischen Außenpolitik", SWP, 1974, S. 17.
- 29) S. Kaminski, "China in der UNO und die internationale Rechtsordnung", S. 13f.
- 30) S. ibd., S. 14.
- 31) Vgl. die Ausführungen des chinesischen Delegierten Wang Jun-sheng vor der 3. Kommission der UN-Generalversammlung:  
"The evils of racial discrimination and apartheid are rooted in the aggression and domination by imperialism and colonialism. The white racists of South Africa and Rhodesia dare to be so rampant in pushing their policies of racial discrimination and apartheid and repressing the Southern Africa's people's struggles for the freedom and liberation, because they have the energetic support of imperialism, colonialism and neo-colonialism. - S. Hsinhua-Bulletin, Nr. 5343, 13. Oktober 1972, S. 3.
- 132) S. Hsinhua-Bulletin, 18. Oktober 1975, S. 4.
- 133) S. Rede des chinesischen Delegierten Wang Jun-sheng anlässlich der Debatte einer Resolution gegen den Kolonialismus in der Dritten Kommission der UN-Generalversammlung. - Hsinhua-Bulletin, 2. Dezember 1972, S. 15.
- 134) S. Hsinhua-Bulletin, Nr. 6069, 25. Oktober 1974, S. 3.
- 135) In Ergänzung der über die Angola-Frage gebrachten Zitate siehe auch die Erklärung des chinesischen Delegierten Wu Miao-fa zur Frage Rhodesien: "The only solution to the question of Rhodesia is to respect the Zimbabwe people's right to self-determination, give them energetic political, moral and material support in their just struggle to overthrow the Smith racist regime and win national liberation and let the Zimbabwe people achieve complete national independence free from interference by any imperialist forces. The Chinese delegation will not agree to and firmly oppose anything that goes against this principle." - Hsinhua-Bulletin, Nr. 5869, 3. April, 1974, S. 13.
- 136) S. Kaminski, "China in der UNO und die internationale Rechtsordnung", S. 14-17.
- 137) S. etwa "Chinese representative to UN declares Chiang Kai-shek clique's signature on treaty of peaceful uses of outer space null and void" in: Hsinhua-Bulletin, 22. Oktober 1972, S. 9.
- 138) S. Hsinhua-Bulletin, Nr. 5351, 21. Oktober 1972, S. 4.
- 139) S. Hsinhua-Bulletin, Nr. 5387, 26. November 1972, S. 6.
- 140) S. ibd.
- 141) S. dazu Hersch Lauterpacht, "Recognition in International Law", Cambridge, 1947, S. 97; Josef Kunz, "Die Anerkennung der Staaten im Völkerrecht" (Handbuch des Völkerrechts, hrsggb. von Stier-Somlo, 3. Abt., 2. Bd.) Stuttgart 1928, S. 138; J. Spiropoulos, "Die De-facto-Regierung im Völkerrecht", Kiel, 1926, S. 30; Rudolf L. Bindschedler, "Die Anerkennung im Völkerrecht", in: Archiv des Völkerrechts, Bd. 9, 1961/62, S. 384.
- 142) S. Quincy Wright, "Some Thoughts

# Urlaub macht das Leben reicher.

Vergessen Sie, daß zu Hause der Alltag weitergeht.  
Von Ihrem BAWAG-Konto erledigen wir alle  
Zahlungen und legen auch  
noch Geld für Sie aus  
falls Ihr Konto ins  
Minus rutschen sollte . . .

Darum: Vor dem Urlaub  
rasch einen Sprung zur  
BAWAG.

Auch Ihr Urlaubsgeld  
wechseln wir gerne.



**BAWAG**

Impulse für morgen.

**BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT**

- about Recognition", in: American Journal of International Law, Bd. 44, 1950, S. 553.
- 43) S. Rede Huang Huas vor der UNO-Generalversammlung vom 26. November 1974, in: Hsinhua-Bulletin, Nr. 6103, 28. November 1974, S. 3.
- 44) S. die Ausführungen des chinesischen Delegierten Zhuang Yan vor dem Vollmachtausschuß der Vereinten Nationen (Debatte zwischen dem 13. und 17. Dezember 1973):  
 "As far as the Cambodian people are concerned, they have long made their choice. They firmly support the Royal Government of the National Union of Cambodia. They have won increasingly great victories in their just punitive actions against the Lon Nol clique. They are supported not only by the people of the surrounding countries but also by the people of the rest of the world, including the American people. It is an irresistible trend which no force on earth can stop that the lawful rights of the R.G.N.U.C. in the United Nations will be restored and the Lon Nol clique will be expelled from the United Nations and all its related bodies."  
 - Hsinhua-Bulletin, Nr. 5767, 18. Dezember 1973, S. 9.
- 45) S. Kaminski, "Neuere chinesische Positionen zum Völkerrecht", S. 9.
- 46) Früher hatte China in Anlehnung an sowjetische Vorstellungen die Meinung vertreten, das Küstenmeer solle in Übereinstimmung mit den Bedingungen des jeweiligen Staates festgelegt werden, zwölf Seemeilen im allgemeinen jedoch nicht überschreiten. - Vgl. Kaminski, "Chinesische Positionen zum Völkerrecht", S. 257.
- 47) S. Peking Rundschau, Nr. 15, 17. April, 1973, S. 12f.
- 48) S. Peking Rundschau, Nr. 34, 29. August 1972, S. 14.
- 49) S. ibd., S. 15.
- 50) S. Hsinhua-Bulletin, Nr. 6618, 9. Mai 1976, S. 13.
- oa) Es gab neue detailliertere vor allem gegen die Sowjetunion gerichtete Vorwürfe: der sowjetische Vorschlag, den vom Küstenstaat in seiner Wirtschaftszone nicht genützten Fischreichtum abschöpfen zu dürfen, sei eine Kastrierung der Wirtschaftszone der zahlreichen kleinen und mittelgroßen Staaten, aus deren Gewässern die Sowjetunion zur Zeit 90% ihres jährlichen Fischfanges bestreite; ihrerseits vertreibe die Sowjetunion andere - z.B. japanische Fischer - aus Fanggründen, welche sie sich angemäht habe; was ihr Verlangen nach freier wissenschaftlicher Erforschung der See angehe, so sei dies nichts anderes als versuchte Spionage. Den Vereinigten Staaten wurde von chinesischer Seite vorgeworfen, sie wollten sich bei der Ausbeutung des Meeresuntergrundes angesichts ihrer technologischen Überlegenheit gegenüber den Entwicklungsländern ungerechtfertigte Vorteile verschaffen. - S. Hsinhua-Bulletin, Nr. 6986, 22. Mai 1977, S. 11f.
- 15ob) S. ibd., S. 11.
- 15oc) S. ibd., S. 12.
- 15od) Als optimales Demonstrationsobjekt hat die Praxis innerhalb der Vereinten Nationen gedient, wobei in einer Studie, welche dem grundsätzlichen Verhalten Chinas zum Völkerrecht gewidmet ist, manche Details vernachlässigt werden mußten. Diese können einer besonderen Studie des Verfassers mit dem Titel "China in der UNO und die internationale Rechtsordnung" entnommen werden, welcher der obenstehende Abschnitt a) weitgehend folgt und auf die zu verweisen an dieser Stelle gestattet sei. (In: "China und die Vereinten Nationen", Wien, 1976, Nr. 8 der Berichte des Österreichischen China-Forschungsinstitutes)
- 151) Bezüglich weiterer Details siehe Kaminski, "Chinesische Positionen zum Völkerrecht", S. 193 sowie idem, "Neuere chinesische Positionen zum Völkerrecht", S. 9.
- 152) Dies erfuhr der Verfasser vom Chef des Völkerrechtsbüros im chinesischen Außenministeriums im Januar 1977.
- 153) S. "Who's Who in Communist China", Union Research Institute, Hongkong, 1969, Bd. 1, S. 461.
- 154) S. Liu Si-mu, "Zhanhou shijie zhengzhi-dili jianghua (Vortrag über die politische Geographie der Nachkriegszeit), Hongkong, 1947, Nachwort, S. 101.
- 155) S. ibd., S. 3.
- 156) S. "Guoji wenti jichu zhishi" (Grundlagenwissen über internationale Probleme), hrsggb. von einem Autorenkollektiv, Shanghai, Mai 1976, erste (unnummerierte) Seite.
- 157) S. Liu Si-mu, "Zhanhou shijie zhengzhi-dili jianghua", S. 11.
- 158) S. Lin Biao, "Bericht auf dem 9. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas", Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, 1969, S. 98f.
- 159) Vgl. etwa "The Brezhnev Clique is Following in Hitler's Footsteps" (Comment.

- by Hsinhua Correspondent) in: "Ugly Features of Soviet Social-Imperialism" Foreign Language Press, Peking 1976, S.10-18 (zuerst veröffentlicht in: Renmin Ribao, 2.Juli 1975).
- 160) S. "Guoji wenti jichu zhishi", S.132.
- 161) S. Liu Si-mu, Zhanhou shijie zhengzhidili jianghua", S.11.
- 162) S. "Guoji wenti jichu zhishi", S.31.
- 163) S. ibd., S.26.
- 164) S. ibd.
- 165) S. ibd., S.26f. - Die Angaben werden dort noch detailliert mit Zahlen belegt.
- 166) S. ibd., S.27.
- 167) S. ibd., S.28.
- 168) S. ibd.
- 169) S. ibd.
- 170) S. ibd., S.21.
- 171) S. ibd., S.22.
- 172) S. ibd., S.29.
- 173) S. ibd., S.30.
- 174) S. ibd., S.71.
- 175) S. ibd., S.72ff.
- 176) S. ibd., S.75.
- 177) S. ibd., S.75f.
- 178) S. ibd., S.88.
- 179) S. ibd.
- 180) S. ibd., S.31.
- 181) S. ibd., S.159.
- 182) S. "Chiang Ch'ing's Speech to Foreign Affairs Cadres", in: Chinese Law and Government, Bd.9, Nr.1/2, Frühling/Sommer 1976, S.53. Ein Hinweis auf den Versuch Qiang Qings, die chinesische Außenpolitik zu radikalisieren, findet sich auch bei Han Suyin, "Der Flug des Drachen", Esslingen 1977, S.514.
- 183) S. ibd., S.60.
- 184) "Der Sieg der chinesischen Volksrevolution und der Aufbau in China hat auch die Völker der ganzen Welt ermutigt und unterstützt "- "Guoji wenti jichu zhishi", S.161.
- 185) S. "Der 10.Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas - Dokumente", Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, 1973, S.64.
- 186) S. "How gang of four planned abortive counterrevolutionary coup", Hsinhua-Bulletin (London) Nr.6981, 17.Mai 1977 S.4.
- 187) Abdruck der Rede in: Peking Rundschau, Nr.42, 19.Oktober 1976, S.12-16, der zitierte Passus befindet sich auf S.13.
- 188) S. ibd.
- 189) Vgl. den Leitartikel der Renmin Ribao vom 11.April 1977: "Die strategische Entscheidung - durch Anpacken des Hauptkettengliedes die Angelegenheiten des Landes gut regeln - allseitig in die Tat umsetzen", deutsche Übersetzung in: Peking Rundschau, Nr.16, 19.April 1977, S.8-11.
- 190) S. ibd., S.8.
- 191) S. Tan Zhen-lin, "Über innen- und außenpolitische Probleme", in: China-Report, Nr. 32/33, 1976/77, S.60.
- 192) S. ibd.
- 193) S. W., "Die aktuelle Außenpolitik der VR China" in: China-Report, Nr.34, 1977, S.12f.
- Nachtrag:
- 128) Vgl. Joachim Glaubitz, "Die Vereinten Nationen als Instrument der chinesischen Außenpolitik", S. 17.

# Wei Wen, Peking

## FAMILIENPLANUNG IN CHINA

An der Wand der Sanitätsstation der Pekinger Tundjün-Straßengemeinschaft hingen zwei ins Auge fallende Plakate über Familienplanung. Davor, an einem Tisch sitzend, füllte Guan Dschi-tjin, die Leiterin der Station, gerade ein Karteiblatt aus. Die Eintragungen betrafen eine 36-jährige Arbeiterin, Mutter eines sechsjährigen Kindes, welche sich vor kurzem nach der Geburt eines zweiten Kindes, eines Knaben, einer Sterilisationsoperation unterzogen hatte. In den vorangegangenen Jahren gelang es ihr, unter Anleitung der Station, die auch unentgeltlich Antibabypillen zur Verfügung stellte, eine Schwangerschaft zu vermeiden.

Aufgabe der Sanitätsstation ist es, für Hygiene und Präventivmaßnahmen unter den mehr als 600 Familien zu sorgen und leichte Krankheiten und Verletzungen zu behandeln. Außerdem ist sie für die Familienplanung in dieser Straßengemeinschaft verantwortlich. Sie führt eine Kartei, in der das Alter, die Kinderzahl, die Methode der Geburtenregelung u.a. von allen 364 gebärfähigen Frauen eingetragen ist. Die Station hat einen Stab von sechs Sanitätern. Sie werden bei ihrer Arbeit von Freizeithelfern für Familienplanung, die von den Einwohnern gewählt wurden, unterstützt. Diese besuchen regelmäßig jene Ehepaare, bei denen Nachwuchs erwartet werden kann, erläutern ihnen die Bedeutung der Familienplanung und bringen ihnen Empfängnisverhütungsmittel mit. Diese sind unentgeltlich. Da sie Nachbarn sind, unterhalten sich Gäste und Hausherrn bei solch einem Besuch in einer herzlichen und offenen Weise. 1976 kamen in dieser Straßengemeinschaft nur 12 Kinder zur Welt.

In Peking gibt es über 800 solcher Stationen, die zusammen mit den Kliniken der staatlichen Institutionen und Fabriken und den städtischen Krankenhäusern das Netz für Familienplanung bilden. Sie alle unterstehen den für Familienplanung verantwortlichen Organen der Revolutionskomitees verschiedener Ebenen. In Peking z.B. wird die Familienplanungsarbeit von einer eigens dafür gebildeten Gruppe der Stadtverwaltung geleitet.

Die Familienplanung in China wird auf freiwilliger Basis unter staatlicher Anleitung durchgeführt. Dank dieser Maßnahme ist die Bevölkerungszuwachsrates von Jahr zu Jahr gesunken, wobei in vielen Gebieten sogar sehr große Erfolge erzielt wurden. So ist beispielsweise die Bevölkerungszuwachsrates in der ostchinesischen Provinz Kiangsu, die im Jahre 1965 noch 27,4 Promille betrug, 1976 auf etwa 11 Promille gesunken.

Daß China eine Politik der planmäßigen Steuerung der Zunahme seiner Bevölkerung verfolgt, heißt nicht, daß es vor Problemen wie einer "Überbevölkerung" oder einer "Bevölkerungsexplosion" steht. China ist ein sozialistisches Entwicklungsland und entwickelt daher seine Volkswirtschaft planmäßig und ausgewogen. Dies verlangt einen planmäßigen Bevölkerungszuwachs. Seit ihrer Gründung hat die VR China eine jährliche Bevölkerungszuwachsrates von durchschnittlich rund 2 Prozent aufzuweisen, wohingegen der Getreideertrag jährlich um durchschnittlich nahezu 4 Prozent gestiegen ist. Da erst wenig mehr als 10 Prozent der Gesamtfläche Chinas als Ackerboden genutzt werden, der Hektarertrag von Getreide und der Mechanisierungsgrad noch nicht sehr hoch sind, ist zu erwarten, daß die Getreideproduktion noch erheblich gesteigert werden kann.

Chinas Familienplanung wird in den verschiedenen Landesteilen entsprechend den konkreten Verhältnissen durchgeführt. In dichtbevölkerten Gebieten mit hoher Geburtenrate werden Späthe und Geburtenregelung propagiert, während in dünn besiedelten - besonders in jenen von nationalen Minderheiten bewohnten - Gebieten geeignete Maßnahmen zur Förderung des Bevölkerungsnachwuchses ergriffen werden.

In städtischen und ländlichen Spitälern und Kliniken wurden eigene Abteilungen eingerichtet, die klinische Hinweise für

Geburtenkontrolle geben. Städtische medizinische Mitarbeiter gehen, in kleinen Gruppen organisiert, in ländliche Volkskommunen zu ambulanter Behandlung Kranker, wobei sie die Leute umfangreich über die Geburtenregelung informieren und den lokalen Sanitätern helfen, ihre medizinisch-technischen Kenntnisse auf diesem Gebiet zu erhöhen. Viele Kommunekliniken sind in der Lage, Intra-Uterin-Ringe einzulegen oder herauszunehmen, oder Ei- bzw. Samenleiter abzubinden. Auch die Barfußärzte vieler Produktionsbrigaden haben es gelernt, Intra-Uterin-Ringe anzuwenden. Mit dem Sanitätskästchen auf der Schulter gehen sie in die Häuser der Kommunemitglieder, um die entsprechenden kleinen Operationen durchzuführen.

Der Staat stellt die Empfängnisverhütungsmittel kostenlos zur Verfügung. In Stadt und Land bringen für Frauenarbeit zuständige Kader, Barfußärzte, Hebammen sowie Freizeitmitarbeiter für Gesundheitsvorsorge und Geburtenkontrolle die benötigten Pillen und Verhütungsmittel jenen, die keine Kinder mehr wünschen. In vielen Geschäften sind spezielle Stände eingerichtet, wo man unentgeltlich Empfängnisverhütungsmittel bekommen kann. Operationen, einschließlich Sterilisation und Abtreibung, werden kostenlos durchgeführt. Medizinische Untersuchung, Behandlung und Medikamente gehen auf Staatskosten. Die stationär Behandelten brauchen nur die Verpflegungskosten zu bezahlen. Die Dauer des gewährten Genesungsurlaubes ist je nach Operation verschieden. In dieser Zeit bekommen Staatsangestellte und Arbeiter staatlicher Betriebe den vollen Lohn weiterbezahlt, die Kommunebauern erhalten einen Arbeitspunkte-Zuschuß von ihren Produktionsbrigaden.

Die Familienplanung schützt nicht nur die Gesundheit von Frauen und Kindern, sondern gibt auch mehr Frauen die Möglichkeit, einer Berufsarbeit nachzugehen. Die in der Geburtenkontrolle erzielten Erfolge sind ermutigend. Zugleich wird dem Mutter- und Kinderschutz große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Kindersterblichkeitsrate soll damit auf ein Minimum reduziert werden. Die Erfahrungen an vielen Orten zeigen, daß dies eine Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der Geburtenkontrolle ist, da die Eltern auf diese Weise sicher sind, daß die wenigen Kinder, die sie bereits haben, überleben und gesund aufwachsen können.

Damit die Familienplanung zu einem selbstbewußten Akt der Massen wird, schenkt man

der Propagandaarbeit, die vorwiegend von den Massen selbst durchgeführt wird, große Aufmerksamkeit. Neben den Millionen Freizeitaktivisten auf diesem Gebiet wurden in allen Landesteilen kleine Gruppen organisiert, die in den Grundeinheiten Bilderausstellungen veranstalten, Lichtbildvorträge halten oder Kulturprogramme zeigen, oder in Broschüren, Zeitungen und im Rundfunk die Bedeutung der Geburtenkontrolle und die betreffenden Methoden propagieren. Im allgemeinen wird den Ehepaaren geraten, nicht mehr als zwei Kinder zu haben, und diese in einem Abstand von 3 bis 4 Jahren.

Zu später Heirat wird ermutigt. Dies heißt, man soll nicht zu jung heiraten, wie das im alten China oft der Fall war. Vor der Befreiung war es eine sehr weitverbreitete Erscheinung in den Dörfern, daß schon mit 15 oder 16 Jahren geheiratet wurde. Heute dagegen wird den Männern und Frauen in den ländlichen Gebieten geraten, erst mit 25 bzw. 23 Jahren zu heiraten. Städtischen Einwohnern wird zu noch späterer Eheschließung geraten. Auf diese Weise haben die jungen Menschen mehr Zeit, sich dem politischen und fachlichen Studium zu widmen. Diejenigen, die unter dem empfohlenen Alter heiraten wollen, aber das im Ehegesetz dafür vorgesehene Mindestalter erreicht haben, können trotzdem ihre Eheschließung auf dem Standesamt registrieren lassen.

Die im Jahre 1974 begonnene Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius hat die Arbeit für Familienplanung bedeutend vorangetrieben. Denn eines ihrer Ziele lag darin, die von Konfuzius schon vor mehr als 2000 Jahren verbreiteten, überkommenen Vorurteile, wie "die Männer sind den Frauen überlegen" und "die Männer sind zu verehren, die Frauen zu verachten", zu bekämpfen. Früher wollten viele Ehepaare, von diesen Ideen beeinflusst, unbedingt noch einen Knaben, auch wenn sie schon viele Töchter hatten. Das ist inzwischen schon anders geworden. Selbst in den Dörfern wünschen sich nicht mehr viele Ehepaare nach der Geburt von zwei Töchtern auch noch einen Knaben.

# Ai Nung, Peking

## CHINA FÜHRT EINEN ALLSEITIGEN KAMPF GEGEN DIE DÜRRE

Das Angesicht der Ebenen im nördlichen China ist in diesen Tagen gekennzeichnet von Pumpen, welche Wasser aus Brunnen und Flüssen schöpfen, um den von der Dürre bedrohten Weizenfeldern kostbares Naß zu spenden. Alle Schleusentore der Wassereservoirs sind geöffnet - aber die Weizen-saat will ihren verlängerten Winterschlaf noch nicht beenden. Wenn es Abend wird, leuchten Tausende von Lichtern am Fuße der Taihang-Berge auf, welche anzeigen, daß sogar in der Nacht die Kommunemitglieder mit Karren, Eimern, ja Krügen und Waschschüsseln, unterwegs sind, um den Winterweizen, die junge Saat oder die frisch bepflanzten Felder zu bewässern.

In Hopei, einer von der Dürre hart betroffenen Provinz, wurden bis Mitte März bereits 870 000 Hektar Winterweizen bewässert. Desgleichen 333 000 Hektar Felder mit junger Saat oder neuer Aussaat.

China ist in diesem Frühjahr 1977 ebenso wie viele andere Weltgegenden von einer schweren Dürre bedroht. Sechs Monate schon gibt es in vielen Provinzen nördlich des Yangtse keinen Niederschlag mehr.

Aber China kann mit der organisierten Kraft der Volksmassen und des Staates rechnen, um auch mit dieser Naturkatastrophe wieder fertig zu werden, und es ist fest entschlossen, trotz der Dürre eine gute Ernte zu erreichen.

Am Abend des 19. März wurde vom Staatsrat eine nationale Notstandskonferenz über Telefon abgehalten. Verschiedene Regierungsabteilungen und lokale Verwaltungen wurden aufgerufen, sich in der Schlacht gegen die

Dürre zusammenzuschließen und Maßnahmen auszuarbeiten, wie man die Weizenernte retten und eine erfolgreiche Frühjahrsaussaat gewährleisten könne.

Vize-Premier Chen Yung-kuei betonte vor der Versammlung, daß man der herrschenden Dürre Herr werden könne unter der Führung des ZK der Partei und ihres Vorsitzenden Hua Kuo-feng, wenn man sich die aus langen Erfahrungen gewonnenen Erkenntnisse zunutze mache, trotz Naturkatastrophen immer gute Ernten erzielt zu haben, sowie mit der großen Zahl von Ackerland-Meliorationsprojekten und den in den vergangenen Jahren errichteten elektrisch betriebenen Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen. Man sollte davon überzeugt sein, sagt er, daß der Mensch über die Natur zu herrschen vermag.

In Fortführung der Traditionen der Volksbefreiungsarmee, die Regierung zu unterstützen und dem Volk zu dienen, nahmen hunderte Tausende von Kämpfern und Kommandeuren der VBA, dem Aufruf des Staatsrates folgend, innerhalb weniger Tage die Schlacht zur Bekämpfung der Dürre auf. Stoßtrupps von 900 Mann, die von einem Artillerieregiment des Militärkommandos der Provinz Honan geschickt worden waren, gingen an 15 Orten in die Kommunen und Brigaden, um die Dürre zu besiegen. Innerhalb kurzer Zeit bewässerten sie 180 Hektar Weizen, indem sie das Wasser in Karren und auf den Schultern heranschafften.

Ein in der Präfektur Taian der Provinz Shantung stationiertes Regiment schickte seine Leute mit den Diesellastwagen und Elektroautos der armeeigenen Farm, um den Bauern zu helfen, die Trockenheit zu bannen.

Die Fabriken des Landes unterstützten die Bemühungen, indem sie Plastikmaterial, Bewässerungsausrüstung und Farmwerkzeuge zur Verfügung stellten. Transportabteilungen arbeiteten rund um die Uhr, um die Bauern abzulösen. Handelsorganisationen verschifften ohne Unterlaß die für die Bekämpfung der Dürre nötigen Güter, damit diese die Bauern rechtzeitig erreichten. Arbeiter aller Industriezweige trugen ihren Teil bei.

Die Kader aller Ebenen führten den Kampf an. Viele leitende Kader auf Provinzebene sorgten für die Planung und Organisierung der Kampfmaßnahmen. Bis auf einen oder zwei Kader, die zurückbleiben mußten, um die Routinearbeit zu erledigen, gingen alle leitenden Kader auf Präfektur- und Bezirksebene aufs Land um zu helfen. Man konnte viele grauhaarige Kader zusammen mit den

Bauern sich abschufeln sehen - das Land bearbeitend oder das Wasser in Eimern schleppend.

Der nördliche Teil Chinas muß nun schon seit einigen Jahren während der Winter- und Frühjahrsmonate mit langen Trockenperioden fertig werden - Peking und die Provinz Hopei z.B. seit sechs aufeinanderfolgenden Jahren.

Chinas Bauern haben reiche Erfahrungen gesammelt in der Bekämpfung von Naturkatastrophen. In der Präfektur Shihchia-chuang, einem riesigen Weizenanbaugebiet der Provinz Hopei, wurden Teams ganzjährig damit betraut, Wasserspeicher zu errichten. Seit 1972 wurden 11 große und mittlere Reservoirs und über 1.700 kleinere oder Teiche in den bergigen Gebieten angelegt oder erweitert, sowie 84.000 Brunnen in den Ebenen ausgehoben. Das Ergebnis: 89 Prozent des Farmlandes dieser Präfektur können nun bewässert werden.

Insgesamt wurden in den letzten zehn Jahren in Nordchina rund 1,8 Millionen Brunnen, die mit mechanischen Pumpen ausgerüstet sind, fertiggestellt. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Überdauerung der Trockenperioden.

Der Kampf gegen die gegenwärtige Dürre hat natürlich den Aufbau von Bewässerungsanlagen vorangetrieben. In der Provinz Kirin im nördlichen China wurden nicht weniger als 1.000 Reservoirs, Dämme, Pumpstationen und andere Projekte erst kürzlich fertiggestellt, um 13.300 Hektar Reisetzlinge und weite Reisfelder mit Wasser zu versorgen.

Als das Wetter im April wärmer wurde, begannen die Weizensamen zu keimen und der braunen Landschaft des nördlichen China einen grünen Anstrich zu verleihen. Dank der Versorgung mit Wasser und Kunstdünger haben sich die schwächlichen Setzlinge nun in der Provinz Shantung gut erholt. Die Aussaat von Frühreis wurde im Bezirk Shunyi in der Nähe Pekings bereits Mitte März abgeschlossen. Die Aussaat konnte auf einem Gebiet von 1.700 Hektar gelingen, weil das Wasser dazu auf Schulterstangen herangebracht worden war.

## Josef Simecek, Wien \*

### ALS ERSTE ÖSTERREICHISCHE SPORTGRUPPE IN CHINA

Drei Wochen hindurch war eine österreichische Tischtennisauswahl zu Gast in der VR China. Neben zwei freundschaftlichen Länderkämpfen wurden 12 Wettkämpfe gegen Provinzauswahlen in den Städten Peking, Jinan, Shanghai und Hangzhou ausgetragen. Weltmeister China stellte dabei seine Leistungsdichte eindrucksvoll unter Beweis. Mit Ausnahme eines einzigen Spieles unterlagen die Österreicher in allen Begegnungen mehr oder minder klar.

Die Österreicher waren die erste Sportgruppe aus unserem Land, die in die VR China gekommen waren. Ein Umstand, der gewiss auch dazu beitrug, die Reise zu einem großartigen Erlebnis für alle werden zu lassen. Die Gastgeber boten den acht Aktiven - überwiegend junge, ehrgeizige und steigerungsfähige Spieler - nicht nur die erwähnten sportlichen Vergleichsmöglichkeiten, in vielen gemeinsamen Trainingsstunden waren sie auch geduldige "Lehrmeister". Davon profitierten dann besonders die zwei älteren "Spieltrainer" viel.

Die vier Offiziellen wiederum erhielten einen recht repräsentativen Einblick in das Leben in China. Man zeigte uns Arbeiterwohnsiedlungen (den Besuch einer Familie eingeschlossen), Kindergärten, Schulen, Fabriken, landwirtschaftliche Betriebe, Luftschutzeinrichtungen und historische Sehenswürdigkeiten, wobei man uns durchwegs unverfälschte Information ermöglichte.

Naturgemäß interessierte uns (neben allgemeinen gesellschaftspolitischen Fakten) vor allem das "Rezept" für die großen sportlichen Erfolge der Gastgeber. Um es gleich vorweg zu nehmen: Wir fanden keine sensa-

tionellen Dinge, wohl aber einige bemerkenswerte Einrichtungen. Der Sport und die sportliche Ertüchtigung werden allgemein propagiert und gefördert. Schon zu "nachtschlafener Zeit", vor Arbeitsbeginn, läuft jung und alt durch die Gegend, wird auf den Straßen und Plätzen Gymnastik betrieben, sind die Basketball-Freiplätze übervoll. Aber auch Arbeitspausen werden gerne für die sportliche Betätigung (Tischtennis, Volleyball, Badminton, Basketball, Fußball) genutzt. Alles ohne Zwang, scheinbar aus reiner Freude an der Bewegung. Und oft unter recht unzulänglichen Bedingungen.

In den Kindergärten gibt es (neben Tanz, Gesang und Instrumentalmusik) viel Sport, in vielfältiger Weise. Und was uns Tischtennisfunktionäre besonders beeindruckte - auch Mini-TT-Tische und eine originelle Trainingshilfe. Man hängt Tischtennisbälle an eine Schnur und läßt die kleinen Knirpse auf die herabbaumelnden Bälle einschlagen. Auffällig dabei die große Sicherheit, die dabei - schon im Vorschulalter - unter Beweis gestellt wurde.

In den Schulen machten wir ähnliche Feststellungen. Obwohl neben der Bewältigung des Lehrstoffes - angeblich gelang hier seit der Kulturrevolution eine spürbare Straffung - die Schüler dazu angehalten werden, bis zu zwei Monaten pro Schuljahr in der Landwirtschaft zu arbeiten, gibt es am Nachmittag zahlreiche sportliche Übungsmöglichkeiten. Daß Tischtennis zu den Schul-sportarten gehört, wirkte schon selbstverständlich. Der politischen, musischen und sportlichen Weiterbildung der Jugendlichen dienen auch die Jugendpaläste in den Bezirken und Städten. Von den (für diese Weiterbildung) Auserwählten erwartet man besonders moralisches Wohlverhalten. Sie sollen - im Sinne der Staatsideologie - in allen Bereichen als Vorbild wirken. Wie überhaupt die Bestrebungen, zum Wohle des Staates zu arbeiten, mit allen Mitteln der Meinungsbildung (Radio, Fernsehen, Zeitungen, Bücher, Diskussion) unterstützt werden. Mit unwahrscheinlicher Konsequenz und Intensität. Und der Erfolg bleibt nicht aus.

Das chinesische Volk ist ungemein diszipliniert, nimmt die in vielen Belangen noch einfachen, ja primitiven Lebensbedingungen mit bewunderswerter Einsicht zur Kenntnis, getragen von den Bemühungen, den weiteren Fortschritt zu sichern. Das ist im Straßenverkehr ebenso spürbar wie in der Fabrik oder der Teeplantage, in der Sportschule oder in der Pensionistengruppe, in der Familie oder im Musikunterricht. Hinter dieses

Wollen treten Unzulänglichkeiten wie schäbige Schulräumlichkeiten, fehlende Heizungen, Wohnungsknappheit, geringes Einkommen, harte (weil durchwegs manuelle) Arbeit einfach zurück. Vielleicht waren - selbst die eiligen Kritiker unter uns - gerade deshalb so "anfällig" für das Gesehene, weil wir vor unserem Eintreffen in der VR China für 10 Stunden in Pakistan (und den Städten Islamabad und Ravalpindi) Zwischenstation gemacht hatten. Die kurze Spanne genügte, um uns die große Not, die Arbeitslosigkeit, die Überbevölkerung, die daraus resultierende fast auswegslose Situation, augenscheinlich zu machen.

Die schon erwähnte frühe sportliche Erfassung und Betätigung, Tischtennis als Schulsport, die Förderung in Schule und Betrieb, sind aber bestimmt nicht die gesuchten Erfolgsrezepte. Da gäbe es - verglichen mit unseren Verhältnissen - auch genügend Negative: unzulängliche Materialien und Spielverhältnisse, geringe Freizeit, harte körperliche Arbeit usw. Da ist die riesige Auswahlmöglichkeit (ein 800 Millionen-Volk liefert die Talente) schon mehr Vorteil; in (wie ich meine) entscheidender Weise ist es jedoch der Fleiß, die Intensität, die eisernen Trainingsdisziplin, die für die Spielstärke sorgt. Es ist - für österreichische Verhältnisse - einfach unfaßbar und unglaublich, mit welcher selbstverständlicher Konsequenz man in China trainiert. Am deutlichsten zeigen dies die "Services". Seit man in China erkannt hat, welche Vorteile man sich mit gefährlichen Angaben verschaffen kann, wird diese Erkenntnis konsequent verfolgt. Ein zumindest halbstündiges Service-Training ist zwingender Bestandteil jeder Trainingseinheit, wozu auch noch das "Nachspielen", d.h. das Ausnützen der durch das Service herausgearbeiteten Chancen gehört. Nach ihrer Meinung kommt ihnen beim Service auch die besondere Beweglichkeit im Handgelenk (mit Stäbchen essen!) zu gute. Ich wage zudem zu behaupten, daß die teilweise Wiederkehr der "Verteidiger" in China nicht zuletzt aus dieser Konsequenz abzuleiten ist. Nur mit Hilfe eines sicheren Returns (und das ist vielfach der mit Unterschnitt zurückgegebene Ball) kann dieser Taktik wirksam begegnet werden. Ein weiteres Beispiel: Nirgends in der TT-Welt versteht man unterschiedliche Seiten eines Schlägers so zu nützen wie in China. Durch nahezu artistisches "Drehen" des Schlägers (und dem notwendigen Gefühl, auch mit der "falschen" Seite spielen zu können) wird der Gegner immer wieder überrascht.

Abschließend noch ein paar Worte zu den

Schlägern bzw. den "Wunderbelägen". Man hat uns bereitwillig die Schläger gezeigt und uns auch damit spielen lassen. Soweit es nicht Noppen-außen-Beläge waren, verwendet man ungemein "pickige Glatzen", die von den Spielern selbst auf die unterschiedlichsten Schwammunterlagen geklebt werden. Als "Entwicklungshilfe" gab man uns fünfzig dieser "Friendship"-Beläge, made in Tientsin, für einen Anerkennungspreis mit. Eines aber läßt sich mit Sicherheit jetzt schon sagen.

Das Material allein wird die Österreicher nicht an die Weltspitze heranführen. Viele der sonstigen Voraussetzungen können wir uns aber schaffen! Wenn einiges davon gelingt, dann war die Reise auch in diesen Belangen ein voller Erfolg.

Quelle: Tischtennis-Schau 3/77

\* Ministerialrat Dr. Josef Simecek war Leiter der Delegation.

## CHRONIK DER ÖSTERREICHISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN

4. April 1977

In Peking wird ein Vertrag Österreichs mit der VR China über die Registrierung von Marken für Waren und Dienstleistungen abgeschlossen:

peking, april 4, 1977 (hsinhua) -- the people's republic of china and the republic of austria have recently concluded a reciprocal agreement for trade mark registration. notes affirming the agreement were exchanged today between liu chen-hua, vice-minister of foreign affairs of china, and eduard tschoep, ambassador of austria to china.

(s. auch unter dem Teil "Dokumente")

11. April 1977

Eine österreichische Tischtennismannschaft unter der Leitung von Ministerialrat Dr. Josef Simecek trifft in Peking ein. Die chinesische Nachrichtenagentur widmet dem Besuch folgende Meldungen:

peking, april 12, 1977 (hsinhua) -- the table tennis association of the people's republic of china gave a reception here this evening for the visiting australian table tennis team led by josef simecek.

present were leading members of organizations concerned, including wang wen-chung and chang chun-nan, and chinese table tennis players and coaches.

also present was franz schmid, minister of the australian embassy here.

chang chun-nan, a leading member of the host association, and josef simecek spoke at the reception. they wished constant development to the friendship between the people and sportsmen of china and austria.

the australian table tennis team arrived in peking yesterday.

peking, april 29, 1977 (hsinhua) -- the austrian table tennis team led by josef simecek left here for home by air this evening. during its visit in china, the team has toured peking, tsinan, shanghai and hangchow.

eduard tschoep, austrian ambassador to china gave a reception at noon today for the austrian table tennis team's china visit.

Laut den Berichten der Österreicher waren die Hallen, wo die Wettkämpfe ausgetragen wurden, bis zu 90% ausverkauft. Die freundschaftliche Haltung der Chinesen kam unter anderem aber auch dadurch zum Ausdruck, daß man die Österreicher einige Partien gewinnen ließ. Darüber Dr. Walter Platz:

"Nach dem Training vor dem letzten Wettspiel in Hangchow kam Frau Li zu mir und erkundigte sich, ob ich mein Trainingsmatch gegen meinen chinesischen Wettspielpartner gewonnen hätte. - Man hatte deutlich sehen können, daß mich der chinesische Spieler absichtlich gewinnen ließ; offensichtlich damit ich von meinem Sieg beim Spiel am Abend nicht überrascht werde. - Ich antwortete Frau Li: 'Ja, ich habe gewonnen, besser gesagt, mein Partner hat mich gewinnen lassen.' Das Gesicht von Frau Li wurde darauf etwas länger - man muß wissen, daß die Chinesen in keiner Situation zugeben, daß sie absichtlich verloren haben - aber sie gab dennoch in ihrem Bemühen, mich auf den Sieg am Abend vorzubereiten, nicht nach und versuchte es nochmals: 'Glauben Sie, Chancen zu haben heute am Abend?' Ich meinte, um die Sache nicht auf die Spitze zu treiben: 'Chancen werde ich schon haben, insbesondere wenn Sie mir stark die Daumen halten.' Frau Li strahlte. 'Ich werde die Daumen halten. Sie werden sehen, Sie werden sehr gut spielen.' Daß ich am Abend tatsächlich mein Spiel gewann, brauche ich nicht mehr zu betonen.

Der Leser erkennt, so hoffe ich, daß unsere beiden Dolmetsch stets um unser Heil bemüht waren. Mein ehrlicher Eindruck: Sie meinten es wirklich gut mit uns."

(Quelle: Tischtennis-Schau 3/77; vgl. auch den vorher abgedruckten Artikel des Delegationsleiters Ministerialrat Dr. Josef Simecek.)

19. April 1977

Die Botschaft der VR China in Wien bittet zu einer Vorführung des Filmes "Ewiger Ruhm dem verehrten und geliebten Ministerpräsidenten Tschou En-lai" im Festsaal der Arbeiterkammer Wien, an welcher viele prominente Gäste teilnehmen.

19. April 1977

Eine chinesische Regierungsdelegation verläßt Peking, um Österreich zu besuchen.

peking, april 19, 1977 (hsinhua) -- a chinese government delegation led by yao yi-lin, first vice-minister of foreign trade, left here by air today for a friendly visit to austria and the netherlands.

it was seen off at the airport by chai shu-fan and cheng yi-shan, vice-ministers of foreign trade.

also present at the airport were austrian ambassador to china eduard tschoep and charge d'affaires ad interim of the netherlands embassy here van limburg stirum.

chinese government delegation arrives in  
austria

vienna, april 26, 1977 (hsinhua) -- a chinese government delegation arrived here today for a visit on the invitation of the government of the republic of austria.

the delegation is led by yao yi-lin, first vice-minister of foreign trade of the people's republic of china.

it was greeted at the airport by josef staribacher, minister of trade, commerce and industry, and other officials of his ministry and representatives of the federal economic chamber. chinese ambassador to austria yu pei-wen was also present.

the chinese delegation today called on minister staribacher and held talks with him. it also met and held talks with ernst eugen veselsky, state secretary of the chancellor's office. ambassador yu pei-wen was present on both occasions.

minister staribacher gave a dinner in honour of the chinese guests at the imperial hotel today.

austrian president receives chinese  
government delegation

vienna, april 28, 1977 (hsinhua) -- austrian president rudolf kirchschlaeger received and had a friendly talk today with yao yi-lin, head of a visiting chinese government delegation and first vice-minister of foreign trade of the people's republic of china.

austrian minister of trade, commerce and industry josef staribacher and chinese ambassador to austria yu pei-wen were present on the occasion.

this morning vice-minister yao yi-lin and other members of the chinese government delegation held talks with rudolf sallinger, president of the austrian federal economic chamber, who later gave a luncheon in honour of the chinese guests.

austrian chancellor receives head of  
chinese government delegation

vienna, april 29, 1977 (hsinhua) -- austrian chancellor dr. bruno kreisky and foreign minister willibald pahr today separately received yao yi-lin, head of the chinese government delegation and first vice-minister of foreign trade, and had friendly conversations with him.

chinese ambassador to austria yu pei-wen was present on both occasions.

ambassador yu pei-wen gave a reception today for the delegation's visit to austria.

among the some 300 guests present at the reception were director of the presidential office alfred wehs, foreign minister willibald pahr, trade minister josef staribacher, justice minister christian broda, defence minister karl luetgendorf, and secretary of state of the chancellery ernst eugen veselsky.

also present were heinz fischer, chairman of the parliamentary group of the socialist party of austria; stephan koren, chairman of the parliamentary group of the austrian people's party; tassilo broesigke, vice-chairman of the socialist party; bruno pittermann, chairman of the austrian research institute on china; former vice-chancellor hermann withalm and chairman of the austrian industrialists association hans igler.

Leading members of the communist league of austria were also present.

(Anmerkung der Redaktion: Abg. Broesigke wird hier irrtümlich der SPÖ statt der FPÖ zugeordnet)

Am 1.Mai gibt der stv. Vorsitzende des Kuratoriums der Österreichischen Gesellschaft für China-Forschung, Bundesminister Dr.Christian Broda, der chinesischen Delegation im Hotel Kahlenberg ein Abendessen, an dem unter anderem der chinesische Botschafter Yü Pei-wen, Handelsminister Staribacher und Gattin, Frau Maria Strasser, Klubobmann Dr.Fischer, Handelsrat Zhen Hong-ye, Generaldirektor Flöttl, die Abgeordneten zum Nationalrat Dr.Wiesinger und Dr.Steyrer, die Universitätsprofessoren Dr.Schwind und Dr.Matzner sowie der Leiter der chinesischen Nachrichtenagentur in Wien, Chen Wen-kui, teilnehmen.

chinese government delegation left vienna for home

vienna, may 2, 1977 (hsinhua) -- the chinese government delegation led by first vice-minister of foreign trade yao yi-lin left here today for home.

the delegation was seen off at the airport by josef staribacher, austrian minister of trade, commerce and industry and other officials of his ministry as well as officials of the federal economic chamber. chinese ambassador to austria yu pei-wen was also present.

the chinese government delegation arrived here on april 26. during its one-week stay in austria, the delegation visited vineyards and farmer families in burgenland and was warmly received there. minister staribacher met and held a friendly talk with the delegation in eisenstadt, capital of burgenland.

on may first, accompanied by minister staribacher, the chinese government delegation visited baden city and the vienna forest. in the evening, austrian minister of justice broda gave a dinner for the delegation. minister staribacher and chinese ambassador yu pei-wen were also present. end item

6.u.7.Mai 1977

Hsinhua über die Besuche des österreichischen Bundeskanzlers Dr.Bruno Kreisky in Syrien und Ägypten:

damascus, may 6, 1977 (hsinhua) -- austrian federal chancellor bruno kreisky left here this morning after concluding his three-day visit to syria.

during his stay here since may 4, the austrian chancellor was received by syrian president hafez assad.

***primus***

**TRAVEL ORGANISATION**

**Rotenturmstr. 10, A-1010 WIEN  
TX 01-3566, Tel. 52 45 81**

**DAS REISEBÜRO**

**für die österreichische  
Wirtschaft**

a communique issued after the talks between syrian premier abdel rahman khleifawi and chancellor kreisky says that the two sides will develop their cooperation in the fields of economy, culture, science and technology on the basis of the existing good relations, and have studied concrete steps for developing this cooperation.

the two sides discussed the middle east situation and were identical on certain questions, the communique adds.

chancellor kreisky had also met with yasser arafat, chairman of the p.l.o. executive committee.

#### austrian chancellor visits egypt

cairo, may 7, 1977 (hsinhua) -- austrian chancellor bruno kreisky left here this morning winding up a one-day visit to egypt.

the austrian chancellor arrived here from damascus yesterday morning to pay a visit at the invitation of egyptian president anwar sadat and prime minister mamdouh salem.

yesterday evening president sadat discussed with chancellor kreisky the situation in the middle east and the world.

the two sides held talks yesterday afternoon on cooperation in fulfilling egypt's housing, industrial and agro-industrial projects.

it was reported that in addition to supplying necessary funds for these projects, the austrian side expressed the willingness to help egypt train personnel in these fields.

19.Mai 1977

Hsinhua zitiert das Organ des "Kommunistischen Bundes" in Österreich:

peking, may 19, 1977 (hsinhua) -- the great significance of the publication of volume five of the "selected works of mao tsetung" is highly appraised by an article published in the latest issue of the "klassenkampf", organ of the communist league of austria.

the article points out firstly that the publication of volume five of the "selected works of mao tsetung" is "the fruit of smashing the 'gang of four'". it continues, "the publication of volume five of the 'selected works of mao tsetung' by the central committee of the communist party of china headed by chairman hua is of particular significance for exposing and criticizing the 'gang of four', unmasking their counter-revolutionary plots and eradicating the poisonous influence of the 'gang of four'".

giving an account of the content of volume five of the "selected works of mao tsetung", the article notes that chairman mao "integrated the universal truth of marxism with the concrete practice of the chinese revolution, took class struggle as the key link, formulated a correct marxist-leninist line and laid down a series of basic principles and political guidelines for building socialism and consolidating

the dictatorship of the proletariat in china. he systematically summed up the historical experiences of the dictatorship of the proletariat in china and the world, analyzed the contradictions, classes and class struggle in the socialist society and worked out a great theory for continuing the revolution under the dictatorship of the proletariat."

in conclusion, the article emphasizes that chairman mao "developed and enriched marxist philosophy, political economy and scientific socialism" and "greatly enriched the treasury of marxism-leninism." the publication of volume five of the "selected works of mao tsetung" "is not only of great significance in china -- to the communist party of china and the masses of the chinese people," "but also gives a sharp weapon to the international communist movement and the people who are fighting for their own liberation."

"the class struggle", organ of the norwegian workers' communist party (marxist-leninist), on april 26 published, together with an editor's note, excerpts from an article introducing volume five of the "selected works of mao tsetung" prepared and made public by the committee for editing and publishing chairman mao tsetung's works under the central committee of the communist party of china. the note points out that the publication of volume five of the "selected works of mao tsetung" has been widely acclaimed in china and the world as a whole.

the editor's note adds that a norwegian version of volume five of the "selected works of mao tsetung" will be published by the october publishing house of norway this year.

23.Mai 1977

Der österreichische Botschafter in Peking, Dr.Eduard Tschöp, gibt aus Anlaß des sechsten Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und der VR China für den chinesischen Außenminister Huang Hua ein Abendessen, bei dem es zu bedeutsamen Äußerungen über die österreichisch-chinesischen Beziehungen kommt, worüber die österreichische Nachrichtenagentur APA berichtet:

Chinas Außenminister lobt gute Beziehungen mit Österreich

Peking, 27.5. (apa) Der chinesische Außenminister Huang Hua hat am Donnerstag den Stand der Beziehungen zwischen seinem Land und Österreich positiv beurteilt. In einer Tischrede bei einem Abendessen, das der österreichische Botschafter in Peking, Dr.Eduard Tschöp, aus Anlaß des sechsten Jahrestages der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Österreich gab, betonte Huang Hua, das Verhältnis zwischen Wien und Peking habe sich trotz der unterschiedlichen Gesellschaftsordnung günstig entwickelt.

Die Volksrepublik China, betonte der Außenminister, respektiere die Neutralität Österreichs und begrüße die zahlreichen gegenseitigen Besuche, die ein sichtbarer Ausdruck der guten Beziehungen seien.

Botschafter Tschöp, der bei dem Abendessen ferner auch den stellvertretenden chinesischen Außenhandelsminister Jao Ji-lin als Gast begrüßen konnte, übermittelte in seiner Rede Grüße von Außenminister Dr.Willibald Pahr. Das Diner in der österreichischen Botschaft verlief nach einem Bericht des Außenministeriums in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre.

31.Mai 1977

Ehrung für Prof.Dr.Eduard Mayer

Vor der Mitgliederversammlung der Österreichischen Gesellschaft für China-Forschung wird dem Vorstandsmitglied Prof.Dr.Eduard Mayer die Urkunde über die ihm durch einstimmigen Vorstandsbeschluß verliehene Würde eines Ehrenkonsulenten vom stv.Vorsitzenden, Klubobmann Dr.Stephan Koren, feierlich überreicht.

Prof.Koren würdigt die Verdienste des Geehrten um die ÖGCF und bittet ihn, der Institution in der bisherigen Weise weiter verbunden zu bleiben.

Prof.Dr.Eduard Mayer ist am 23.10.1923 geboren und studierte an den Universitäten Wien und Paris. Er ist in Österreich in verschiedenen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen an verantwortlicher Stelle tätig. Unter anderem ist er Präsident der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Erziehung und politische Bildung, Vizepräsident der Österreichischen Gesellschaft für Politik sowie Vizepräsident und Leitungsmitglied der Politischen Akademie. Der ÖGCF gehört er seit ihrer Gründung als Vorstandsmitglied an. Er bereiste China auf Einladung der Gesellschaft des chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland in den Jahren 1973 und 1976/77. Prof. Dr.Eduard Mayer hat sich in besonders dankenswerter Weise für die Information in Österreich über China engagiert und zur Vorbereitung der Vorstandsreisen nach China wertvolle Beiträge geleistet.

1.Juni 1977

Der langjährige Leiter der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua in Wien, Herr Chen Wen-kui, gibt aus Anlaß seiner Versetzung in die Heimat im Restaurant Lotushaus einen Abschiedscocktail. Herr Chen, der im Jahre 1972 nach Wien gekommen war, hatte sich bei seinen in- und ausländischen Fachkollegen und bei allen in Österreich, die ihn kannten, hohen Ansehens und großer Beliebtheit erfreut. Sein Abschiedscocktail wird daher von vielen und prominenten Gästen besucht.

2.Juni 1977

Herr Botschaftsrat Sung En-fan gibt in der chinesischen Botschaft einen Abschiedsempfang. Herr Botschaftsrat Sung war der Mann der ersten Stunde in den diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der VR China. Am 21.August 1971 traf er in Österreich ein, um die Errichtung der chinesischen Botschaft in Wien vorzubereiten. Seitdem war er an der chinesischen Mission tätig und erfreute sich bei den Personen des diplomatischen Korps und des österreichischen öffentlichen Lebens hohen Ansehens und großer Beliebtheit. Am Empfang nahmen viele Vertreter ausländischer diplomatischer Missionen und Persönlichkeiten des österreichischen öffentlichen Lebens teil.

Schon vorher hatte der stv.Vorsitzende des Kuratoriums der ÖGCF, Bundesminister Dr.Christian Broda, Herrn Botschaftsrat Sung in die Räume der Gesellschaft eingeladen. Dort hatte er ihm in Anwesenheit von Frau Maria Strasser, Generaldirektor Flöttl und Vertretern des Sekretariats im Namen der Gesellschaft für die wertvolle Hilfe, welche die Gesellschaft von ihm während seiner Amtstätigkeit erfahren hatte, mit herzlichen Worten den Dank und für seine weitere Tätigkeit die besten Wünsche ausgesprochen.

17.Juni 1977

Hsinhua zitiert den "Klassenkampf":

European security conference is  
superpower trick to take in people,  
notes Austrian journal

vienna, June 17, 1977 (hsinhua) -- "Klassenkampf",  
central organ of the Communist League of Austria,  
notes in an article carried in its no. 12  
issue that world tension has not been relaxed  
since the European Security Conference (E.S.C.)  
in 1975. on the contrary, the two superpowers'  
rivalry and war preparations have become ever fiercer  
and the danger of war has grown markedly.

the article says Austrian communists pointed  
out in 1975 that the E.S.C. did not in the least  
lessened the danger of war. on the contrary, it  
tried to place superpower war preparations  
under the smokescreen of "peace" and "detente".  
therefore, it is a dangerous and harmful superpower  
trick to deceive the peoples of various countries.

however, the article points out, the E.S.C.  
cannot cover up the rivalry between the two superpowers  
for expanding their own spheres of influence and  
for world hegemony. therefore, the European Security  
Conference should in fact be called a "conference  
of insecurity in Europe".

the article says that the U.S. is pursuing a  
policy of appeasement towards Soviet social-  
imperialism. the U.S.S.R. is the major beneficiary  
of the E.S.C.

the article goes on to say that the Soviet  
social-imperialists make use of the E.S.C. to give  
Western Europe a false sense of security so as  
to disarm it politically and mentally, fix Western  
Europe to the appeasement policy and squeeze the  
U.S. out of Western Europe.

the article notes in conclusion that the  
Belgrade follow-up of the E.S.C. is held at a time  
when the world political situation has undergone  
a change. as a result of the sharpening of the  
major contradictions in the world, the "Helsinki  
spirit" has sunk rapidly, the detente fraud has  
lost its strength and the peoples have gradually  
freed themselves from the detente illusion.  
the appeasement policy has been strongly opposed  
in Western Europe.

# DOKUMENTE

## NOTENWECHSEL ZWISCHEN ÖSTERREICH UND DER VR CHINA BEZÜGLICH DES ABSCHLUSSES EINES VERTRAGES ÜBER DIE REGISTRIERUNG VON MARKEN FÜR WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN

Ministerium für Auswärtige  
Angelegenheiten der Volks-  
republik China

Seiner Exzellenz

Herrn Eduard Tschöp  
Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter  
der Republik Österreich in der Volksrepublik China

Exzellenz,

Ich beehre mich auszuführen, daß die zuständigen Stellen beider Staaten in der Absicht, die Freundschaft zwischen China und Österreich zu vertiefen und die Entwicklung des Handels zwischen den beiden Staaten zu fördern, Gespräche über die Registrierung von Marken für Waren und Dienstleistungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zwischen den beiden Staaten geführt haben. Im Namen der Regierung der Volksrepublik China bestätige ich hiermit, daß die nachstehende Vereinbarung über die wechselseitige Registrierung von Marken für Waren und Dienstleistungen zwischen den beiden Staaten erreicht worden ist:

"Beide Regierungen stimmen überein, daß auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Nutzens juristische Personen, Gesellschaften oder Einzelpersonen eines Staates, die ein Unternehmen betreiben, die Registrierung von Marken für Waren und Dienstleistungen im anderen Staat in Übereinstimmung mit dessen Gesetzgebung beantragen und das Recht zur ausschließlichen Benutzung der registrierten Marken für Waren und Dienstleistungen erwerben können. Falls die Gesetzgebung eines Staates die Registrierung von Dienstleistungsmarken nicht vorsieht, können die Anträge der juristischen Personen, Gesellschaften oder Einzelpersonen des anderen Staates für die Registrierung von solchen Marken abgelehnt werden.

Dieses Abkommen tritt 60 Tage nach dem Datum Ihres Antwortschreibens in Kraft, mit welchem das gleiche bestätigt wird."

Ich benütze diese Gelegenheit, Eurer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Peking, den 4. April 1977

(Übersetzung)

LIU Chen-hua m.p.  
Vizeminister für Auswärtige  
Angelegenheiten der Volks-  
republik China

Botschaft der Republik Österreich  
in der Volksrepublik China

Seiner Exzellenz  
Herrn LIU Chen-hua  
Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten  
der Volksrepublik China

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 4. April 1977 zu bestätigen, das folgenden Inhalt hat:

"Ich beehre mich auszuführen, daß die zuständigen Stellen beider Staaten in der Absicht, die Freundschaft zwischen China und Österreich zu vertiefen und die Entwicklung des Handels zwischen den beiden Staaten zu fördern, Gespräche über die Registrierung von Marken für Waren und Dienstleistungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zwischen den beiden Staaten geführt haben. Im Namen der Regierung der Volksrepublik China bestätige ich hiermit, daß die nachstehende Vereinbarung über die wechselseitige Registrierung von Marken für Waren und Dienstleistungen zwischen den beiden Staaten erreicht worden ist:

"Beide Regierungen stimmen überein, daß auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Nutzens juristische Personen, Gesellschaften oder Einzelpersonen eines Staates, die ein Unternehmen betreiben, die Registrierung von Marken für Waren und Dienstleistungen im anderen Staat in Übereinstimmung mit dessen Gesetzgebung beantragen und das Recht zur ausschließlichen Benutzung der registrierten Marken für Waren und Dienstleistungen erwerben können. Falls die Gesetzgebung eines Staates die Registrierung von Dienstleistungsmarken nicht vorsieht, können die Anträge der juristischen Personen, Gesellschaften oder Einzelpersonen des anderen Staates für die Registrierung von solchen Marken abgelehnt werden.

Dieses Abkommen tritt 60 Tage nach dem Datum Ihres Antwortschreibens in Kraft, mit welchem das gleiche bestätigt wird."

Ich benütze diese Gelegenheit, Eurer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern."

Ich beehre mich, Sie darüber zu informieren, daß die Regierung der Republik Österreich den Inhalt des oben erwähnten Schreibens bestätigt und damit einverstanden ist, daß das oben erwähnte Schreiben und dieses Schreiben ein Abkommen zwischen den Regierungen der beiden Länder begründen, das 60 Tage nach dem Datum dieses Schreibens in Kraft tritt.

Ich benütze diese Gelegenheit, Eurer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Peking, den 4. April 1977

Eduard Tschöp m.p.  
Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der  
Republik Österreich in der  
Volksrepublik China

奥地利共和国驻中华人民共和国特命全权大使

爱德华·乔普先生阁下

阁下：

我荣幸地提及，为了加强中奥两国的友谊和促进两国贸易的发展，双方国家有关当局曾就两国间商标和服务标记的互惠注册问题进行了商谈。我谨代表中华人民共和国政府确认两国间已就商标和服务标记的互惠注册问题达成如下协议：

“双方政府同意在平等互利的基础上，一方国家经营企业的法人、公司或个人可在对方国家依法申请商标和服务标记的注册，并取得注册的商标和服务标记的专用权。如果一方国家的法律没有规定办理服务标记注册时，对另一方国家的法人、公司或个人有关这方面的注册申请，可不接受。

上述协议自您复函确认之日后六十天起生效。”

我谨向阁下顺致崇高的敬意。

中华人民共和国外交部副部长 刘振华(签字)

一九七七年四月四日于北京

# DER GUTE RAT

ist für Arbeiter und Angestellte kostenlos

# AK

Die Arbeiterkammern wurden geschaffen, um den Arbeitern und Angestellten zu dienen.

Die Arbeiterkammern sichern den Arbeitern und Angestellten nicht nur ein Mitspracherecht in allen Fragen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Kulturpolitik. Die verschiedensten Fachleute stehen auch jedem einzelnen Arbeiter und Angestellten mit ihrem Rat zur Verfügung.

Die Kammern für Arbeiter und Angestellte bieten

Beratung in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten (zum Beispiel Urlaubsrecht, Kündigungsrecht, Mutterschutz, Jugendschutz usw.)

Beratung in sozialversicherungsrechtlichen Angelegenheiten (zum Beispiel Krankenversicherung, Pensionsversicherung usw.)

Beratung in Lohnsteuerfragen

Beratung über Bildungsmöglichkeiten

KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE

Wien 4, Prinz-Eugen-Straße 20–22, Telephon 65 37 65

## 奥地利共和国驻中华人民共和国大使馆

(译 文)

中华人民共和国外交部副部长

刘振华先生阁下

阁下：

我荣幸地确认收到您一九七七年四月四日来函，其内容如下：

“我荣幸地提及，为了加强中奥两国的友谊和促进两国贸易的发展，双方国家有关当局曾就两国间商标和服务标记的互惠注册问题进行了商谈。我谨代表中华人民共和国政府确认两国间已就商标和服务标记的互惠注册问题达成如下协议：

‘双方政府同意在平等互利的基础上，一方国家经营企业的法人、公司或个人可在对方国家依法申请商标和服务标记的注册，并取得注册的商标和服务标记的专用权。如果一方国家的法律没有规定办理服务标记注册时，对另一方国家的法人、公司或个人有关这方面的注册申请，可不接受。

上述协议自您复函确认之日后六十天起生效。’

我谨向阁下顺致崇高的敬意。”

我荣幸地通知您，奥地利共和国政府确认上述来函的内容，同意上述来函和本复函成为两国政府间的协议，并自本复函后六十天起生效。

我谨向阁下顺致崇高的敬意。

奥地利共和国驻中华人民共和国

特 命 全 权 大 使

爱德华·乔普

一九七七年四月四日于北京

(签 字)

Die „Österreichische Gesellschaft für China-Forschung“ kann infolge der Beteiligung prominenter Politiker beider großen österreichischen Parteien sowie der Teilnahme von Angehörigen der Interessensvertretungen und sonstiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft auf eine breite gesamtösterreichische Basis hinweisen.

Im Rahmen ihrer Bestrebungen, das Studium des gegenwärtigen Chinas zu fördern, betreibt sie das Österreichische China-Forschungsinstitut und ermöglicht das Erscheinen des „China-Report“. Die in dieser Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der jeweiligen Verfasser.

Die „Österreichische Gesellschaft für China-Forschung“ ist als Verein konstituiert. Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in: ordentliche, fördernde, korrespondierende Mitglieder (ausländische juristische oder physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts), außerordentliche Mitglieder (österreichische physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts). Die Mitglieder erhalten kostenlos die Zeitschrift, die sonstigen Publikationen des Vereins zu Selbstkosten. Sie können Einrichtungen des Vereins, wie etwa Bibliothek, Archiv oder Statistiken nach Maßgabe der räumlichen und zeitlichen Möglichkeiten kostenlos benützen.

### BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre meinen Beitritt zur „Österreichischen Gesellschaft für China-Forschung“ als ordentliches (Jahresbeitrag ö. S. 500,—), förderndes (Jahresbeitrag ö. S. 5000,— oder Leistung eines einmaligen Beitrages, der dem 100fachen des Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes entspricht. Juristische Personen können nur als fördernde Mitglieder beitreten. Wissenschaftliche Institutionen können bereits durch Bezahlung des doppelten Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes als fördernde Mitglieder aufgenommen werden), korrespondierendes (ausländische physische — ö. S. 500,— — oder juristische Personen — ö. S. 5000,— — ausländische wissenschaftliche Institutionen — ö. S. 1000,—), außerordentliches Mitglied (inländische physische Personen — ö. S. 200,—).

Meinen Beitrag von ..... ö. S. werde ich jährlich bis zum 30. 6. auf das Konto „Österreichische Gesellschaft für China-Forschung“, Giro 00-66276-7, Bank für Arbeit und Wirtschaft AG., Seitzergasse 2-4, 1010 Wien, oder auf das Konto 612.206, Bankhaus Schoeller & Co, 1010 Wien, Renngasse 3, einzahlen.

Datum .....  
 Name .....  
 Adresse .....  
 Unterschrift .....

Bitte ausschneiden und zusenden an:

Österreichische Gesellschaft für China-Forschung, 1080 Wien, Wickenburggasse 4/1.Stock, Tel 43 97 93

Ich bestelle ein Jahresabonnement der Zeitschrift „China-Report“ zum Preis von ö. S. 200,— (6 Nummern).

Datum .....  
 Name .....  
 Adresse .....  
 Unterschrift .....

